

Abschlussarbeit
zur Erlangung des Magister Artium
Im Fachbereich 09

der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Institut für Orientalische und Ostasiatische Philologien

Südostasienwissenschaften

Thema:

**Regionale Autonomie als Folge politischer Entwicklungen
in Indonesien seit 1998**

Gutachter: Prof. Dr. Bernd Nothofer

Vorgelegt von: Frank Lutz

Aus: Frankfurt

Einreichungsdatum: 19. Januar 2007

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
1. Einleitung	4
2. Klärung zentraler Begriffe	6
2.1. Dezentralisierung	6
2.1.1. Administrative Dezentralisierung	6
2.1.2. Fiskalische Dezentralisierung	7
2.1.3. Politische Dezentralisierung.....	8
2.1.4. Kulturelle Dezentralisierung	8
2.2. Regionale Autonomie.....	8
2.3. Föderalismus	9
3. Zur Entstehung des zentralistischen Staatsaufbaus in Indonesien	9
3.1. Natürliche Gegebenheiten	10
3.2. Vorkoloniale Königreiche und ihr Staatsaufbau	10
3.3. Die Etablierung des Zentralismus unter der niederländischen Kolonialherrschaft	11
3.4. Zentralismus und Dezentralisierung im unabhängigen Indonesien bis 1998.....	12
3.4.1. Die Formierung des indonesischen Staates und die Absage an den Föderalismus	12
3.4.2. Dezentralisierungsbemühungen und Rezentralisierung bis 1965	13
3.4.3. Die zunehmende Zentralisierung in der Soeharto-Ära.....	15
3.5. Zusammenfassung	17
4. Dezentralisierung und Regionale Autonomie seit 1998.....	19
4.1. Demokratisierung und erste Dezentralisierungsmaßnahmen unter Habibie	19
4.2. Die neuen Gesetze zur Dezentralisierung	20
4.2.1. Das Gesetz 22/1999 zur Regionalregierung.....	20
4.2.1.2. Bewertung	24
4.2.2. Das Gesetz 25/1999 über den Finanzausgleich zwischen der Zentralregierung und den Regionen.....	25
4.2.2.2. Bewertung	26
4.2.3. Das Gesetz 32/2004 zur regionalen Regierungsausübung	27
4.2.3.2. Bewertung	30
4.3. Die Implementation der neuen Gesetze	31
4.4. Zusammenfassende Bewertung der bisherigen Dezentralisierungsmaßnahmen seit 1998.....	33
5. Fallstudie 1: Dezentralisierungsprozesse am Beispiel von Banyumas	36
5.1. Geographische Angaben	36
5.2. Geschichtliche Daten.....	36
5.3. Kulturelle Besonderheiten.....	37
5.4. Der Banyumas-Dialekt und sein Status.....	39

5.5. Die Bemühungen um eine eigenständige Provinz Banyumas.....	43
5.6. Stimmen aus der Bevölkerung zur angestrebten Provinzgründung	46
5.7. Fazit.....	47
6. Fallstudie 2: Dezentralisierungsprozesse am Beispiel von Tapanuli	51
6.1. Geographische Angaben	51
6.2. Ethnische und religiöse Zusammensetzung	53
6.3. Die Bemühungen um eine eigenständige Provinz Tapanuli	54
6.4. Argumente der Befürworter einer Provinzgründung	59
6.5. Argumente der Gegner	63
6.6. Fazit.....	69
7. Fallstudie 3: Dezentralisierungsprozesse am Beispiel von Sulawesi Selatan	71
7.1 Geographische Angaben	71
7.2 Dezentralisierung in Sulawesi Selatan: Eine Chronologie der bisherigen Ereignisse	73
7.3.1 Mamasas langer Weg zum eigenen <i>kabupaten</i>	74
7.3.2. Der Fall ATM.....	75
7.4.1 Luwu: Bisherige Dezentralisierungsprozesse und geschichtlicher Überblick .	77
7.4.2. Gewaltsame Konflikte und aktuelle Dezentralisierungsprozesse	79
7.4.3. Die Pläne zur Gründung einer eigenständigen Provinz Luwu Raya	81
7.4.4. Stimmen aus der Bevölkerung zur angestrebten Provinzgründung	83
7.5. Fazit.....	85
8. Schlussbetrachtung und Ausblick	86
Literaturverzeichnis.....	90
Anhang	98
Lebenslauf.....	106

1. Einleitung

„*Bhinneka Tunggal Ika*“ - „Einheit in der Vielfalt“ – schon aus dem Staatsmotto Indonesiens wird einer der Grundkonflikte des größten in einer Nation zusammengefassten Inselarchipels der Erde ersichtlich: Es herrscht ein Widerspruch zwischen der natürlichen Heterogenität des Landes, das aus rund 13.000 Inseln besteht, die von 300 verschiedenen Ethnien bewohnt werden, und seinem Anspruch, einen stabilen Einheitsstaat zu bilden. Weiterhin stellt sich die Frage nach der geeigneten Verwaltungsform für ein derartiges Land. Diese Frage wurde von den meisten der bisherigen Machthaber in einer eindeutigen Weise beantwortet: Indonesien verfügt über eine lange zentralistische Tradition, die mit den präkolonialen Königreichen auf dem Gebiet des heutigen Indonesiens begann, sich mit der Verwaltungsstruktur des niederländischen Kolonialreiches „Niederländisch-Indien“ fortsetzte und im unabhängigen Indonesien unter der autoritären Herrschaft der ersten beiden Präsidenten Soekarno und Soeharto ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Zwischenzeitliche Bemühungen, das Land zu dezentralisieren, wurden zumeist nur halbherzig durchgeführt und blieben im Ansatz stecken.

Der Sturz des Soeharto-Regimes im Jahre 1998 und die folgende Demokratisierung des Landes bildeten jedoch die bisher wohl größte Zäsur in der Geschichte des unabhängigen Indonesiens. Mehr als acht Jahre nach dem Sturz Soehartos scheint es, dass sich das Land von seinen autoritären Fesseln gelöst und sich ein stabiles demokratisches Regierungssystem etabliert hat. Zahlreiche Minderheiten, die jahrzehntelang unterdrückt worden waren, konnten sich endlich frei artikulieren und ihre Rechte einfordern. Dies machte auch eine umfangreiche Reform der Administration notwendig, die zuerst in zwei Dezentralisierungsgesetzen zum Ausdruck kam, die 1999 verabschiedet wurden und 2001 in Kraft traten. Durch einen umfassenden Macht- und Finanztransfer auf die lokalen Verwaltungen sollte der heterogenen Landesnatur Rechnung getragen und gleichzeitig ein Auseinanderbrechen des indonesischen Nationalstaats verhindert werden. Dezentralisierung bleibt im Indonesien der Post-Soeharto-Ära allerdings keineswegs auf die administrative Ebene beschränkt, sie kommt auch in einer Wiederbelebung lokaler Sprachen und Traditionen, aber auch in bedenklichen Entwicklungen, wie einer steigenden Zahl von blutigen Konflikten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und einer wachsenden Radikalisierung einiger religiöser Gruppen zum Ausdruck. Vor dem Hintergrund solch immenser Probleme ist es sicherlich nicht verwunderlich, dass manche Beobachter bereits von einer „Balkanisierung“ Indonesiens sprechen. Eine erste Reaktion der Zentralregierung auf diese

Probleme bestand darin, mit Gesetz 32/2004 einige der eingeleiteten Dezentralisierungsreformen wieder rückgängig zu machen, um die Entwicklungen in dem gewaltigen Inselstaat einigermaßen unter Kontrolle halten zu können.

Umfangreich ist die Literatur, die zum Thema „Dezentralisierung in Indonesien“ bereits erschienen ist. Die meisten dieser Arbeiten beschäftigen sich mit einem generellen Überblick über die wichtigsten bisherigen Dezentralisierungsprozesse, die in Indonesien stattgefunden haben, oder analysieren Konflikte in bestimmten Regionen, die im Zuge der wachsenden Dezentralisierung Indonesiens ausgebrochen sind. In den meisten Fällen wird der Fokus der Analyse dabei auf ökonomische und politische Faktoren gelegt.

Diese Arbeit soll sich mit einem wichtigen Teilphänomen der *otonomi daerah* – der neuen „regionalen Autonomie“ – beschäftigen, nämlich mit der Neugründung von Verwaltungseinheiten (also Provinzen, Distrikten und kreisfreien Städten) – oftmals mit den Schlagwörtern *pemekaran* („Aufblühen“) oder *pembentukan* („[Heraus-]Bildung“) bezeichnet – die in den Jahren seit Ende der Soeharto-Herrschaft förmlich auszuufern schienen. Den Fokus meiner Analyse möchte ich auf die jeweiligen Ursachen und Beweggründe für diese Prozesse legen. Dabei soll ein bisher noch etwas vernachlässigter Ansatz, der über die offiziell vorherrschenden politischen, administrativen und ökonomischen Erklärungsansätze hinausgehen möchte und vor allem nach sprachlichen, kulturellen, ethnischen, religiösen und historischen Faktoren hinter der Gründung neuer administrativer Einheiten sucht (vgl. z.B. Nothofer 2006), weiterverfolgt und kritisch hinterfragt werden. Anhand dreier Fallstudien, die sich mit entsprechenden Entwicklungen in den Regionen Banyumas, Tapanuli und Sulawesi Selatan (Sulsel) beschäftigen, sollen dazu die jeweiligen offiziellen Begründungsansätze der lokalen Politiker den Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung, die sich z.B. in Internet-Foren finden, gegenübergestellt werden.

Die Fallstudien wurden mit Bedacht ausgewählt, da möglichst verschiedene Fälle miteinander verglichen werden sollen: Ein Dezentralisierungsprozess auf der indonesischen Hauptinsel Java wird Fällen auf den Inseln Sumatra und Sulawesi gegenübergestellt; die jeweiligen Begründungsansätze für die *pemekaran*-Prozesse sind untereinander z.T. sehr verschieden; und es werden zwei bisher friedlich verlaufene Prozesse einem Fall gegenübergestellt, in dem es zu Ausbrüchen von Gewalt kam. Darüber hinaus befinden sich die verschiedenen vorgestellten Fälle in einem unterschiedlichen Entwicklungsstadium mit unterschiedlichen Erfolgsaussichten. Besonders im Falle Sulsel, einer Region, in der die *otonomi daerah* besonders weitreichende und

vielfältige Auswirkungen hatte, stellte sich dabei das Problem der Abgrenzung des Themenbereichs. Um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, habe ich mich auf *pemekaran*-Prozesse und damit in irgendeiner Weise zusammenhängende Konflikte auf dem (ehemaligen) Territorium der Provinz Sulse beschränkt, während auf andere Folgen der Dezentralisierung, wie beispielsweise die Diskussion über die Einführung der Scharia, des islamischen Rechts, in Sulse (vgl.z.B. Pradadimara/Burhaman 2002, Donohoe 2004), nicht weiter eingegangen wird.

Im Schlusskapitel dieser Arbeit sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Fälle herausgearbeitet werden, so dass ersichtlich wird, ob sich der von mir verfolgte Grundansatz dieser Arbeit zur Analyse von Dezentralisierungsprozessen in Indonesien generell eignet. In einem abschließenden Ausblick soll eine These über den Einfluss der *pemekaran*-Prozessen auf den nationalen Zusammenhalt aufgestellt sowie ein Szenario für die Zukunft des indonesischen Staates hinsichtlich seines administrativen Aufbaus und seiner nationalen Einheit entworfen werden.

2. Klärung zentraler Begriffe

Bevor auf Dezentralisierung, regionale Autonomie und Föderalismus im spezifischen Kontext Indonesiens eingegangen wird, soll zunächst eine kurze Definition dieser Termini erfolgen.

2.1. Dezentralisierung

Dezentralisierung lässt sich laut Bünte als ein „*Sammelbegriff*“ charakterisieren, „*der sich auf Prozesse der Lockerung der Macht der Zentralregierung bezieht*“ (Bünte 2003a: 566). Zur genaueren Unterscheidung der verschiedenen Ausprägungen von Dezentralisierung wird eine Einteilung in *administrative*, *fiskalische* und *politische* Dezentralisierung vorgenommen. Diese Einteilung möchte ich durch meinen eigenen Entwurf eines vierten Typus von Dezentralisierung ergänzen, nämlich die *kulturelle* Dezentralisierung.

2.1.1. Administrative Dezentralisierung

Unter *administrativer Dezentralisierung* wird die Verteilung von Verwaltungsaufgaben auf verschiedene zentrale und lokale Organisationen verstanden. Je größer die Verteilung auf

unterschiedliche Ebenen der Verwaltungsstruktur, desto fortgeschrittener diese Form der Dezentralisierung (vgl. Bünte 2003a: 566).

Analog zur Einteilung, die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen vorgenommen wurde, unterscheidet Bünte drei Stufen der administrativen Dezentralisierung: *Devolution*, *Delegation* und *Dekonzentration*.

Devolution bezeichnet dabei die weitreichendste Übertragung von Kompetenzen auf subnationale Ebenen der Verwaltungsstruktur. Merkmale der Devolution sind, dass die lokalen Einheiten über eine eigene – meist gesetzlich verankerte – Regelungskompetenz verfügen, also eigenständig Projekte planen und durchführen können und dürfen.

Bei der *Delegation* hingegen gibt die Zentralregierung Befugnisse an Organisationen ab, die außerhalb des politisch-administrativen Systems stehen. Aus diesem Grund ist mit dieser Form der administrativen Dezentralisierung nicht zwangsläufig eine Stärkung der lokalen Ebene verbunden.

Dekonzentration schließlich bezeichnet die Abgabe von Verwaltungsaufgaben an lokale Einheiten, die Teil der nationalen Verwaltung bleiben. Diesen Untereinheiten obliegt in den meisten Fällen nur die Implementierung von Entscheidungen, die weiterhin von der Zentralregierung getroffen werden. Somit führt Dekonzentration nicht zu einer stärkeren Partizipation der lokalen Ebene, sondern kann im Gegenteil sogar zu einer Stärkung des Zentralismus führen (vgl. Bünte 2003a: 566f.).

2.1.2. Fiskalische Dezentralisierung

Unter *fiskalischer Dezentralisierung* wird die „*finanzielle Stärkung lokaler Einheiten durch den Transfer von Steuern, Gebühren und staatlichen Transferleistungen*“ verstanden (Bünte 2003a: 567). Voraussetzung dafür ist, dass die lokalen Einheiten über ihre finanziellen Ressourcen selbständig verfügen können. Zu diesem Zweck müssen die lokalen Einheiten Steuern und Gebühren selbst erheben können. Weitere Bedingungen für den Erfolg der fiskalischen Dezentralisierung sind die Etablierung eines gerechten Transfersystems zwischen den Regionen, das dazu beiträgt, ihre Lebensverhältnisse aneinander anzugleichen, sowie ein möglichst ausgewogenes Verhältnis zwischen der Abgabe politischer Macht und dem Machttransfer durch Kontrolle über finanzielle Ressourcen (*Konnexitätsprinzip*) (vgl. Bünte 2003a: 567, 2003b: 38ff.).

2.1.3. Politische Dezentralisierung

Unter dem Terminus der *politischen Dezentralisierung* schließlich versteht man die „Übertragung politischer Macht auf gewählte Lokalregierungen“ (Bünte 2003a: 567). Die politische Partizipation des einzelnen Bürgers und der Einfluss der von ihm gewählten Repräsentanten sollen erhöht werden. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die Existenz subnationaler Einheiten, die den Bewohnern ihrer jeweiligen Region gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Da eine Dezentralisierungsbewegung ohne die Berücksichtigung der politischen Komponente wirkungslos bleibt – wie auch Studien der Weltbank bestätigen – wird also das Prinzip der Devolution mit dem Demokratiekonzept verbunden (vgl. Bünte 2003a: 567).

2.1.4. Kulturelle Dezentralisierung

Unter *kultureller Dezentralisierung* soll eine durch die Zentralregierung geförderte stärkere Berücksichtigung regionalspezifischer Sprachen, Religionen und Traditionen verstanden werden. Sie kann sich beispielsweise darin zeigen, dass religiöse Minderheiten bei der freien Ausübung ihrer Religion unterstützt werden oder dass ethnischen Minderheiten das Recht zugebilligt wird, ihre eigene Sprache in Medien und bei Ortsbezeichnungen zu verwenden sowie in den regionalen Lehrplan aufzunehmen. Das Konzept der kulturellen Dezentralisierung beinhaltet auch, dass in der regionalen Verwaltung auf traditionelle Strukturen zurückgegriffen werden darf, was im Falle eines Vielvölkerstaates wie Indonesien von zentraler Bedeutung ist.

2.2. Regionale Autonomie

Regionale Autonomie bezeichnet das Ziel von Dezentralisierungsprozessen, also einen Zustand, in dem es den Regionen ermöglicht ist, über ihre Angelegenheiten selbständig zu entscheiden.

Region ist nicht nur als Sammelbegriff für alle unterhalb des Zentralstaates angesiedelten administrativen Ebenen zu verstehen, der auf Indonesien übertragen Provinzen (*propinsi*), Distrikte (*kabupaten*), kreisfreie Städte (*kotamadya*), Subdistrikte (*kecamatan*) oder auch Gemeinden (*kelurahan*) oder Dörfer (*desa*) bezeichnen kann, sondern auch als historisch gewachsene Einheit, deren Bewohner auf Grund einer gemeinsamen Sprache, Kultur oder Geschichte ein Gefühl der Zusammengehörigkeit verspüren, unabhängig davon, ob ihre Region auch unter administrativen Gesichtspunkten eine Einheit bildet.

Autonomie (griechisch: Selbstbestimmung, Selbstgesetzgebung) bezeichnet nach der politikwissenschaftlichen Definition „*das Recht und die Fähigkeit von Gemeinwesen, Vereinigungen und Institutionen, alle oder meist bestimmte Angelegenheiten durch eigene Gesetze bzw. Satzungen selbständig zu regeln*“ (Drechsler/Hilligen/Neumann 2003: 82). Wichtig ist ferner die Unterscheidung zwischen Autonomie und Sezession, bei der im Gegensatz zur Autonomie eine Lostrennung vom Staat angestrebt wird. Allerdings können Autonomiebestrebungen in einer bestimmten Region langfristig ebenfalls deren vollständige Souveränität zur Folge haben, wie es im Fall Indonesiens bei Ost-Timor eingetreten ist (vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann 2003: 82).

2.3. Föderalismus

Unter *Föderalismus* soll hier ein staatliches Organisationsprinzip verstanden werden, bei dem der Staat (Bund) aus Einzelstaaten aufgebaut ist. Diese Einzelstaaten werden entweder zu einem Bundesstaat (Föderation) zusammengeschlossen, in dem die oberste Souveränität beim Bund liegt, oder zu einem Staatenbund (Konföderation), in dem die Souveränität bei den einzelnen Gliedstaaten verbleibt. Beispiele für Bundesstaaten sind die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Kanada und die Schweiz, für Staatenbunde die Benelux-Staaten als Gesamtheit. In einem föderal aufgebauten Staat sollen den Einzelstaaten so viele Kompetenzen wie möglich übertragen werden, während der Bund nur die Aufgaben übernimmt, zu deren Verrichtung sich die Einzelstaaten nicht im Stande fühlen (vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann 2003: 147f., 354ff., 930f.).

3. Zur Entstehung des zentralistischen Staatsaufbaus in Indonesien

Nachdem nun einige zentrale Begriffe geklärt worden sind, soll zunächst einmal die historische Entwicklung Indonesiens zum zentralistischen Einheitsstaat grob nachgezeichnet werden, bevor etwas ausführlicher auf die Dezentralisierungsbewegungen seit 1998 eingegangen wird.

3.1. Natürliche Gegebenheiten

Fast in jeder Hinsicht ist Indonesien ein sehr heterogenes Land. Wie eingangs bereits erwähnt, besteht der gewaltige Archipel aus rund 13.000 Inseln, die von insgesamt mehr als 300 verschiedenen Ethnien bevölkert werden. Auf diesem riesigen Gebiet leben Angehörige aller vier Weltreligionen, unter denen die Muslime mit einem Anteil von 87 Prozent an der Gesamtbevölkerung den weitaus größten Anteil stellen. Doch bilden auch die indonesischen Muslime keinen monolithischen Block: Nur eine Minderheit unter ihnen praktiziert eine orthodoxe Form des Islam, der Glaube der meisten indonesischen Muslime ist hingegen mit hinduistischen, buddhistischen und animistischen Elementen durchsetzt (vgl. Bünte 2003b: 59f.). Die geographischen, ethnologischen und religiösen Gegebenheiten Indonesiens stellen sicherlich keine idealen Voraussetzungen für die Entstehung eines Nationalstaates dar, noch weniger eines zentralistisch regierten Einheitsstaates (vgl. Bünte 2003b: 61). Dass sich dieser dennoch herausbildete, kann nur historisch begründet werden. Aus diesem Grund soll an dieser Stelle zunächst ein historischer Abriss über die Entstehung des zentralistisch geführten Nationalstaats in Indonesien erfolgen.

3.2. Vorkoloniale Königreiche und ihr Staatsaufbau

Bevor die Niederländer ab dem späten 16. Jahrhundert begannen, eine Kolonialherrschaft auf dem Gebiet des heutigen Indonesiens zu errichten, hatte es im Archipel kein Königreich gegeben, das seinen Machtbereich auf das gesamte heutige indonesische Territorium ausdehnen konnte. Dennoch hatten sich bereits in dieser Zeit Vorstellungen über einen zentralistischen Staatsaufbau herausgebildet, die bis in die heutige Zeit hineinwirken.

Die grenzenlosen Machtbefugnisse des Herrschers gründeten sich auf die hinduistisch-buddhistische Kosmologie.¹ Danach galt der Palast des Herrschers (*kraton*) als Mittelpunkt des Königreichs, der Herrscher selbst wiederum als Mittelpunkt des *kraton*. In der Praxis jedoch nahm die Macht des Herrschers mit zunehmender geographischer Entfernung vom *kraton* ab. Darum sahen sich viele der Monarchen gezwungen, zur besseren Kontrolle ihres Reiches

¹ Zwar war der Islam die offizielle Religion vieler der späten präkolonialen Reiche, doch blieb er stark mit hinduistischen und buddhistischen Elementen durchsetzt.

regionale Herrscher² einzusetzen, die in ihren jeweiligen Regionen teilweise über beträchtliche Kompetenzen verfügten (vgl. Bünte 2003b: 61ff.). Bereits in dieser Zeit zeichnete sich also ein Konflikt zwischen dem unbeschränkten Herrschaftsanspruch der Zentralregierung und der Realität teilweise mächtiger Gegengewichte in den Regionen ab. Dieser Konflikt sollte sich – wenn auch später unter völlig veränderten Bedingungen – durch die gesamte indonesische Geschichte ziehen und von Zeit zu Zeit immer wieder neu aufflammen.

3.3. Die Etablierung des Zentralismus unter der niederländischen Kolonialherrschaft

Der entscheidende Grundstein für die Entstehung des indonesischen Nationalstaats mit seinem heutigen Territorium und seinem zentralistischen Herrschaftssystem wurde von der niederländischen Kolonialverwaltung gelegt. Diese bemühte sich von Beginn an um den Aufbau einer stark zentralistischen Herrschaftsstruktur in ihrer Kolonie Niederländisch-Indien. Zwar gab es zwischendurch Ansätze einer Dezentralisierung, diese blieben aber für breite Teile der Bevölkerung weitgehend wirkungslos.

An der Spitze der Kolonialverwaltung mit Sitz in Batavia, dem späteren Jakarta, standen der Generalgouverneur und ein ausschließlich mit Europäern besetzter Rat. Auf Java bestand zusätzlich auch eine lokale Verwaltung, die mit einheimischen *bupati* und ihren Beamten (*wedana*) besetzt war, jedoch lediglich für die Implementierung der von der Kolonialverwaltung beschlossenen Maßnahmen zu sorgen hatte. Auf diese Weise setzte die niederländische Kolonialregierung den traditionellen einheimischen Adel als Mittler zwischen Kolonialverwaltung und Bevölkerung ein, um ihre Kolonie besser kontrollieren zu können.

Zu ersten Dezentralisierungsbemühungen kam es zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Rahmen der „ethischen Politik“. Mit dem *Dezentralizatie Wet* (Dezentralisierungsgesetz) von 1903 wurde eine administrative Dezentralisierung mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung durchgeführt. Zu diesem Zweck wurde eine neue dreistufige Verwaltungsgliederung geschaffen, wobei die lokale Ebene mit mehr Aufgaben betraut wurde. Darüber hinaus begann man mit der Einrichtung von Kommunalverwaltungen und der Schaffung beratender Gremien in den *kabupaten* und *kotamadya*. Da jedoch die Mitgliedschaft in diesen Gremien lediglich der einheimischen Elite vorbehalten war, profitierte die breite Bevölkerung von diesen Reformen nicht, und die

² In der Regel wurden diese Regenten *bupati* genannt (vgl. Bünte 2003b: 63). Von diesem Titel wurde der administrative Terminus *kabupaten* abgeleitet.

Reichweite der Dezentralisierung blieb sehr begrenzt. Ab dem Jahr 1922 unternahm die Kolonialverwaltung im Rahmen des „Gesetzes zur Regierungsreform“ (*Bestuurshervormingswet*) mit der Schaffung der Provinzen (*propinsi*; auch: *provinsi*) als neuer Verwaltungseinheit zwischen Zentralregierung und *kabupaten* einen weiteren Versuch, ihre Kolonie zu dezentralisieren. Da die Provinzoberhäupter, die Gouverneure, jedoch ausschließlich der Zentralregierung gegenüber rechenschaftspflichtig waren, verblieb diese Dezentralisierungsbewegung auf der Ebene der Dekonzentration, eine politische Dezentralisierung erfolgte in keiner Weise. Insgesamt blieb das politische System Niederländisch-Indiens stark zentralistisch. Der Grundstein für den zentralistischen Einheitsstaat Indonesien war also bereits gelegt.

Auch in der japanischen Besatzungszeit von 1942 bis 1945 änderte sich daran nichts, da die Provinzen abgeschafft, die repräsentativen Organe der einheimischen Bevölkerung verboten und die gesamte Verwaltung in einer strengen Hierarchie dem Besatzungsregime untergeordnet wurde (vgl. Bünte 2003a: 567f., 2003b: 64ff., Schreiner 2000: 129).

3.4. Zentralismus und Dezentralisierung im unabhängigen Indonesien bis 1998

Die Jahre von 1945 bis 1998 bilden insofern eine Einheit, als Indonesien die Unabhängigkeit erlangt, sich aber nicht vom zentralistischen administrativen System aus der Kolonialzeit befreit hatte. Anders als seit 1998 wurde Indonesien im angesprochenen Zeitraum fast durchgehend autoritär regiert, abgesehen von einer relativ kurzen Phase der parlamentarischen Demokratie in den 1950er Jahren. Die mangelnde Bereitschaft, ein neues administratives System zu schaffen, die gleichzeitige Diskreditierung des Föderalismusgedankens aus einer antikolonialen Gesinnung heraus (vgl. Kapitel 3.4.1. dieser Arbeit), das Machtstreben der Präsidenten Soekarno und Soeharto und die Dominanz der Javaner in Politik, Administration und Kultur schufen ein Klima, das eine umfassende Dezentralisierung des Landes jahrzehntelang nahezu unmöglich machte. Im Folgenden soll nun die zunehmende Zentralisierung Indonesiens im Zeitraum zwischen der Ausrufung der Unabhängigkeit und dem Sturz Soehartos kurz nachgezeichnet werden.

3.4.1. Die Formierung des indonesischen Staates und die Absage an den Föderalismus

Obwohl Indonesien am 17. August 1945 seine Unabhängigkeit erklärt hatte, versuchten die Niederländer in den folgenden Jahren ihre Kolonialherrschaft zu reetablieren. Mit militärischer

Gewalt und der Installation eines föderalen Staatengebildes unter niederländischer Führung auf den Außeninseln des Archipels sollte die Regierung der jungen Republik Indonesien mit Sitz auf Java in die Knie gezwungen werden. Dieses Unterfangen scheiterte jedoch, und die niederländische Regierung sah sich gezwungen, den Vereinigten Staaten von Indonesien (RIS = *Republik Indonesia Serikat*) im Dezember 1949 die volle Souveränität zu übertragen. Schon 1950 löste sich diese Föderation auf, und ihre Mitgliedsstaaten traten der Republik Indonesien bei – allerdings nur unter dem ausdrücklichen Versprechen der Zentralregierung, ein dezentrales Regierungssystem zu schaffen. Der Föderalismus jedoch war als mögliches Modell, die staatliche Verwaltung zu organisieren, fortan in Verruf geraten, da er stets mit der ehemaligen niederländischen Kolonialregierung in Verbindung gebracht wurde (vgl. Bünte 2003a: 568f. , 2003b: 70f.). Aus dieser Haltung ergeben sich bis zum heutigen Tage Konsequenzen, auf die in Kapitel 4.1. dieser Arbeit noch einmal kurz eingegangen werden soll.

3.4.2. Dezentralisierungsbemühungen und Rezentralisierung bis 1965

Da die Verwaltungsstruktur des indonesischen Staates unmittelbar auf der in der Kolonialzeit geschaffenen Administration aufbaute, war es nicht weiter verwunderlich, dass der indonesische Staat gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes von 1945 als Einheitsstaat (*negara kesatuan*) gegründet wurde, der „unterhalb der nationalen Ebene keine autonomen Gebietskörperschaften besitzen sollte, die ebenfalls Staatscharakter aufweisen“ (Bünte 2003a: 569, vgl. Schreiner 2000: 130). Andererseits jedoch enthielten die Gesetze 22/1948 der Republik und 44/1950 des ehemaligen föderalen Bundesstaates Ostindonesien ein starkes dezentrales Moment. So sah Gesetz 22/1948 die Einrichtung eines Parlaments in allen Regionen vor, das von der Bevölkerung gewählt werden sollte. Das Regionaloberhaupt (*kepala daerah*) war Vorsitzender des lokalen Regierungsrats (DPD = *dewan pemerintahan daerah*), von dem es auch gewählt werden sollte, und gleichzeitig Repräsentant der Zentralregierung in den einzelnen Regionen, hatte also eine Doppelfunktion inne. De facto wurden jedoch keine Wahlen abgehalten, statt dessen wurde der *kepala daerah* von der Zentralregierung ernannt. Der dreistufige Verwaltungsaufbau mit *propinsi*, *kabupaten* bzw. *kotamadya* und Dörfern (*desa*) sollte indes laut Gesetz 22/1948 erhalten bleiben.

Beim Beitritt der föderalen Staaten zur Republik Indonesien war die Schaffung eines neuen Gesetzeswerkes beschlossen worden, das die Gesetze 22/1948 und 44/1950 ablösen sollte. Dieses

Gesetzeswerk konnte in Folge zahlreicher Verzögerungen aber erst im Jahre 1957 als neues Gesetz 1/1957 in Kraft treten. Das Gesetz betonte noch einmal, dass das regionale Parlament vom Volk, der *kepala daerah* wiederum vom regionalen Parlament zu wählen sei. Außerdem wurden die Machtverhältnisse auf regionaler Ebene durch weitere Verordnungen eindeutig von der Exekutive zur Legislative hin verschoben, also von der Regierung zum Parlament. Zudem sollten den Regionen in einem neuen Finanzausgleich größere Ressourcen zugesichert werden, und es war ein großangelegter Transfer von Kompetenzen an die Regionen geplant, um dem Prinzip der „größtmöglichen Regionalautonomie“ (zitiert nach Bünthe 2003b: 74) gerecht zu werden.

Gesetz 1/1957 hätte einen großen Schritt in Richtung Dezentralisierung und regionaler Autonomie bedeutet, jedoch konnte es auch auf Grund aufkeimender regionalistischer und sezeptionistischer Bewegungen, wie beispielsweise der *Darul Islam*³-Bewegung, niemals vollständig implementiert werden. Stattdessen kam es ab 1959 in Folge der Errichtung der „Gelenkten Demokratie“ (*demokrasi terpimpin*) durch Präsident Soekarno, welche die demokratische Rechtsordnung praktisch außer Kraft setzte, zu einer erheblichen Rezentralisierung. Gesetz 1/1957 wurde durch den Präsidentenerlass 6/1959 wieder zurückgenommen (vgl. Schreiner 2000: 130). Stattdessen wurde das neue Gesetz 19/1965 verabschiedet, wonach der *kepala daerah* wieder von der Zentralregierung bestimmt wurde und sich nicht länger der Kontrolle durch den DPD ausgesetzt sah. Auch konnte das lokale Parlament (DPRD = *dewan perwakilan rakyat daerah*) ihn nicht mehr stürzen. Seine Doppelfunktion als Oberhaupt der Regionalregierung und Repräsentant der Zentralregierung blieb erhalten, die ausdrückliche Betonung seiner Pflicht, für die reibungslose Ausübung der Regierungsgeschäfte in seiner Region zu sorgen, band ihn aber stärker als zuvor an die Zentralregierung. Eine eigenständige Politik der Regionen war somit kaum noch möglich. Diese Rezentralisierungstendenzen setzten sich nach der Machtübernahme Soehartos im Jahre 1965 in verstärktem Maße fort. (zur Entwicklung bis 1965 vgl. Bünthe 2003a: 569f., 2003b: 71ff.)

³ Die *Darul Islam*-Bewegung unter der Führung von Sukarnadji Kartosuwirjo versuchte bereits seit 1948, die Errichtung eines unabhängigen islamischen Staates auf indonesischem Boden gewaltsam durchzusetzen. Zunächst operierte sie von Westjava aus, im Laufe der 1950er Jahre schlossen sich ihr auch Südsulawesi und Aceh an. Erst 1962 gelang der Zentralregierung mit der Festnahme Kartosuwirjos der entscheidende Schlag gegen diese Bewegung. Bis 1965 kam sie endgültig zum Erliegen (vgl. Bünthe 2003b: 76, ICG 2003: 6f.).

3.4.3. Die zunehmende Zentralisierung in der Soeharto-Ära

In den mehr als drei Jahrzehnte seiner Herrschaft errichtete Soeharto ein hochgradig zentralistisches System, dessen Macht sich auf die Unterdrückung durch das Militär und die Schaffung eines breiten Beamtenapparats gründete. Um die Loyalität der Bevölkerung bis auf die regionale Ebene zu gewährleisten und das Entstehen jeglicher Opposition zu unterbinden, leitete das Soeharto-Regime folgende Maßnahmen ein:

- Die lokale Ebene wurde durch das Verbot an die Parteien, unterhalb der *kabupaten*-Ebene außerhalb der Wahlkampfzeiten politisch aktiv zu werden, entpolitisiert.
- 1971 wurde mit der *Golkar* eine Regierungspartei geschaffen, der alle Beamten beitreten mussten. Dadurch sicherte sich die Regierung die Kontrolle über den gesamten Beamtenapparat. Zusätzlich wurde das Parteiensystem 1973 auf zwei Blöcke neben der *Golkar* reduziert.
- Das Militär bekam eine Doppelfunktion militärischer sowie soziopolitischer Aufgaben (*dwifungsi*), die 1982 sogar gesetzlich vorgeschrieben wurde. Dies legitimierte die Vertretung des Militärs in lokalen Parlamenten, die durch die parallel zur Struktur des Staates bis zur Dorfebene hinunter verlaufende Struktur der Armee (Territorialstruktur) ermöglicht wurde.

Auch die beiden wichtigsten in der Soeharto-Ära verabschiedeten Gesetze zur Regionalautonomie 5/1974 (Dezentralisierungsgesetz) und 5/1979 (Gesetz über Dorfgemeinschaften) dienten der Festigung der Autorität des Regimes.

Gesetz 5/1974 basierte auf dem Prinzip der „klaren und verantwortungsvollen Autonomie“ (*otonomi yang nyata dan bertanggung jawab*) (Beier 1995: 126ff.). Regionale Autonomie war also nicht mehr allein Recht (*hak*), sondern in gleichem Maße Pflicht (*kewajiban*): Die Regionen wurden dazu verpflichtet, die Entwicklungsanstrengungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit größtmöglicher Effizienz durchzusetzen. Um dies zu erreichen, dürfe die Stabilität und Harmonie in den Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen nicht gefährdet werden.

Bei der Verwaltungsorganisation wurde eine Einteilung in administrative (*wilayah administratif*) und autonome Regionen (*daerah otonom*) vollzogen. Den autonomen Regionen wurde nach dem Prinzip der Devolution eine Teilautonomie zugestanden, während für die administrativen

Regionen lediglich eine Art Dekonzentration vorgenommen wurde und sie weiterhin von zentralstaatlichen Apparaten verwaltet wurden. Unterhalb der Zentralregierung waren als Verwaltungsebenen die Provinzen (*daerah tingkat I*) und die Distrikte (*daerah tingkat II*) mit jeweils teilautonomen Regierungen vorgesehen. Dagegen verfügten die Regierungen der Subdistrikte als Teil der Distriktregierungen über keinerlei Autonomie.

Innerhalb der Regionalregierungen wurden die Machtverhältnisse noch einmal von der Legislative zur Exekutive hin verschoben. Die Doppelfunktion des *kepala daerah* blieb erhalten, doch war er nur noch dem Innenministerium und nicht mehr dem DPRD gegenüber verantwortlich. Der *kepala daerah* wurde offiziell zwar vom DPRD gewählt, die Zentralregierung hatte aber auf den Auswahlprozess der Kandidaten einen so bedeutenden Einfluss, dass das Amt des Regionaloberhauptes letztendlich in der Regel von regimetreuen Personen bekleidet wurde. Der *kepala daerah* verfügte also über keinen wirklichen autonomen Handlungsspielraum.

Der Zentralismus der Soeharto-Ära zeigte sich auch in finanzieller Hinsicht: Über 90 Prozent der Steuern flossen direkt an das Zentrum, die Regionen blieben auf finanzielle Zuwendungen von Seiten der Zentralregierung angewiesen. Zudem übte diese noch einen starken Einfluss auf die Verwendung aus.

Zu einer politischen oder fiskalischen Dezentralisierung kam es also durch Gesetz 5/1974 nicht, die Dezentralisierung blieb auf ihre administrative Komponente beschränkt und wurde überwiegend im Sinne einer Dekonzentration durchgeführt.⁴

Gesetz 5/1979 schließlich vereinheitlichte die Dorfstrukturen und stellte sie unter Aufsicht des Innenministeriums. Damit wurde die Vielfalt der traditionellen Dorfgemeinschaften Indonesiens ignoriert und diese stattdessen einseitig von der javanischen Kultur geprägten Strukturen unterworfen. Dies ist als ein Beispiel für die „Javanisierung“ zu betrachten, der javanischen Dominanz vor allem auf kulturellem Gebiet, die sich von der Unabhängigkeit Indonesiens an abgezeichnet hatte und in der Soeharto-Ära noch forciert wurde. (zur Entwicklung in der Soeharto-Ära vgl. Bünte 2003a: 570f., 2003b: 78ff.)

⁴ Schreiner sieht das Problem allerdings vor allem in der mangelhaften Implementierung des Gesetzes, das seiner Meinung nach „einen effektiven Rahmen für Dezentralisierungsmaßnahmen abgegeben hätte.“ Da aber „zu viele Details Folgegesetzen und Ausführungsbestimmungen überlassen“ worden wären, die teilweise niemals formuliert oder verabschiedet worden wären, hätte das Gesetz „das selbst gesteckte Ziel nicht erreichen“ können (Schreiner 2000: 130).

Einen weiteren Dezentralisierungsansatz unternahm die Soeharto-Regierung mit dem *District Autonomy Pilot Programme* (DAPP) von 1995. Im Rahmen dieses Programms sollte für einige Sektoren, wie Gesundheit, Fischerei, Erziehung, öffentliche Arbeit, Viehzucht, heimische Industrie, Wohnungsbau, Verkehr und Tourismus, ein Aufgabentransfer von der Provinzebene auf 26 ausgewählte Distrikte durchgeführt werden. Da die politischen Entscheidungen sowie die Verfügung über die finanziellen Mittel jedoch bei der Zentralregierung verbleiben sollten, beschränkte auch dieses Programm sich auf eine rein administrative Dezentralisierung. Dadurch kam es wiederum zu keiner Verbesserung hinsichtlich der politischen Entscheidungsbefugnisse und der finanziellen Ausstattung der lokalen Regierungen. Zum Misserfolg des DAPP trug neben der mangelnden Bereitschaft zahlreicher Ministerien, Kompetenzen tatsächlich an die lokale Ebene abzutreten, auch der grundsätzliche Ansatz des Projekts bei, das in einem *Top down*-Verfahren vom Innenministerium ohne Mitsprache der eigentlichen Betroffenen, der Distriktregierungen, durchgeführt wurde (vgl. Beier 1998: 24ff. , Bünte 2003b: 87, Hoffmann 2000: 59ff.).

3.5. Zusammenfassung

Auf den ersten Blick scheint Indonesien eine stark zentralistische Tradition aufzuweisen. Schon in den vorkolonialen Reichen – wenn auch keines von ihnen seinen Herrschaftsbereich auf das ganze heutige Indonesien ausdehnen konnte – galt der Herrschaftsanspruch des Königs als unbegrenzt. Später bemühten sich die Niederländer um einen möglichst zentralistischen Aufbau der Verwaltung ihrer Kolonie, um eine bessere Kontrolle über diese ausüben zu können, und auch der unabhängige Staat Indonesien war von Beginn an stark vom Zentralismus geprägt.

Jedoch ist ein zentralistischer Staatsaufbau Indonesiens mit Sicherheit keine Notwendigkeit. Allein die geographischen und ethnischen Gegebenheiten dieses riesigen Archipels, der von Hunderten verschiedener Ethnien bevölkert wird, lässt die stark zentralistische Regierungsform, wie sie von der Errichtung des niederländischen Kolonialreiches an bis zum Sturz Soehartos 1998 praktiziert wurde, unangemessen erscheinen. Schließlich mussten sich die Herrschenden im Laufe der Geschichte Indonesiens jeweils auf ihre Weise stets den Herausforderungen stellen, die sich aus den natürlichen Voraussetzungen in Indonesien ergeben, um ihren Einfluss auch fernab des Zentrums geltend zu machen. Schon die Herrscher in den präkolonialen Königreichen sahen sich im Falle einer großen territorialen Ausdehnung ihres Reiches gezwungen, Mitregenten in den einzelnen Regionen ihres Herrschaftsgebietes einzusetzen, die zum Teil über beträchtliche

Entscheidungskompetenzen verfügten. Die niederländische Kolonialverwaltung nutzte diesen entstandenen einheimischen Adel, um ihre Macht auch auf lokaler Ebene zu festigen, und unternahm zu Beginn des 20. Jahrhunderts sogar einige Bemühungen zur Dezentralisierung des Verwaltungsaufbaus, die allerdings im Ansatz steckenblieben. Ungefähr zur gleichen Zeit kam auch innerhalb der indonesischen Nationalbewegung eine Diskussion über die administrative Gliederung eines zukünftigen Staates Indonesien auf, in der die Befürworter eines dezentralen Staatsaufbaus durchaus eine starke Position hatten. So sprach sich der spätere Vizepräsident Mohammad Hatta für einen Staat aus, in dem

„jede Gruppe – sei sie klein oder groß – Autonomie erhält, das Selbstbestimmungsrecht erhält, das Selbstverwaltungsrecht entsprechend ihrer Wünsche und Überzeugungen erhält“ (zitiert nach Schreiner 2000: 131).

Dass sich jedoch die Zentralisten um Soekarno durchsetzten, ist nicht zuletzt der Diskreditierung des föderalistischen Modells nach dem gescheiterten Versuch der Niederländer zuzuschreiben, durch den Aufbau eines föderalistischen Staatenbundes die Autorität der indonesischen Regierung zu untergraben und ihre Kolonialherrschaft zu reetablieren. Doch auch im unabhängigen Indonesien verstummte der Ruf nach einer Dezentralisierung nicht. Gesetz 1/1957 hätte einen bedeutsamen Schritt in diese Richtung dargestellt, jedoch wurde es nie vollständig implementiert und später sogar zurückgenommen. Unter der Alleinherrschaft Soekarnos ab 1959 und später Soehartos kam es schließlich zu einer erheblichen Rezentralisierung. Trotzdem wurde vom Zentralregime die Notwendigkeit einer Dezentralisierung wahrgenommen, wenn auch die unter Soeharto eingeleiteten Maßnahmen verglichen mit Gesetz 1/1957 eher oberflächlich und rein auf die administrative Ebene beschränkt blieben.

Ein dezentraler Staatsaufbau Indonesiens könnte also grundsätzlich eine Chance haben. Man kann wohl sogar noch einen Schritt weitergehen und feststellen, dass sich ein derart heterogen aufgebautes Land zentralistisch auf Dauer nur mit Hilfe eines Unterdrückungsapparats wie zu Zeiten Soehartos regieren lässt. Nach dem Sturz des Diktators und im Zuge der Demokratisierung Indonesiens scheint die historische Chance einer großangelegten Dezentralisierung gegeben, und offensichtlich ist es auch den Machthabern in Jakarta ernster als jemals zuvor, die lokale Ebene stärker an politischen Entscheidungen und finanziellen Ressourcen Teil haben zu lassen. Auf diesbezügliche Entwicklungen seit 1998 soll im Folgenden eingegangen werden.

4. Dezentralisierung und Regionale Autonomie seit 1998

In Folge der asiatischen Finanzkrise von 1997 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation Indonesiens rapide. Es kam zu sozialen Unruhen und breiten Studentenprotesten gegen das Soeharto-Regime, das in den Augen vieler Indonesier seine Legitimation endgültig verloren hatte. In Folge schwerer Unruhen im Mai 1998 sah sich Soeharto schließlich nach über 30 Jahren Alleinherrschaft zum Rücktritt gezwungen (vgl. Bünte 2003b: 91ff.).

4.1. Demokratisierung und erste Dezentralisierungsmaßnahmen unter Habibie

Soehartos Nachfolger Habibie leitete erste demokratische Reformen ein. So wurde die Neugründung von Parteien zugelassen, die Organisations- und Versammlungsfreiheit gewährt und schon 1999 die ersten freien Wahlen seit 1955 abgehalten. Besonders die Wiedereinführung der Pressefreiheit hatte weitreichende Konsequenzen und löste auch eine neue Dezentralisierungsdebatte aus. In Folge der öffentlichen Diskussion über die Verwicklung weiterer Teile der lokalen Verwaltung in Korruption mussten zahlreiche *kepala daerah* von ihren Posten zurücktreten. Außerdem kam es zu einem Aufschwung regionaler Bewegungen in Aceh, West-Papua, Riau, Ostkalimantan und Ost-Timor, die mehr regionale Autonomie oder gar die Unabhängigkeit von Indonesien forderten. Die Gründe dafür dürften neben dem „Wohlstandsgefälle zwischen Java und den übrigen Inseln“ (Diederich 2000: 137), das vor allem aus der zentralistischen Finanzverwaltung resultierte, wohl auch in der weiter oben bereits erwähnten javanischen Hegemonie in Politik und Kultur liegen, wie sie beispielsweise in den Gesetzen 5/1974 und 5/1979 zum Ausdruck kam.⁵

Durch die Entlassung Ost-Timors in die Unabhängigkeit⁶ bekamen die regionalen Bewegungen in anderen Landesteilen noch einen zusätzlichen Auftrieb. Trotz der inzwischen entbrannten lebhaften Diskussion über die zukünftige Form des indonesischen Staates wurde einem möglichen föderalen Staatsmodell von Seiten des Militärs und führender Politiker erneut eine klare Absage erteilt. Auch die Mehrzahl der Parteien sprach sich dagegen aus, was mit der „Angst vor einer Schwächung des Einheitsstaates“ oder des „indonesischen Stolzes“ oder der

⁵ Für einen kurzen Überblick über die Hintergründe der Sezessionsbewegungen in Aceh, West-Papua, Riau und Ost-Kalimantan vgl. Bünte 2003b: 117ff.

⁶ Ost-Timor war am 30. August 1999 in die Unabhängigkeit entlassen worden, nachdem sich die Mehrheit der Bevölkerung in einem von Präsident Habibie überraschend einberufenen Referendum für die Loslösung vom indonesischen Staat ausgesprochen hatte (vgl. Bünte 2003b: 117f.).

Unvereinbarkeit des Föderalismus mit dem indonesischen Jugendschwur (*sumpah pemuda*)⁷ begründet wird (zitiert nach Diederich 2000: 138). Einzig die *Partai Amanat Nasional*⁸ (PAN) hatte sich in ihrem Parteiprogramm zunächst vorsichtig für die Einführung des Föderalismus in Indonesien ausgesprochen, nach starker Kritik war ihr Vorsitzender Amien Rais in seinen öffentlichen Äußerungen aber wieder von dieser Idee abgerückt (vgl. Diederich 2000: 138).

Über die Notwendigkeit von Dezentralisierungsmaßnahmen herrschte dagegen ein breiter Konsens. Auf der MPR⁹-Sitzung im Oktober 1998 wurde eine neue Dezentralisierungspolitik beschlossen, die zu einer gerechteren Verteilung der natürlichen Ressourcen und zu einem neuen fiskalischen Gleichgewicht zwischen Zentrum und Regionen führen sollte. Dies ebnete den Weg für die Gesetze 22/1999 zur *Regionalregierung* und 25/1999 über den *Finanzausgleich zwischen der Zentralregierung und den Regionen*, die bereits im April 1999 vom Parlament angenommen wurden und bis zum Mai 2001 in Kraft treten sollten (vgl. Bunte 2003a: 572).

4.2. Die neuen Gesetze zur Dezentralisierung

Im Folgenden soll der Inhalt der wichtigsten Gesetze zur Dezentralisierung, die in der Post-Soeharto-Ära verabschiedet worden sind, kurz zusammengefasst und kommentiert werden. Da Gesetz 22/1999 dabei als das Schlüsselgesetz gelten kann, soll es am ausführlichsten dargestellt werden.

4.2.1. Das Gesetz 22/1999 zur Regionalregierung

Das neue Gesetz trat an die Stelle der zur Soeharto-Zeit verabschiedeten Gesetze 5/1974 und 5/1979. Diese seien „*tidak sesuai lagi dengan prinsip penyelenggaraan Otonomi Daerah dan perkembangan keadaan*“¹⁰ (Präambel, Absatz d.) bzw. „*tidak sesuai dengan jiwa Undang-Undang Dasar 1945 [...] sehingga perlu diganti*“¹¹ (Präambel, Absatz e.). Beim Aufbau

⁷ Mit dem *sumpah pemuda* erklärten die Teilnehmer des Zweiten Indonesischen Jugendkongresses am 28. Oktober 1928, dass sie sich *einem* indonesischen Volk und *einer* indonesischen Nation mit einer *gemeinsamen* Sprache (Bahasa Indonesia) zugehörig fühlten (vgl. Hardjosoediro 1980: 107ff.). Bis heute hat der *sumpah pemuda* seine bedeutende Position für den indonesischen Einheitsgedanken behalten.

⁸ „Partei des nationalen Auftrags“

⁹ Der alle fünf Jahre tagende MPR (*Majelis Permusyawaratan Rakyat* = Beratender Volkskongress) ist eines der höchsten politischen Organe Indonesiens. Er setzt sich aus Mitgliedern des nationalen Parlaments DPR (*Dewan Perwakilan Rakyat* = Volksversammlung) und des DPD (s.o.) zusammen (vgl. <http://id.wikipedia.org/wiki/MPR>).

¹⁰ „nicht übereinstimmend mit den Durchführungsprinzipien der Regionalen Autonomie und der weiteren Entwicklung“

¹¹ „nicht übereinstimmend mit Geist der Verfassung von 1945 [...] so dass sie ersetzt werden müssen“

regionaler Autonomie (*Otonomi Daerah*) sollen demokratische Prinzipien („*prinsip-prinsip demokrasi*“), das Mitspracherecht der Bevölkerung („*peran-serta masyarakat*“), Gleichheit („*pemerataan*“) und Gerechtigkeit („*keadilan*“) sowie das (wirtschaftliche) Potential der einzelnen Regionen und deren Diversität („*potensi dan keanekaragaman*“) stärker berücksichtigt werden (Präambel, Absatz b.). Den Regionen soll zu diesem Zweck ein „*kewenangan yang luas, nyata, dan bertanggung jawab*“¹² zugestanden werden (Präambel, Absatz C; alle Zitate nach Nitibaskara 2002: 157f.). Interessanterweise wird mit den Worten „*nyata dan bertanggung jawab*“ bewusst (?) das gleiche Vokabular benutzt wie in Gesetz 5/1974 (vgl. Beier 1995: 126ff.), von dem man sich eigentlich hatte distanzieren wollen.

Der eigentliche Nutznießer des Gesetzes war die Ebene der Distrikte, also der *kabupaten* und *kotamadya*, wohingegen die Provinzebene nicht wesentlich gestärkt werden sollte, was sich mit Gesetz 32/2004 allerdings änderte. Indonesien bleibt auch nach Gesetz 22/1999 ein Einheitsstaat, wenn auch ein dezentral aufgebauter (vgl. Bünte 2003a: 573).

Analog zu früheren Gesetzen wird von drei allgemeinen Dezentralisierungsbegriffen ausgegangen. Dezentralisierung wird dabei als

- „Übertragung von Angelegenheiten an sich selbst verwaltende (*autonome*) Regionen“ im Kontext des indonesischen Einheitsstaates verstanden, was weitgehend mit dem Begriff der Devolution einhergeht
- Dekonzentration im Sinne einer „Übertragung an zentralstaatliche Behörden in den Regionen“ verstanden
- Koadministration (*tugas pembantuan*) im Sinne einer gemeinsamen Durchführung von in der Zentrale entwickelten Programmen durch zentralstaatliche und regionale Behörden verstanden (vgl. Bünte 2003a: 573)

Gesetz 22/1999 sieht die *propinsi*, *kabupaten* und *kotamadya* als autonome Regionen vor, deren Regenten vom Parlament ihrer jeweiligen Ebene (DPRD I/II) gewählt werden und diesem gegenüber auch verantwortlich sein sollten. Jedoch sollen die *propinsi* darüber hinaus auch noch dezentrierte administrative Einheiten der Zentralregierung darstellen. Folglich bleibt das Provinzoberhaupt, der Gouverneur (*gubernur*), auch Repräsentant der Zentralregierung, hat also weiterhin eine Doppelfunktion inne. Auf diese Weise versuche die Zentralregierung, die

¹² „weiter, klarer und verantwortungsvoller Kompetenzbereich“

Entwicklungen in den Provinzen unter Kontrolle zu halten, und schaffe gleichzeitig ein erhebliches Konfliktpotential, da im Falle einer wirklich eigenständigen Politik der Provinzen die Verantwortlichkeit des *gubernur* nicht klar ersichtlich wäre (vgl. Bünte 2003a: 573).

Da nach dem Gesetz auch die Distrikte als autonome Einheiten definiert werden, ist damit die Hierarchie zwischen Provinz- und Distriktebene hinfällig geworden. Hierin zeigte sich die damals vollzogene Stärkung der Distriktebene gegenüber den Provinzen sehr deutlich. Vor einer Stärkung der Provinzebene, wie sie beispielsweise durch die Aufhebung der Doppelstellung des *gubernur* hätte erfolgen können, schreckte die Zentralregierung wohl aus Angst vor einer zu großen Machtfülle in den Provinzen zurück. Auch wird hier deutlich, dass es durch Gesetz 22/1999 *nicht* zur Einführung eines Föderalsystems in Indonesien kam. Zwar üben die Provinzen seitdem Staatsgewalt aus, aber sie haben weiterhin keine Möglichkeit, in die Politik der Zentralregierung einzugreifen, was ein wesentliches Element eines Föderalsystems dargestellt hätte (vgl. Bünte 2003a: 573f.).

Des Weiteren erfolgt durch Gesetz 22/1999 eine weitreichende Devolution verschiedener Politikbereiche auf die Ebene der Distrikte. Die Zentralregierung behält lediglich die Hoheit über die Außen- und Verteidigungspolitik, Geld- und Finanzpolitik, Justiz, Religion und „*andere Angelegenheiten*“ sowie die allgemeine Gestaltung der Politik der nationalen Entwicklungsplanung, des Finanzausgleichs, der staatlichen Verwaltung und der strategischen Hochtechnologie. Im wesentlichen gibt die Zentralregierung also die strategischen Leitlinien der Politik vor, während die Umsetzung in den Regionen erfolgt. Unterstützt wird diese Neuverteilung der Kompetenzen durch einen weitreichenden Transfer auch von Personal und Infrastruktur auf die regionalen Ebenen (vgl. Bünte 2003a: 574).

Jedoch wird die Aufgabenverteilung zwischen Zentrum und Regionen nicht immer ganz deutlich, was zum einen in dem unbestimmten Begriff „andere Angelegenheiten“, zum anderen in der Einführung eines *Subsidiaritätsprinzips*¹³ begründet liegt, nach welchem es den Distrikten gestattet wird, Aufgaben an die Provinzen abzutreten, wenn sie sich nicht in der Lage fühlen, diese eigenständig wahrzunehmen (vgl. Bünte 2003a: 574).

Eine wichtige Neuerung im Sinne einer Dezentralisierung ist die Stärkung der DPRD. Diese werden durch das Gesetz als gleichberechtigte Partner der Regionalregierung anerkannt und können zusammen mit der jeweiligen regionalen Verwaltung regionale Verordnungen (*perda* =

¹³ Nach dem Subsidiaritätsprinzip werden Aufgaben von der kleinsten administrativen Ebene wahrgenommen, solange diese dazu im Stande ist. Erst wenn sie sich mit einer konkreten Aufgabe überfordert sieht, wird diese an höhere Ebenen abgetreten (vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann 2003: 955, <http://de.wikipedia.org/wiki/subsidiarität>).

peraturan daerah) erlassen, die jedoch nicht dem „*öffentlichen Interesse*“ oder nationalem Recht widersprechen dürften. Wiederum fehlt hier also durch den diffusen Begriff „*öffentliches Interesse*“ eine klare Abgrenzung der neuen Befugnisse für die regionale Ebene (vgl. Bunte 2003a: 575).

Schon im Wahlgesetz 3/1999 wurde festgelegt, dass die DPRD in „*allgemeinen, freien, gleichen und geheimen*“ Wahlen vom Volk zu wählen seien. In Gesetz 22/1999 wird hinzugefügt, dass die *kepala daerah* wiederum von den DPRD in einer öffentlichen Wahl mit einfacher Mehrheit gewählt werden sollen. Durch eine Vielzahl weiterer neuer Kompetenzen, welche u.a. die Kontrolle der Verwaltung und die Mitwirkung bei der Erstellung des Budgets betreffen, bekommen die DPRD also eine wichtige Rolle bei der Kontrolle der Exekutive zugestanden. Auch sind die *bupati* und Bürgermeister (*walikota*) nur noch dem Parlament ihrer jeweiligen Ebene gegenüber verantwortlich und nicht mehr gegenüber einer höheren Ebene. Somit enthält das Gesetz wichtige Maßnahmen in Richtung einer politischen Dezentralisierung, wenn auch die Partizipation von NGO's¹⁴ – im Gegensatz beispielsweise zu den Philippinen – im Gesetzestext nicht ausdrücklich erwähnt wird (vgl. Bunte 2003a: 575).

Nicht zuletzt wird durch Gesetz 22/1999 auch die Vereinheitlichung der Dorfstruktur, wie sie gemäß Gesetz 5/1979 vollzogen wurde, wieder rückgängig gemacht. Die Dörfer dürfen ihre jeweiligen traditionellen Organisationsstrukturen wiedereinführen und sich unter Aufsicht der Distriktregierung selbst verwalten. Hier ist also erstmals ansatzweise der Versuch einer kulturellen Dezentralisierung erkennbar. Analog zur Provinz- und Distriktebene soll der Dorfchef von einer Dorfversammlung kontrolliert werden, die vom Volk gewählt wird. Anders als auf den beiden höheren regionalen Ebenen wird der Dorfchef allerdings auch schon nach Gesetz 22/1999 direkt vom Volk gewählt, ist aber auf die Anerkennung durch den *bupati* angewiesen. Ähnlich dem *gubernur* hat auch der Dorfchef seit Gesetz 22/1999 eine Doppelstellung inne: Er ist seitdem sowohl der Dorfversammlung als auch der Distriktregierung gegenüber verantwortlich. Dies ist jedoch im Falle des Dorfchefs als Fortschritt zu werten, da die Verantwortlichkeit gegenüber der politischen Vertretung der Dorfbevölkerung eine Neuerung darstellt. Die Dorfversammlung bekommt ähnlich weitreichende Befugnisse wie die DPRD auf den höheren regionalen Ebenen. In den Aufgabenbereich der Dorfgeregungen fallen Aufgaben, die sich dem Verantwortungsbereich höherer Ebenen entziehen oder die dezentriert unter Führung des

¹⁴ *Non-Governmental Organizations* (=Nicht-Regierungsorganisationen)

bupati wahrgenommen werden. Im Übrigen wird es den Dörfern auch erlaubt, die Übernahme bestimmter Aufgaben abzulehnen (vgl. Bünte 2003a: 575).

4.2.1.2. Bewertung

Bei der Bewertung von Gesetz 22/1999 zeigt sich in den verschiedenen wissenschaftlichen Quellen ein vielschichtiges Bild. Weitgehende Einigkeit herrscht darüber, dass dieses Gesetz die Bemühungen um eine administrative und politische Dezentralisierung Indonesiens grundsätzlich unterstütze. Bünte hebt dabei den weitreichenden Kompetenztransfer auf die Distriktebene und die neue Verantwortlichkeit von lokaler Verwaltung und Regierung gegenüber den gewählten lokalen Parlamenten besonders positiv hervor. Diese Veränderungen böten die Möglichkeit zu einer größeren Transparenz und einer festeren Verankerung der Demokratie auf lokaler Ebene (vgl. Bünte 2003a: 577). Auch Prasetyo sieht die Dezentralisierungsgesetze der Post-Soeharto-Ära ganz im „*Geist der Verwirklichung demokratischer Prinzipien*“ und basierend auf dem Prinzip größtmöglicher Autonomie (*Otonomi Seluas-luasnya*) (Prasetyo 2006: 1f.). Als fundamentalen Wandel gegenüber der Soeharto-Ära hebt Prasetyo besonders die Stärkung der lokalen Legislative gegenüber der Exekutive und die Wahl des lokalen Regierungsoberhauptes durch die Legislative hervor. Auch die Chance auf eine größere Partizipation der Bürger am politischen Leben durch die Gewährung größerer regionaler Autonomie sieht Prasetyo gegeben (vgl. Prasetyo 2006: 4f.).

Dagegen kritisiert Bünte, dass die Partizipationsmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen genauer definiert hätten werden müssen (vgl. Bünte 2003a: 577). Einige andere in den verschiedenen Quellen besonders häufig auftretende Kritikpunkte betreffen die – durch Gesetz 32/2004 inzwischen korrigierte – Übergehung der Provinzebene, die zu einer „*Dezentralisierung der Korruption*“ führen könne, und die Widersprüchlichkeit und Zweideutigkeit zahlreicher Passagen des Gesetzes, besonders was die genaue Kompetenzverteilung anbetrifft (vgl. z.B. Zöllner 2000: 48). Generell liege auch ein Problem in der Unerfahrenheit der regionalen Politiker und Behörden, die aus der systematischen Entpolitisierung der lokalen Ebene in der Soeharto-Zeit resultiere (vgl. Bünte 2003a: 577, Hoffmann 2000: 60).

Weitere Probleme würden sich vor allem aus der Implementation des Gesetzes ergeben, die ursprünglich in einem „*Big-Bang-Ansatz*“ innerhalb von nur zwei Jahren erfolgen sollte, auf

Grund zahlreicher Nachbesserungen am Gesetzestext jedoch verlangsamt werden musste. Da diese Nachbesserungen mittels neuer Verordnungen von der Zentralregierung durchgeführt wurden und die Regionen in die Erstellung dieser Verordnungen nicht miteinbezogen wurden, sei es zu einem oftmals undemokratischen und chaotischen Prozess gekommen (vgl. Bunte 2003a: 577). Auf die Implementationsphase mit all ihren Schwierigkeiten soll in Kapitel 4.3. dieser Arbeit näher eingegangen werden.

4.2.2. Das Gesetz 25/1999 über den Finanzausgleich zwischen der Zentralregierung und den Regionen

Gesetz 25/1999 hat zum Ziel, der Distriktebene größere finanzielle Mittel zukommen zu lassen, um die Durchführung der ihnen durch Gesetz 22/1999 neu zugewiesenen Aufgaben überhaupt erst zu ermöglichen und auf diese Weise den neu in Gang gesetzten Dezentralisierungsprozess zu unterstützen. Die wichtigsten Neuerungen im Rahmen dieses Gesetzes ermöglichen den Regionalregierungen eine freiere Verwendung der finanziellen Zuwendungen von Seiten der Zentralregierung. An die Stelle von Subventionen treten Finanztransferleistungen (*Dana Perimbangan*). Außerdem soll ein „Rat für die Regionalreform“ geschaffen werden, der über die Verwendung „Allgemeiner und Besonderer Zuweisungen“ entscheiden kann. Bei den internen Einkommen der Regionen ändert sich dagegen nichts Wesentliches (vgl. Schreiner 2000: 132). Gesetz 25/1999 unterscheidet drei Arten von Einnahmequellen für die Distrikte (Art. 3):

- Eigene Einnahmen (*PAD = Pendapatan Asli Daerah*)
Wie bereits oben erwähnt, kommt es hier zu keinen großen Veränderungen. Die Steuereinnahmen für die Regionen werden nicht erhöht, und auch die Verteilung der Steuern zwischen Zentrum und Regionen bleibt unverändert. Allerdings wird eine genaue gesetzliche Definition der den Regionen zustehenden Steuern, Abgaben und Gebühren verlangt (Art. 5).
- Finanztransferleistungen (*Dana Perimbangan*)
Die wichtigste Neuerung ist hier der *Allgemeine Finanzausgleich* (DAU)¹⁵, der von den Regionen nach eigenem Ermessen frei verwendet werden kann. Den Regionen stehen nach diesem Gesetz 25% des nationalen Haushalts zu, von denen die Provinzen 10%, die

¹⁵ *Dana Alokasi Umum*

kabupaten und *kotamadya* 90% erhalten. Die Stärkung der Distriktebene gegenüber den Provinzen, die schon in Gesetz 22/1999 deutlich wurde, spiegelt sich also auch auf der finanziellen Ebene wieder. Die Höhe des DAU soll sich dabei nach der Einwohnerzahl, dem Anteil der Bewohner unter der Armutsgrenze, der Größe der Region und der vorhandenen Industrieansiedlung richten (Art. 7).

- Sonderzuwendungen (DAK)¹⁶ und regionale Kredite (*pinjaman daerah*)
Die DAK sind zweckgebundene Zahlungen an die Lokalregierungen. Diese machen jedoch nur einen geringen Anteil der Einnahmen der Lokalregierungen aus. Daneben wird es den Lokalregierungen nach Gesetz 25/1999 auch erlaubt, am nationalen und internationalen Kapitalmarkt Kredite aufzunehmen.

Darüber hinaus soll Gesetz 25/1999 auch mehr Transparenz garantieren. Zu diesem Zweck ist der Aufbau eines Finanzinformationssystems in den Regionen vorgesehen, in dem die Regionen der Zentralregierung gegenüber Auskunft über die Verwendung der finanziellen Mittel zu erteilen haben. Außerdem soll das Parlament in alle Haushaltsentscheidungen miteinbezogen werden. Es muss das Budget bestätigen sowie über die Implementierung vollständig informiert werden (zu Gesetz 25/1999 vgl. Bunte 2003a: 575ff., 2003b: 141ff.).

4.2.2.2. Bewertung

Gesetz 25/1999 umfasst den Bereich der fiskalischen Dezentralisierung. Laut Bunte setzt eine erfolgreiche fiskalische Dezentralisierung voraus, dass die Lokalregierungen über ihre finanziellen Ressourcen verfügen und zu diesem Zweck Steuern und Gebühren selbständig erheben können (vgl. Bunte 2003a: 567, 2003b: 38ff.).

Dies wird durch das neue Gesetz bis zu einem gewissen Grad gewährleistet. Die Regionen dürfen nach Gesetz 25/1999 frei über die Verwendung staatlicher Transferleistungen entscheiden, und die ihnen zustehenden Steuereinnahmen werden erstmals gesetzlich verankert. Auch die politische Ebene dieses Gesetzes mit seinen Maßnahmen zur Herstellung einer größeren

¹⁶ *Dana Alokasi Khusus*

Transparenz und einer stärkeren Einbeziehung der legislativen Ebene in Haushaltsentscheidungen ist sicherlich als Fortschritt zu beurteilen.

Jedoch kommt es in einigen anderen Bereichen zu keiner signifikanten Verbesserung der Position der Lokalregierungen. So werden weder die Steuereinnahmen der Regionen, noch ihr Anteil bei der Verteilung dieser Einnahmen zwischen Zentrum und Regionen erhöht. Dadurch verringert sich auch nicht die Abhängigkeit der Regionen von staatlichen Transferleistungen, die weiterhin die Haupteinnahmequellen für die Lokalregierungen darstellen (vgl. Bünte 2003a: 576f.).

Auch wäre zu kritisieren, dass ressourcenreiche Regionen wie Aceh, Riau, Ostkalimantan und West-Papua besonders begünstigt werden, da sich ihr Budget durch die Neuregelung der Teilung der Einnahmen aus den natürlichen Ressourcen am drastischsten erhöht. Hierbei spielen politische Erwägungen sicherlich eine große Rolle, sind es doch gerade Regionen wie Aceh und West-Papua, die eine stärkere Autonomie bis hin zur Unabhängigkeit vom indonesischen Nationalstaat besonders vehement fordern (vgl. Bünte 2003a: 577, 2003b: 145). Eine Angleichung des Lebensstandards in den verschiedenen Regionen Indonesiens, wie sie das Konzept der fiskalischen Dezentralisierung ebenfalls zum Ziel hat, ist damit also nicht gewährleistet, und auch das Konnexitätsprinzip (vgl. Kapitel 2.2. dieser Arbeit) wird nicht in allen Regionen mit der gleichen Ausgewogenheit bedacht.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Gesetz 25/1999 einen bedeutenden Schritt in Richtung fiskalische Dezentralisierung bedeutet, an einigen entscheidenden Stellen jedoch Mängel aufweist. Eine Vielzahl weiterer Regierungsverordnungen wird wohl noch vonnöten sein, um diese Mängel zu korrigieren und Unklarheiten zu beseitigen (vgl. Bünte 2003b: 146)

4.2.3. Das Gesetz 32/2004 zur regionalen Regierungsausübung

Gesetz 32/2004, das im Oktober 2004 verabschiedet wurde, ist in einigen Teilen als Reaktion auf die Entstehung neuer *propinsi*, *kabupaten* und *kotamadya* zu verstehen, die seit Inkrafttreten von Gesetz 22/1999 am 1. Januar 2001 förmlich auszufernen schien.¹⁷ Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, werden Mindestgrößen für die Gründung neuer Regionen festgelegt sowie eine Mindestzeit eigenständiger Regierungsausübung, bevor eine Neugründung rechtskräftig würde (vgl. Volbracht 2005: 25).

¹⁷ So wurden allein im Zeitraum zwischen Januar 2001 und Januar 2004 sechs neue Provinzen (Kepulauan Bangka Belitung, Kepulauan Riau, Gorontalo, Maluku Utara, Banten und Sulawesi Barat) und 146 neue *kabupaten* bzw. *kotamadya* gegründet (vgl. <http://www.sinarharapan.co.id/ekonomi/Keuangan/2005/0411/keu3.html>, Volbracht 2005:24).

Analog zu Gesetz 22/1999 wird Dezentralisierung in Gesetz 32/2004 als Mischung aus „*Dekonzentration und Koadministration*“ verstanden. Hierin sieht Volbracht ein Problem, denn das Prinzip der Koadministration verhindere, dass die administrative Dezentralisierung über den Grad der Dekonzentration hinausgehe, da sie einem wirklichen Aufgabentransfer in die Regionen entgegenstehe. Da auch im neuen Gesetz keine expliziten Forderungen nach einer größeren Partizipation der Bevölkerung oder gesellschaftlicher Gruppen auf der lokalen Ebene enthalten sind, sieht Volbracht die Chancen auf eine wirkliche politische Dezentralisierung Indonesiens eher pessimistisch (vgl. Volbracht 2005: 25).

Die Doppelstellung des *gubernur* als Provinzoberhaupt einerseits und Repräsentant der Zentralregierung in der Region andererseits bleibt auch nach Gesetz 32/2004 erhalten. Auch laut Volbracht berge dies Konfliktpotential in sich, da unklar sei, wem gegenüber der *gubernur* im Konfliktfall verantwortlich sei (vgl. Volbracht 2005: 25).

In Artikel 1 des Gesetzes wird den Regionen das Recht gewährt, „*ihre eigenen Regierungsangelegenheiten zu erledigen und sich selbst nach gesellschaftlichem Wunsch zu regieren und zu verwalten*“. Dies wird im selben Atemzug jedoch auch als Pflicht bezeichnet. Auch hier bleibt also das Vokabular erhalten, das die Soeharto-Administration im Text von Gesetz 5/1974 verwandt hatte. Diese Zubilligung weitgehender regionaler Autonomie wird in Artikel 2 wieder etwas eingeschränkt, da es dort heißt, dass „*jene Regierungsaufgaben ausgenommen*“ würden, die „*per Gesetz als Angelegenheit der Zentralregierung festgelegt*“ worden seien und eine „*Verbesserung des öffentlichen Wohls, der öffentlichen Dienstleistungen und des regionalen Wettbewerbs*“ zum Ziel hätten. Auch hier sieht Volbracht Widersprüchlichkeiten: Die Verbesserung des öffentlichen Wohls werde als Hauptziel *nationaler* Entwicklung bezeichnet, was durch die Herstellung *regionaler* Autonomie gewährleistet werden solle. Gleichzeitig gebe die Zentralregierung aber auch die Richtlinien für „*Standards, Direktiven, Führung, Training, Supervision, Kontrolle, Koordination, Monitoring und Evaluation*“ vor, wodurch sie sich einen gewissen Grad an Kontrolle über den Dezentralisierungsprozess sichere, der nach Volbrachts Ansicht entschieden zu weit geht. Genauer umrissen werden die bei der Zentralregierung verbliebenen Aufgabenbereiche in Artikel 10, in dem sich die Zentralregierung nicht nur die Hoheit über Außenpolitik, Verteidigung und innere Sicherheit, Fiskal- und Geldpolitik, Justiz und Religion, sondern auch über eine beträchtliche Anzahl weiterer Bereiche vorbehält, die zum großen Teil auch für die regionale Ebene von entscheidender Bedeutung sind (vgl. Volbracht 2005: 25f.).

Volbracht kritisiert dabei nicht nur, dass die Regionalregierungen kaum Einfluss auf die nationale Planung hätten, sondern auch dass es zu viele Überschneidungen zwischen den Kompetenzbereichen der Zentralregierung einerseits und der Provinz- und Lokalregierungen andererseits gebe. Auch die Vorgabe, dass regionale Entwicklungsplanung auf allen regionalen Ebenen stets im Einklang mit den staatlichen Behörden der Entwicklungsplanung erfolgen solle, sowie die Möglichkeit der Zentralregierung, „*weitere Aufgaben*“ an die Regionalregierungen zu übertragen und auch wieder zurückzunehmen, stehen nach Volbracht einer tatsächlichen Stärkung der regionalen Ebene im Wege (vgl. Volbracht 2005: 26).

Stärkte Gesetz 22/1999 vor allem die Ebene unterhalb der Provinzen, so werden in Gesetz 32/2004 auch die Provinzen mit größeren Befugnissen bedacht. Nach diesem Gesetz werden den Provinzregierungen vor allem Aufgaben interkommunalen Charakters zuteil. So sollen sie die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Distrikten innerhalb ihrer Provinz nicht nur koordinieren, sondern auch überwachen und eventuell auftretende Konflikte schlichten. Auch für kommunale, aber provinzübergreifende Aufgaben sollen die Provinzregierungen gemäß Artikel 198 des Gesetzes zuständig sein (vgl. Volbracht 2005: 26).

Einen wirklichen Schritt in Richtung politischer Dezentralisierung bedeuten die in Gesetz 32/2004 vorgesehenen direkten Wahlen der *gubernur*, *bupati* und *walikota* sowie deren Stellvertreter. Auch die Verpflichtung für die *kepala daerah*, der Zentralregierung, dem regionalen Parlament und der Bevölkerung einen jährlichen Rechenschaftsbericht über die Regierungsausübung vorzulegen, kann sicherlich als Bemühen um die Verankerung von mehr Transparenz und demokratischer Prinzipien auf der regionalen Ebene interpretiert werden.

Die starke Stellung der DPRD, wie sie seit den Gesetzen von 1999 bestand, bleibt unangetastet. Eine entscheidende Position wird den regionalen Apparaten zuteil, die auf Provinz- sowie auf *kabupaten/kotamadya*-Ebene bestehen und sich aus dem regionalen Sekretariat, seinen Behörden und dem Sekretariat des Regionalparlaments zusammensetzen (vgl. Volbracht 2005: 27). Allerdings behält auch die Zentralregierung wichtige Einflussmöglichkeiten, da sie die Befugnis bekommt, regionale Gesetze zu annullieren, wenn diese nationalen Gesetzen oder dem öffentlichen Interesse entgegengerichtet seien. Außerdem soll ein „*Interner Apparat der Zentralregierung*“ (Volbracht 2005: 28) die Schulung und Supervision der regionalen Politiker und Behörden vornehmen, bis hin zur Möglichkeit der Verhängung von Strafen gegen sie. Dies wird von Volbracht als unangemessene Einmischung des Staates in regionale Angelegenheiten kritisiert, genauso wie auch die ihrer Meinung nach bisher unzureichende Herausbildung

tatsächlicher Oppositionsparteien und die intransparente Aushandlung politischer Entscheidungsprozesse in informellen Sitzungen, die einer breiten Aufdeckung von Korruptionsfällen im Wege stünde (vgl. Volbracht 2005: 28).

4.2.3.2. Bewertung

Volbracht bewertet Gesetz 32/2004 also insgesamt sehr kritisch. Tatsächlich kann festgestellt werden, dass einige Lücken der Gesetze von 1999 nicht geschlossen werden, was eigentlich eine wichtige Zielsetzung bei der Verabschiedung des neuen Gesetzes war. So bleiben Überschneidungen der Kompetenzbereiche zwischen Zentral- und Regionalregierung bestehen, und auch die Doppelstellung des *gubernur*, die erhebliches Konfliktpotential in sich trägt, wurde nicht neu überdacht. Durch die Vorgabe von Richtlinien, die Sicherung einiger Schlüsselkompetenzbereiche für die regionale Entwicklung sowie die Ausbildung und Supervision regionalen Personals behält die Zentralregierung einen wichtigen Einfluss auf regionaler Ebene, über dessen Berechtigung sich zumindest streiten lässt.

Jedoch muss man Gesetz 32/2004 auch im Kontext aktueller Entwicklungen sehen. Dass die Zentralregierung einen Versuch unternimmt, die Gründung neuer Provinzen, *kabupaten* und *kotamadya* zu erschweren, erscheint in Anbetracht der ausufernden Gründung neuer Regionen seit 2001 und einer Angst vor dem Auseinanderbrechen des indonesischen Nationalstaats verständlich. Im selben Zusammenhang würden auch die Bemühungen der Zentralregierung, einen gewichtigen Einfluss auf regionaler Ebene zu behalten, in einem etwas positiveren Licht erscheinen, spielt hier doch auch der Gedanke eine Rolle, die nationale Einheit zu sichern und ein Abdriften in gewaltsame Unruhen und Chaos zu verhindern. Inwiefern die starke Einmischung der Zentralregierung in regionale Angelegenheiten einer Demokratie angemessen ist, wird sich möglicherweise erst mit der Zeit herausstellen.

Dezentralisierung darf nicht als eine lineare Entwicklung verstanden werden, sondern sie verläuft eher wellenförmig in zeitweiligen Schüben und gegenläufigen Rezentralisierungstendenzen, wie sich auch schon vor 1998 zeigte, wenn auch in weniger drastischer Form. Dem starken Zentralismus der Soeharto-Ära folgte eine Periode, in der innerhalb weniger Jahre dezentrale Entwicklungen nachgeholt wurden, die sich über Jahrzehnte angestaut hatten. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung von Gesetz 32/2004 schien sich die Zentralregierung erhebliche Gedanken darüber gemacht zu haben, bis zu welchem Grad sie Dezentralisierung zulassen wollte, und war dabei in einigen Punkten „zurückgerudert“ oder hatte zumindest den Pfad einer weiteren

Dezentralisierung verlassen. Solange diese Entwicklung nicht unumkehrbar wird und zu einer breiten Rezentralisierung führt, halte ich sie durchaus als natürlich für eine junge Demokratie, deren Transformationsphase nach Jahrzehnten autoritärer Herrschaft noch keineswegs vollständig abgeschlossen ist.

Auch die positiven Neuerungen in Gesetz 32/2004 sollten nicht übersehen werden: Die Stärkung der Provinzebene und die direkten Wahlen der *kepala daerah* könnten sich noch als ein wichtiger Beitrag zu politischer Dezentralisierung und Demokratisierung auf lokaler Ebene herausstellen. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn die gesetzlichen Neuerungen tatsächlich zu einer erhöhten Partizipation der Bevölkerung führen werden, wozu in dem Gesetz keine neuen Maßnahmen ergriffen werden.

Die weitverbreitete Korruption und die schwache Rolle der politischen Opposition auf lokaler Ebene stellen in diesem Zusammenhang zwei ernste Probleme dar. Auch hier bleibt es wohl abzuwarten, ob mit der Zeit eine Verbesserung eintreten wird oder ob zusätzliche gesetzliche Verordnungen von Nöten sein werden, deren Zustandekommen und Inhalt stark vom tatsächlichen Willen der Zentralregierung abhängen wird, inwieweit sie eine Stärkung der regionalen Ebene zulassen möchte.

4.3. Die Implementation der neuen Gesetze

Für das Gelingen oder Scheitern der Dezentralisierungsmaßnahmen spielt auch die Art und Weise der Implementation der neuen Gesetze eine entscheidende Rolle. Dies soll am Beispiel der Gesetze von 1999 verdeutlicht werden.

Abdurrahman Wahid („Gus Dur“), der von 1999 bis 2001 Habibie als Präsident Indonesiens nachgefolgt war, setzte mit der Schaffung eines Ministeriums für Regionale Autonomie und der Berufung Ryaas Rashids, des „Vaters“ des Gesetzes 22/1999, zum Minister dieses Ressorts zunächst ein positives Signal, das Hoffnung auf eine rasche Implementation der neuen Gesetze verbreitete. Die mangelnde Bereitschaft einiger Ministerien, ihre Kompetenzen tatsächlich an die regionale Ebene abzutreten, ließen diese Hoffnung aber bald wieder sinken. Hinzu kam noch der unbeständige Führungsstil der Regierung Wahid; so wurde beispielsweise das Ministerium für Regionale Autonomie schon nach zehn Monaten wieder in das Innenministerium eingegliedert. Die Regierungsverordnung 25/2000 sollte für Klarheit hinsichtlich der genauen Kompetenzenverteilung auf die einzelnen Regierungsebenen sorgen. Allerdings blieb die

Formulierung erneut zu vage, um die verschiedenen Aufgabenbereiche klar voneinander abzutrennen. Kritiker merken außerdem an, dass die Verordnung wesentliche Planungskompetenzen in den Händen der Zentralregierung verbleiben lassen habe (vgl. Bünte 2003b: 148ff.).

Auf seiner Sitzung im August 2000 bemühte sich der MPR den Implementationsprozess zu beschleunigen. Der Zeitrahmen wurde noch enger gesetzt: Die Zentralregierung sollte die für die Implementation notwendigen Verordnungen schon bis Ende 2000 herausgeben. Gleichzeitig ermutigte der MPR die Regionalregierungen, im Zweifelsfall regionale Verordnungen auch ohne ausdrückliche Zustimmung der Zentralregierung zu erlassen.

Doch auch nach der MPR-Sitzung blieben die oben erwähnten Widerstände einiger Ministerien gegen die Dezentralisierungsmaßnahmen bestehen und hinderten die Zentralregierung an einer raschen Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Dies schürte das Misstrauen bei den Regionalregierungen und führte zu Auseinandersetzungen zwischen Dezentralisierungsbefürwortern und -gegnern, zwischen der Zentralregierung und den Regionen, in deren Folge Ryaas Rashid von seinem Amt als Minister für Regionale Autonomie zurücktrat. Auf der anderen Seite weiteten viele der durch den MPR ermutigten Regionen ihre Kompetenzen nun eigenständig aus, was ebenfalls zu heftigen Konflikten mit der Zentralregierung führte.

Hier zeigen sich grundsätzliche Probleme des gesamten Dezentralisierungsprozesses: Von Seiten einiger zentralstaatlicher Akteure wird dieser Prozess als zu weitreichend betrachtet, während er vielen Regionen nicht weit genug geht. Das übereilte Tempo der Verabschiedung der Gesetze, die daraus resultierende vage Formulierung zahlreicher Passagen und die mangelnde Vermittlung der Gesetzesinhalte in den Regionen schürten das Misstrauen bei den regionalen Akteuren und führte dazu, dass diese versuchten, ihre Macht eigenständig auszuweiten, was wiederum einige zentralstaatliche Akteure um jeden Preis zu verhindern versuchten (zur Implementationsphase vgl. Bünte 2004: 60ff.).

Ein Entgegenkommen von beiden Seiten scheint also vonnöten zu sein: Nicht allein muss die Zentralregierung ihre teilweise guten Absichten auch in die Tat umsetzen und beweisen, dass sie tatsächlich bereit ist, in weitem Maße Kompetenzen abzugeben, sondern auch die Mitglieder der Regionalregierungen dürfen nicht der Versuchung erliegen, die neuen Potentiale, die sich ihnen darbieten, ausschließlich zur Befriedigung eigener Interessen zu nutzen. Hierzu sind eine bessere Ausbildung des regionalen Personals, seine Einbeziehung in die Beschließung künftiger

Dezentralisierungsmaßnahmen und eine bessere Informationspolitik in den Regionen hinsichtlich solcher Maßnahmen sicherlich unumgänglich.

4.4. Zusammenfassende Bewertung der bisherigen Dezentralisierungsmaßnahmen seit 1998

Zieht man ein Fazit der seit 1998 beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen zur Dezentralisierung Indonesiens, so zeigt sich ein durchwachsenes Bild. Setzt man als vorrangige Ziele des Dezentralisierungsprozesses eine stärkere Verankerung der Demokratie auf lokaler Ebene sowie eine Stärkung der nationalen Einheit voraus, so lässt sich feststellen, dass diese Ziele bislang nicht erreicht worden sind.

Nach Bünthe seien eine größere Transparenz und Verantwortlichkeit der Lokalregierungen und eine stärkere Partizipation der Bevölkerung am politischen Leben bisher überwiegend ausgeblieben. Zahlreiche Lokalpolitiker würden ihre Position nach wie vor zur Befriedigung eigener Interessen nutzen. Im Zuge des Dezentralisierungsprozesses sei es hierbei auch zu einer „*Dezentralisierung der Korruption*“ (Bünthe 2004: 69) gekommen.

Die Widerstände von Seiten zentralstaatlicher Akteure gegen einen Kompetenztransfer auf die regionale Ebene einerseits und die rücksichtslose Ausweitung der eigenen Kompetenzen durch einige Regionalregierungen auch über die neuen gesetzlichen Bestimmungen hinaus andererseits hätten zu einem starken Misstrauen zwischen den einzelnen Regierungsebenen geführt. Die nationale Einheit Indonesiens scheine also weiterhin gefährdet (vgl. Bünthe 2004: 69).

Auch das Scheitern der Militärreformen (vgl. Bünthe 2004: 65), durch welches das Militär seinen Einfluss auf die Politik auch auf regionaler Ebene behalte, hätte einen denkbar ungünstigen Einfluss auf die Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene.

Positive Entwicklungen sieht Bünthe eher vereinzelt, beispielsweise im Bereich der administrativen Dezentralisierung, da trotz der gewaltigen Umstrukturierungen die Mehrzahl der Dienstleistungen wie gewohnt bereitgestellt werden könne und es in einzelnen Sektoren, wie dem Gesundheitswesen, sogar zu einer Steigerung der Effizienz gekommen sei (vgl. Bünthe 2004: 63).

Auf dem Gebiet der politischen Dezentralisierung sei immerhin ein Anstieg in der Anzahl der *gubernur*, *bupati* und *walikota* ohne militärisch-bürokratischen Hintergrund festzustellen. Auch sei es durch die Wiederherstellung der Presse- und Demonstrationsfreiheit zu einem stärkeren öffentlichen Diskurs auf lokaler Ebene und zu besseren Informationsmöglichkeiten über die lokale Politik gekommen, was der Zivilgesellschaft die Chance auf eine bessere Kontrolle der

lokalen Regierungen biete, auch wenn diese bisher nicht genutzt worden sei (vgl. Bünte 2004: 64f.).

Andere Autoren ziehen ein noch negativeres Resümee: So kritisiert Volbracht, wie bereits erwähnt, die weitreichenden Einflussmöglichkeiten des Zentralstaats auf regionale Gesetzgebung und Politikformulierung sowie die Ausbildung regionalen Personals. Analog zu Bünte sieht auch Volbracht keine Zunahme der Transparenz bei der Aushandlung politischer Entscheidungen auf regionaler Ebene und keine Abnahme der Korruption (vgl. Volbracht 2005: 28).

Schreiner sieht durch die Dezentralisierungsgesetze vor allem die Gefahr einer zu großen Machtkonzentration in den Händen der Regionalpolitiker gegeben, die diese zu ihren eigenen Zwecken nutzen könnten. Dies beinhaltet auch nach Schreiners Ansicht die Gefahr einer Dezentralisierung der Korruption. Ein weiteres Problem sieht Schreiner in der seiner Meinung nach unzureichenden Durchführung einer fiskalischen Dezentralisierung: Dadurch, dass in Gesetz 25/1999 keine neuen regionalen Steuern und Gebühren eingeführt wurden, seien rohstoffarme Provinzen benachteiligt worden. Durch die stärkere finanzielle Abhängigkeit dieser Provinzen von der Zentralregierung in Jakarta komme es unter Umständen zu finanziellen Engpässen, was eine Gefahr für den gesamten Demokratisierungsprozess darstellen könne (vgl. Schreiner 2000: 134ff.).

Dezentralisierung – ein bitter notwendiger Prozess, dessen Ausführung bislang noch zu wünschen übrig lässt – so kann der Tenor in den meisten Quellen zusammengefasst werden. Darüber hinaus geht nur Richards, der die Ansicht vertritt, *„dass Dezentralisierungsstrategien unwahrscheinlich zu einer langfristigen Lösung für die tief verwurzelten Probleme, die mittels Bestrebungen nach Autonomie, Wahl-Freiheit und Demokratie aufgeworfen werden, führen“* (Richards 2000: 7).

Richards hat wohl insofern Recht, dass Dezentralisierung alleine nicht notwendig auch die Demokratie fester in der Bevölkerung verankert und den nationalen Zusammenhalt stärkt. Hierzu sind sicherlich noch andere weitreichende Veränderungen notwendig. So muss die Korruption eingedämmt und das regionale Personal ausreichend geschult werden, das regionale Personal muss noch mehr Erfahrungen in der Ausübung seiner stark ausgeweiteten Kompetenzen sammeln, der politische Einfluss des Militärs muss zurückgedrängt und die Kooperation zwischen den verschiedenen politischen Ebenen verbessert werden, beispielsweise durch neue Verordnungen, die bisher vorhandene Kompetenzstreitigkeiten klar und unmissverständlich regeln. Nicht zuletzt sollte auch die Partizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen und der

Bevölkerung im Allgemeinen am politischen Leben erhöht werden, was beispielsweise durch eine bessere politische Bildung der Bevölkerung und eine größere Transparenz bei der Aushandlung politischer Entscheidungen gewährleistet werden könnte. Während sich einige dieser Probleme mit der Zeit von alleine lösen könnten, werden bei anderen, z.B. was die Korruption und die Rolle des Militärs angeht, wohl noch weitere Initiativen auch von Seiten der Zentralregierung vonnöten sein. Dennoch scheint Dezentralisierung ein unentbehrliches Mittel zu sein, um die noch aus der Soeharto-Zeit resultierenden verkrusteten politischen Strukturen aufzubrechen, den auf höchster nationaler Ebene einigermaßen erfolgreich vollzogenen demokratischen Wandel in alle Landesteile zu tragen, für eine größere Verteilungsgerechtigkeit bei den Einkünften aus natürlichen Ressourcen zu sorgen, das Mitspracherecht von Minderheiten zu gewährleisten und dadurch der ethnischen und religiösen Heterogenität Indonesiens gerechter zu werden und langfristig die nationale Einheit zu sichern, falls dies überhaupt möglich ist.

Was ist für die Zukunft zu erwarten? Während sich einige Autoren sehr pessimistisch hinsichtlich der Möglichkeit einer umfassenden regionalen Autonomie und einer festen Verankerung der Demokratie auf regionaler Ebene in Indonesien äußern, ist in anderen Quellen ein verhaltener Optimismus erkennbar. So spricht sich Schreiner für eine Verlangsamung des gesamten Prozesses aus, ohne ihm jedoch gleich jegliche Erfolgsaussichten abzusprechen (vgl. Schreiner 2000: 136). Eissel/Grasse sehen Indonesiens Regierung „*on a good way to realize vertical democracy*“ (Eissel/Grasse 2006: 1), benennen jedoch auch die Gefahren für den Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprozess, wie den Mangel an qualifiziertem Personal auf Distriktebene, die Unabhängigkeitsbewegungen in Aceh und Papua und ganz allgemein die traditionellen paternalistischen und hierarchischen Strukturen (vgl. Eissel/Grasse 2006: 1f.). Bünte schließlich entwirft vier mögliche Zukunftsszenarien für Indonesien, die chaotische Dezentralisierung, gelenkte Dezentralisierung, zufällige Föderalisierung und Rezentralisierung, von denen er die chaotische Dezentralisierung, also einen langwierigen, durch bestehende Gesetze nur schwach regulierten Dezentralisierungsprozess, bei dem Zentralregierung und Regionen weiterhin miteinander um die Ausweitung ihrer Kompetenzen ringen, für am wahrscheinlichsten hält (vgl. Bünte 2004: 69).

Ein endgültiges Fazit möchte ich an dieser Stelle noch nicht ziehen. Zunächst sollen nun drei Fallstudien folgen, in denen die Gründung neuer Provinzen und Distrikte in den Regionen

Banyumas, Tapanuli und Sulawesi Selatan näher untersucht werden wird. Erst danach möchte ich in einem abschließenden Fazit auf die übergeordneten Fragen dieser Arbeit zurückkommen.

5. Fallstudie 1: Dezentralisierungsprozesse am Beispiel von Banyumas

5.1. Geographische Angaben

Die Region Banyumas befindet sich im westlichen Teil der Provinz Jawa Tengah (Zentraljava). Eine neue Provinz Banyumas würde neben dem *kabupaten* Banyumas noch sieben weitere *kabupaten*, nämlich Brebes, Tegal, Pemalang, Banjarnegara, Purbalingga, Kebumen und Cilacap, sowie die *kotamadya* Tegal umfassen und sich damit als siebte Provinz auf der Insel Java zwischen Jawa Barat (= Westjava) im Westen und Jawa Tengah im Osten schieben.¹⁸ Als mögliche Provinzhauptstadt werden vor allem Tegal und Cilacap genannt. Die Fläche der neuen Provinz würde insgesamt 10.150 km² oder rund ein Drittel der bisherigen Provinz Jawa Tengah umfassen, die Einwohnerzahl läge bei 9,71 Millionen, was ebenfalls einem Drittel der Einwohnerzahl von Jawa Tengah gleichkäme. Die Einwohnerdichte würde 1.003 Einwohner pro km² betragen.^{19 20}

5.2. Geschichtliche Daten

Das *kabupaten* Banyumas als Kernland der Region wurde im Jahre 1582 gegründet. Seine Gründung steht in einem engen Zusammenhang mit Raden Joko Kahiman, der zum ersten *bupati* von Banyumas wurde und später den Ehrentitel „Adipati Marapat“ verliehen bekam.

Der Gründung des *kabupaten* war einer Legende nach die Ermordung Adipati Wirasabas VI., des Schwiegervaters Raden Joko Kahimans, durch den Sultan des früheren javanischen Königreiches Pajang vorausgegangen. Nach dieser Legende lud der Sultan die Söhne des Ermordeten zu sich ein, um die Nachfolge zu regeln. Jedoch war keiner von diesen mutig genug, der Einladung Folge

¹⁸ Die bisherigen sechs Provinzen Javas lauten in der Reihenfolge von West nach Ost: Banten, DKI Jakarta (DKI = *Daerah Khusus Ibukota* = Sondergebiet der Hauptstadt), Jawa Barat, Jawa Tengah, Daerah Istimewa (= Sondergebiet) Yogyakarta (DIY), Jawa Timur (Ostjava).

¹⁹ vgl. http://id.wikipedia.org/wiki/Provinsi_Flores; Zugriff: 30.8.2006

²⁰ Zum Vergleich: Die Fläche Hessens ist mit 21.115 km² fast doppelt so groß wie die der angestrebten Provinz Banyumas, die Einwohnerzahl hingegen beträgt mit 6,1 Millionen weniger als 2/3 der Einwohnerzahl von Banyumas. Die Bevölkerungsdichte von Banyumas liegt ungefähr auf dem Niveau anderer javanischer Provinzen wie Banten, Jawa Barat und DIY, und wird auf Java nur vom DKI Jakarta (12.920 Einwohner/km²) deutlich übertroffen (vgl. <http://de.wikipedia.org>).

zu leisten. Nur Raden Joko Kahiman wagte es schließlich, dem Sultan persönlich gegenüberzutreten. So kam es, dass er zum Adipati Wirasaba VII. ernannt wurde. Um Streitigkeiten mit seinen Schwagern zu vermeiden, teilte er das ihm verliehene Territorium in vier Teile auf, von denen er selbst die Region Kejawar behielt, in der er als neuen Regierungssitz das *kabupaten* Banyumas gründete.²¹

Jedoch konnte sich das neu gegründete *kabupaten* nicht lange seiner Unabhängigkeit erfreuen, da es bald zusammen mit der gesamten Region Banyumas unter die Vorherrschaft Pajangs geriet (vgl. Pigeaud/De Graaf 1976: 21; 29). In den folgenden Jahrhunderten wechselten sich die Mächte ab, von denen die Banyumas-Region kolonisiert wurde: Auf Pajang folgten die javanischen Königreiche Demak, Mataram²² und schließlich das *Kasunanan*²³ Surakarta (Solo) (vgl. Rickleffs 1974: 229f.). In dieser Zeit wurde im Übrigen auch eine gezielte Zentralisierung betrieben, indem als *bupati* in der Banyumas-Region meistens aus Solo stammende Personen oder Verwandte des *sunan* eingesetzt wurden. Die letzte Kolonialmacht, die über Banyumas herrschte, waren die Niederländer. Doch auch im unabhängigen Indonesien wurde Banyumas jahrzehntelang keine regionale Autonomie zugestanden.²⁴ Erst 1990 wurde das *kabupaten* Banyumas wieder gegründet, erste Diskussionen um die Gründung einer *Provins* Banyumas reichen bis in die Jahre 1995/96, also die Endphase der Soeharto-Ära, zurück.²⁵

5.3. Kulturelle Besonderheiten

In Indonesien weithin bekannte kulturelle Elemente der Banyumas-Region sind vor allem der *penginyongan* und der *watak cablaka*. Mit dem Begriff *penginyongan* wird der Kollektivgeist der egalitären, nicht-feudalen Banyumas-Gesellschaft bezeichnet.²⁶ Nach Ansicht des aus der

²¹ *Sejarah Berdirinya Kabupaten Banyumas*, unter <http://www.banyumas.go.id/bmskita/sejarah2.php>; Zugriff: 4.9.2006

²² Das islamische Königreich Mataram (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen hindu-buddhistischen Königreich, das vom achten bis zum zehnten nachchristlichen Jahrhundert bestanden hatte) erlebte seine Blütezeit im 17. Jahrhundert. Sein Machtzentrum lag in der Gegend um Yogyakarta und Solo (vgl. Nothofer 2006: 3).

²³ *Sunan* oder *susuhunan* lautet noch heute der Titel des Sultans von Surakarta. Davon leitet sich die Bezeichnung seines Sultanats als *kasunanan* ab (vgl. <http://id.wikipedia.org>).

²⁴ Suara Merdeka, Ahmad Tohari: *Andai Tidak Disubkulturkan*, unter <http://www.mail-archive.com/kmnu2000@yahoogroups.com/msg03241.html>; Zugriff: 30.8.2006

²⁵ <http://www.banyumas.go.id/bmskita/sejarah2.php>; Suara Merdeka: *Gubernur Minta Pemekaran Dihentikan*, 19. April 2004, unter <http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/19ban9.htm>; Zugriff: 30.8.2006

²⁶ Schon die Tatsache, dass sich der Begriff *penginyongan* vom Personalpronomen für die erste Person Singular *inyong* ableitet, deutet auf eine gewisse Wertschätzung hin, die einem jeden Individuum innerhalb der banyumassischen Gesellschaft, ungeachtet seines Status, traditionell entgegengebracht wird.

Banyumas-Region stammenden Schriftstellers Ahmad Tohari²⁷ sei dieser Kollektivgeist zeitgemäßer und der weiteren Konsolidierung einer demokratischen Gesellschaft weitaus zuträglicher als der noch immer hierarchische, von feudalen Elementen geprägte Aufbau der Gesellschaft in der weiter östlich gelegenen Region um die Großstädte Yogyakarta (Yogya) und Solo, die oft als javanisches Kernland gilt. Der egalitäre Charakter der Banyumas-Gesellschaft spiegele sich auch im *Banyumasan*, dem Dialekt der Banyumas-Region, wieder, der dadurch eine höhere Anpassungsfähigkeit gegenüber den Herausforderungen der Gegenwart aufweise als der oft als „Standard-Javanisch“ bezeichnete Yogya/Solo-Dialekt.²⁸ Diese höhere Anpassungsfähigkeit des *Banyumasan* bzw. seiner Sprecher zeige sich auch in der Tatsache, dass es in der oftmals problematischen Kommunikation mit Javanern aus dem Ostteil von Jawa Tengah in den meisten Fällen die Banyumasser sind, die zum Zwecke einer besseren Verständigung dazu bereit und fähig sind, ihren Dialekt aufzugeben.²⁹

Ähnlich wie mit dem *penginyongan* verhalte es sich auch mit dem *watak cablaka*, der für Offenheit und Ehrlichkeit steht und der die Demokratisierung Indonesiens im Sinne freier Meinungsäußerung und einer größeren Transparenz der Politik ebenfalls vorantreiben könne. Tohari bringt seine Ansichten schließlich auf den Punkt, wenn er zusammenfasst, dass

„andaikan Banyumas tidak terlalu lama disubkulturkan, tlatah penginyongan ini setidaknya bisa memberi kontribusi dua nilai yang sungguh berharga untuk menyembuhkan bangsa ini dari sakitnya yang lama dan parah: egalitarianisme dan transparensi.“^{30 31}

Bemerkenswert ist sicherlich, dass sich die Banyumasser in den beiden erwähnten zentralen Elementen ihrer Kultur stark von der Yogya/Solo-Region mit ihrer hierarchischen

²⁷ Ahmad Tohari (*13. Juni 1948 in Tinggarjaya, *kabupaten* Banyumas) wurde vor allem durch seine Romantrilogie *Ronggeng Dukuh Paruk* (Die Tänzerin von Dukuh Paruk) über das Leben einer Tänzerin und Prostituierten in dem kleinen Dorf Dukuh Paruk bekannt. Von seinen Werken, in denen sich das Dorfleben in der Region Banyumas widerspiegelt, liegen Übersetzungen ins Japanische, Chinesische, Niederländische, Deutsche, Englische und auch ins Banyumasan, den Dialekt der Banyumas-Region, vor (vgl. Gramedia Pustaka Utama, *Detail Pengarang: Ahmad Tohari*, unter http://www.gramedia.com/author_detail.asp?id=EBDP2528 ; Zugriff: 15.9.2006)

²⁸ Suara Merdeka, Ahmad Tohari: *Andai Tidak Disubkulturkan*, unter <http://www.mail-archive.com/kmnu2000@yahoogroups.com/msg03241.html>; Zugriff: 30.8.2006

²⁹ Indonesia-Views, Joko Suprianto: *Propinsi Banyumas*, unter <http://www.library.ohiou.edu/indopubs/2000/05/16/0040.html>; Zugriff: 30.8.2006

³⁰ „Wäre Banyumas nicht zu lange kulturell unterdrückt worden, könnte das breite Feld des *penginyongan* einen wichtigen Beitrag leisten mit zwei Werten, die sehr hilfreich wären, um unsere Nation von ihrer langen und schlimmen Krankheit zu heilen: Egalitarismus und Transparenz.“

³¹ <http://www.mail-archive.com/kmnu2000@yahoogroups.com/msg03241.html>

Gesellschaftsstruktur und ihrer geschliffenen, höfisch geprägten Ausdrucksweise abgrenzen. Dagegen hat die Kultur der sich westlich unmittelbar anschließenden Sunda³²-Region in der banyumassischen Kultur einige Spuren hinterlassen, so dass die „*warna budaya calon Propinsi Banyumas*“³³ als „*Budaya Mataram yang dipengaruhi Budaya Sunda*“³⁴ ³⁵ bezeichnet werden kann. Die gefühlte Andersartigkeit der Banyumasser gegenüber dem Rest von Jawa Tengah resultiert allerdings in erster Linie aus ihrem Dialekt, auf den im folgenden Kapitel eingegangen werden soll.

5.4. Der Banyumas-Dialekt und sein Status

In der Region Banyumas wird ein Dialekt des Javanischen gesprochen, der größten Regionalsprache Indonesiens mit rund 80 Millionen Sprechern. Charakteristisch für das Javanische sind seine drei Höflichkeitsebenen, deren Verwendung sich nach dem eigenen sozialen Status sowie dem des Gesprächspartners richtet. Diese Höflichkeitsebenen treten bei sehr verschiedenen Wortgattungen auf (vgl. Nothofer 2006: 1ff.).

Das *Banyumasan* unterscheidet sich vom Yogya/Solo-Dialekt durch die kaum vorhandenen Höflichkeitsebenen. Historisch begründen lässt sich die Dialektgrenze zwischen dem Yogya/Solo-Dialekt und dem *Banyumasan* durch den kulturellen Einflussbereich des Königreichs Mataram, in welchem sich die höfische Sprache mit ihren Höflichkeitsebenen verbreitet hatte. Interessanterweise deckt sich die Dialektgrenze ziemlich genau mit der Grenze zwischen der möglicherweise zukünftigen Provinz Banyumas und dem Rest Jawa Tengah (vgl. Nothofer 2006: 5ff.).

Weiterhin bestehen zwischen dem *Banyumasan* und dem Yogya/Solo-Dialekt einige phonetische Unterschiede. So tritt im Yogya/Solo-Dialekt im Gegensatz zum *Banyumasan* meistens ein *glottal stop* an die Stelle eines finalen [k].³⁶ Beispielsweise wird beim Wort *enak* (= lecker, angenehm, schmackhaft) im *Banyumasan* das bei der Transkription in lateinische Schrift

³² Die Sundanesen, die den Großteil Westjawas bevölkern, bilden mit rund 35 Millionen Menschen die zweitgrößte Ethnie Indonesiens nach den vor allem in Zentral- und Ostjava beheimateten Javanern. Auch eine kleine Region im äußersten Westen von Banyumas wird von Sundanesen bewohnt (vgl. Nothofer 2006:1;8).

³³ „kulturelle Färbung des „Provinz-Kandidaten“ Banyumas“

³⁴ „Mataram-Kultur, die von der sundanesischen Kultur beeinflusst wird“

³⁵ <http://www.library.ohiou.edu/indopubs/2000/05/16/0040.html>

³⁶ Portal Banyumas: *Bahasa dan Sastra*, unter

<http://www.portalbanyumas.com/portal/moduled.php?name=News&file=article&sid=16>; Zugriff: 4.9.2006

geschriebene finale [k] auch wirklich ausgesprochen und nicht, wie im Indonesischen oder in anderen javanischen Dialekten, durch einen *glottal stop* ersetzt.³⁷

Außerdem tritt im *Banyumasan* oft ein [a] an die Stelle eines [o] im Yogya/Solo-Dialekt. Beispielsweise wird das Wort für „Reis“ [sega?³⁸] im *Banyumasan*, aber [sego] im Yogya/Solo-Dialekt ausgesprochen.³⁹ Diese phonetische Abweichung des *Banyumasan* vom Yogya/Solo-Dialekt wird von dessen Sprechern oft als „kasar“ (grob) empfunden, ein Werturteil, das nicht selten auf das gesamte *Banyumasan* und die Mentalität und Kultur seiner Sprecher ausgeweitet wird.⁴⁰ Darauf deutet auch die abwertende Bezeichnung „ngapak-ngapak“ hin, die viele Sprecher des Yogya/Solo-Dialekts für das *Banyumasan* benutzen, wobei sie auf die Aussprache des Wortes *apa* (= was) ([opo] im Yogya/Solo-Dialekt, [apa?] im *Banyumasan*) anspielen (vgl. Nothofer 2006: 8).

Auch im Vokabular gibt es zum Teil große Unterschiede zwischen dem *Banyumasan* und dem Yogya/Solo-Dialekt. Dies wird schon aus dem Basisvokabular ersichtlich. So lautet das informelle Personal- und Possessivpronomen für die zweite Person Singular *sira/rika* im *Banyumasan*, aber *kowe* im Yogya/Solo-Dialekt, und die Yogya/Solo-Entsprechung des Wortes *pisan* (= sehr) im *Banyumasan* lautet *banget*. In anderen Fällen, wie dem Wort für „wie“ (*keprimen/kepriben/kepriwe* im *Banyumasan*, *piye/kepriye/kepripun* im Yogya/Solo-Dialekt) ist eine Verwandtschaft dagegen immerhin erkennbar.⁴¹

Das *Banyumasan* wird selbst von vielen seiner Sprecher heutzutage nicht mehr sehr hoch geschätzt, sondern vielfach als *dialek babu* (Dialekt einer Hausangestellten) oder *dialek pelawak* (Dialekt eines Clowns) bezeichnet, der nur von *wong cilik* (Mitgliedern der Unterschicht) benutzt werden würde. Ahmad Tohari zu Folge würde das *Banyumasan* fast ausschließlich noch von der alten Dorfbevölkerung gesprochen, während es bei den jüngeren Banyumassern zunehmend von der Bahasa Indonesia verdrängt würde. Viele Auswanderer, welche die Banyumas-Region in Richtung Jakarta verlassen hätten, sprächen inzwischen nur noch Bahasa Indonesia mit dem modischen *Betawi*-Akzent⁴², und auch innerhalb der Banyumas-Region erfolge die alltägliche

³⁷ vgl. http://id.wikipedia.org/wiki/Dialek_Banyumas; Zugriff: 19.9.2006

³⁸ Das [?] bezeichnet hier einen *glottal stop*.

³⁹ vgl. Ebd.

⁴⁰ <http://www.library.ohiou.edu/indopubs/2000/05/16/0040.html>

⁴¹ Ausführliche Vokabellisten finden sich unter http://id.wikipedia.org/wiki/Dialek_Banyumas und bei: The Official Site Of Aksara Jawa: *Logat Banyumasan*, unter http://hanacaraka.fateback.com/logat_bms.htm; Zugriff: 19.9.2006.

⁴² Als *orang Betawi* werden die alteingesessenen Bewohner Jakartas bezeichnet, deren traditionelle Sprache, eine Kreolsprache des Malaiischen, im heutigen Indonesien vor allem durch ihren Gebrauch in den Massenmedien sehr populär geworden ist (vgl. <http://id.wikipedia.org/wiki/Betawi>).

Kommunikation mit den Kindern unter falschen Hinweisen auf eine bessere Bildung sowie Globalisierungszwänge hauptsächlich in der Nationalsprache. Das *Banyumasan* sei also gleichzeitig zwei Gefahren ausgesetzt: der nationalen sowie der globalen Kultur.⁴³

Tohari setzt dem entgegen, dass das *Banyumasan* eine ursprünglichere Form des Javanischen darstelle als der Yogya/Solo-Dialekt und wesentlich näher mit dem Altjavanischen (*Kawi*), der Sprache, in der die klassischen Werke der javanischen Literatur verfasst sind, verwandt sei.⁴⁴ Die Sprache, von der das *Banyumasan* direkt abstamme, sei also die Sprache der Erbauer der großen altjavanischen Tempelanlagen Borobudur und Prambanan, die Sprache Hayam Wuruks, König des mächtigen altjavanischen Reiches Majapahit, und seines berühmten Mitregenten Gajah Mada gewesen. Den Beweis dafür erbrächten Reliefs an den Wänden von Borobudur und Prambanan, die Wörter in einer dem *Banyumasan* verwandten Sprache enthielten. Dagegen hätten die Sprecher des Yogya/Solo-Dialekts, der sich erst vor rund 200 Jahren herausgebildet habe, keine dem Borobudur vergleichbaren Monumente hinterlassen.^{45 46}

Worin liegen aber die Gründe, dass eine Sprache, die auf eine solch stolze Vergangenheit zurückblicken kann, in der Bewertung durch die heutige Gesellschaft ein derart niedriges Prestige aufweist, dass sich ihr die eigenen Sprecher zunehmend verweigern? In Artikeln indonesischer Zeitungen, die sich mit dem *Banyumasan* befassen, wird oft von einem „Minderwertigkeitskomplex“ der Banyumasser gesprochen: Die Vorurteile gegen die Banyumasser und ihren Dialekt seien mit der Zeit auch von den Banyumassern selbst verinnerlicht worden (vgl. ebd.). Hinzu käme die in Kapitel 5.2. bereits erwähnte Serie von Kolonisationen der Banyumas-Region, die das Selbstbewusstsein der Banyumasser noch zusätzlich geschwächt hätten. Dieser Minderwertigkeitskomplex schlage sich auch auf linguistischer Ebene nieder und führe zu einem als „dialect inferiority complex“ (Sibata: 1958, zitiert nach Nothofer 2006: 8) bezeichneten Phänomen, bei dem eine bestimmte Sprechergruppe,

⁴³ Vgl. Nothofer 2006: 6, *Pikiran Rakyat*, Ahmad Tohari: *Dialek Banyumas Diambang Kepunuhan* (sic!), 17. Oktober 2002, unter: <http://www.pikiran-rakyat.com/cetak/1002/17/0504.htm>; Zugriff: 30.8.2006; Sinar Harapan: *Dialek Banyumasan Dipinggirkan Masyarakatnya Sendiri*, 16 Oktober 2002, unter <http://www.sinarharapan.co.id/berita/0210/16/nus06.html>; Zugriff: 30.8.2006

⁴⁴ Tatsächlich deutet die Aussprache des finalen Lautes im Banyumasan auf eine enge Verwandtschaft mit dem Kawi hin. Daneben gibt es auch zahlreiche Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten im Vokabular (z.B. *inyong* (=ich, mich) (Banyumasan) < *ingong* (Kawi), *rika* (= du, dein) (Banyumasan/Kawi) (vgl. <http://www.portalbanyumas.com/portal/modules.php?name=News&file=print&sid=16>).

⁴⁵ Vgl. <http://www.pikiran-rakyat.com/cetak/1002/17/0504.htm>, <http://www.mail-archive.com/kmnu2000@yahoogroups.com/msg03241.html>

⁴⁶ Jedoch ist diese These nicht ganz unumstritten. So wird an anderer Stelle behauptet, dass das Banyumasan trotz seiner besonderen Charakteristika lediglich einen unter vielen Dialekten des Javanischen darstelle, der keinesfalls dem Kawi besonders ähnlich sei (vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/User_talk:Slamet_Serayu).

die in einer relativ großen Entfernung vom Zentrum der Standard-Sprache lebt, einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Sprechern der Standard-Sprache empfindet, der noch verstärkt wird, wenn das Zentrum in anderen, nicht-linguistischen Bereichen, also beispielsweise Wirtschaft und Bildung, weiterentwickelt ist als die Peripherie. Im Fall von Banyumas ergibt sich eine gewisse wirtschaftliche Rückständigkeit aus der relativ großen geographischen Distanz zu den zentraljavanischen Industrieregionen um Semarang und Solo und der Abwesenheit großer Zentren wirtschaftlichen Wachstums in der Region selbst.⁴⁷

Diese Faktoren sowie die höfische Tradition Yogyas und Solos tragen dazu bei, dass der Yogya/Solo-Dialekt bis heute ein weitaus höheres Prestige besitzt als das *Banyumasan*, dass er als „Sprache der Adeligen“ gilt, den besonders Banyumasser, die einer niedrigeren sozialen Schicht angehören, nachzuahmen versuchen, weil sie damit fälschlicherweise die Aussicht auf einen sozialen Aufstieg verbinden. Das *Banyumasan* hingegen als egalitäre „Sprache für alle“ weist dieses besondere Prestige nicht auf.⁴⁸

Als weiterer Faktor kommt nach Tohari noch das mangelnde Bewusstsein und Engagement der Politiker in Banyumas für ihre eigene Sprache und Kultur hinzu. Tohari hofft daher auf einen politischen Beschluss, die Sprache und Kultur von Banyumas in den regionalen Lehrplan aufzunehmen.⁴⁹ Hier wird also wieder der Wunsch nach einer kulturellen Dezentralisierung deutlich. Jedoch kann eine derartige politische Resolution lediglich die Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen für den Erhalt des *Banyumasan* bedeuten. Auf dem im Juni 2006 in Purwokerto durchgeführten Seminar „*Mengangkat Citra Banyumas*“ („das Ansehen von Banyumas erhöhen“) verständigten sich die rund 200 Teilnehmer, dass das Hauptaugenmerk darauf gelegt werden müsse, das Prestige der Kultur von Banyumas und die Identifikation der Bevölkerung mit ihr wieder zu erhöhen. Der Sprache und Literatur käme dabei eine Schlüsselrolle zu, was zu allererst die Verfügbarkeit von in *Banyumasan* verfassten Quellen erfordere. Ahmad Tohari machte diesbezüglich mit der Übersetzung seines Romans *Ronggeng Dukuh Paruk* ins *Banyumasan* bereits einen Anfang. Des weiteren solle eine Plattform für das *Banyumasan* geschaffen werden, beispielsweise durch eine Wiederbelebung traditioneller Kunstformen aus der Region.⁵⁰

⁴⁷ <http://www.library.ohiou.edu/indopubs/2000/05/16/0040.html>

⁴⁸ <http://www.pikiran-rakyat.com/cetak/1002/17/0504.htm>

⁴⁹ Vgl. ebd.

⁵⁰ Vgl. Portal Banyumas: *Panggung Lebih Luas buat Banyumas*, unter <http://www.portalbanyumas.com/portal/modules.php?name=News&file=article&sid=43>; Zugriff: 30.8.2006

5.5. Die Bemühungen um eine eigenständige Provinz Banyumas

Wie oben bereits erwähnt, reichen die Bestrebungen nach der Gründung einer eigenständigen Provinz Banyumas bis in die Mitte der 1990er Jahre zurück. Danach zunächst etwas in Vergessenheit geraten, stiegen mit dem Ende des Soeharto-Regimes und der Verabschiedung der Dezentralisierungsgesetze von 1999 die Hoffnungen auf einen Erfolg dieser Bestrebungen wieder an, noch mehr nach der Veröffentlichung entsprechender Untersuchungsberichte des *Tim Indipenden* (Undip) (Unabhängige Expertenkommission) und des *tim mediasi pemekaran* (Vermittlungsteam für die Abspaltung) im Jahre 2003.⁵¹ Gleichzeitig nahm auch die Diskussion pro und contra einer eigenen Provinzgründung an Schärfe zu. Im Folgenden möchte ich die bisherige Entwicklung der Bemühungen um eine eigenständige Provinz Banyumas kurz zusammenfassen, wobei auch Stimmen aus der Bevölkerung zu diesem Thema berücksichtigt werden sollen.

Die Dezentralisierungswelle, die Indonesien in den ersten Jahren nach dem Sturz Soehartos erfasst hatte, schlägt sich in einem von Joko Suprianto im Mai 2000 verfassten Artikel mit dem Titel „Propinsi Banyumas“ nieder, in dem der Autor ausführlich auf die Möglichkeiten und Probleme eingeht, welche die Gründung einer Provinz Banyumas mit sich bringen würde. Als oberstes Ziel einer Provinzgründung wird eine Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung angegeben, als größtes Problem der Mangel an natürlichen Ressourcen in der Region. Aus mehreren Passagen klingt die Orientierung der Banyumas-Region nach Westen, zur Sunda-Region hin, heraus sowie die gefühlte Andersartigkeit zum Rest von Jawa Tengah und die nicht nur geographische Distanz zur bisherigen Provinzhauptstadt Semarang. So sei Banyumas nicht nur kulturell von Jawa Barat beeinflusst worden, sondern mit diesem auch infrastrukturell besser verbunden als mit den wirtschaftlichen Zentren Jawa Tengahs, Semarang und Solo. Als entscheidender Faktor jedoch wird einmal mehr der Dialekt von Banyumas genannt:

„Logat Banyumasan inilah yang membedakan penduduk wilayah calon Propinsi baru ini dengan penduduk Jawa Tengah lainnya dalam berkomunikasi dan sekaligus sebagai salah satu identitas Propinsi ini.“^{52 53}

⁵¹ Vgl. ebd.

⁵² <http://www.library.ohiou.edu/indopubs/2000/05/16/0040.html>

⁵³ „Es ist der banyumassische Dialekt, der die Bewohner des Territoriums dieser möglichen neuen Provinz von den übrigen Bewohnern Jawa Tengahs bei ihrer Kommunikation unterscheidet und gleichzeitig eine Identität dieser Provinz herstellt.“

In dem fast zur gleichen Zeit verfassten Artikel „*Propinsi Banyumas: Apa yg Harus Dilakukan?*“⁵⁴ wird Joko konkreter hinsichtlich der Anstrengungen, die seiner Meinung nach unternommen werden müssten, um die Gründung einer Provinz Banyumas zu erreichen. Joko teilt die notwendigen Maßnahmen in vier verschiedene Aufgabenfelder ein: Öffentlichkeitsarbeit, interne Konsolidierung, Einreichung des Antrags auf Provinzgründung und Überzeugungsarbeit. Die Öffentlichkeitsarbeit soll nach Joko sowohl auf vertikaler als auch auf horizontaler Ebene erfolgen, also sowohl die verschiedenen Verwaltungsebenen, als auch die Bevölkerung erreichen. Zu diesem Zweck rät Joko auch zu einer Integration der Massenmedien in die Kampagne.

Für die interne Konsolidierung sieht Joko zwei Phasen vor: Zuerst solle sie auf der Ebene der DPRD in den neun *kabupaten* der angestrebten Provinz und der *kotamadya* Tegal erfolgen, in einem zweiten Schritt dann die gesamte neue Provinz erfassen.

Der Antrag auf die Gründung der Provinz müsse sowohl an die bisherige Provinzregierung in Semarang, als auch an die Zentralregierung in Jakarta gestellt werden. Großen Wert legt Joko hierbei auf eine möglichst harmonische, konfliktfreie Trennung von Jawa Tengah.

Als letzter Schritt sei schließlich noch eine umfassende Überzeugungsarbeit gegenüber dem DPR, dem Innenministerium und dem Ministerium für Regionale Autonomie notwendig.⁵⁵

Im April 2004 erhielten die Bemühungen um eine Provinzgründung einen Dämpfer von Seiten der Provinzregierung von Jawa Tengah, die eine vorübergehende Aussetzung dieser Bemühungen forderte und sogar ein Verbot diesbezüglicher Aktionen aussprach. Begründet wurde dies mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen des nationalen Parlaments und des Präsidenten, in deren Vorfeld man Ausschreitungen befürchte und mögliche Unruhefaktoren eindämmen wolle. Gleichzeitig hieß es auch, dass das Verbot vom nationalen Innenministerium ausgehe und ihm aus diesem Grund unbedingt Folge zu leisten sei. Da sich dieses Verbot an alle Regionen Indonesiens richte und sich keine widersetzt habe, müsse sich auch Banyumas dem Verbot beugen. Die weitere Entwicklung nach der Wahl blieb indes unklar, da man zunächst weitere Anweisungen der Zentralregierung abwarten sollte. Zu dieser Zeit befand sich die Zentralregierung im Übrigen gerade bei der Überarbeitung von Gesetz 22/1999 inklusive des „*masalah pemekaran wilayah*“ (Problem der Neugründung von Regionen).⁵⁶ Als Resultat wurde Gesetz 32/2004 verabschiedet, das die Regeln für eine *pemekaran* ja wieder verschärft hatte.

⁵⁴ „Provinz Banyumas: Was muss getan werden?“

⁵⁵ Vgl. Indonesia Views, Joko Suprianto: *Propinsi Banyumas: Apa yg Harus Dilakukan?*, unter <http://www.hamline.edu/apakabar/basisdata/2000/05/19/0003.html>; Zugriff: 30.8.2006

⁵⁶ <http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/19ban9.htm>

Dennoch entschied der DPRD Banyumas auf seiner Sitzung am 19. April 2004, die Abspaltung von Jawa Tengah fortzusetzen und sich damit dem Verbot der Provinzregierung von Jawa Tengah und der indonesischen Zentralregierung zu widersetzen. Die Entscheidung wurde übrigens allein vom DPRD getroffen. Der *bupati*, dem die Aufgabe blieb, die Entscheidung des DPRD dem *gubernur* von Jawa Tengah und dem nationalen Innenministerium mitzuteilen, war bei der Sitzung nur als Zuschauer akzeptiert. Der Grund für die Entscheidung, die Abspaltung fortzusetzen, sei nach Angaben des DPRD-Vorsitzenden Tri Waluyo Basuki darin zu suchen, dass man den langjährigen Abspaltungsprozess nicht mehr stoppen wolle und eine Rechtsgrundlage in Form einer gemeinsamen Politik der *kabupaten*, wie sie im *Perubahan Propeda 2002-2006* beschlossen worden war, bereits vorhanden sei. Des Weiteren wurde der Abspaltungsprozess als „amanat rakyat“ (Auftrag der Bevölkerung) bezeichnet. Trotzdem solle vor einer endgültigen Entscheidung auch die Position der Zentralregierung berücksichtigt werden.⁵⁷ Sollte es zu der endgültigen Entscheidung kommen, den Abspaltungsprozess fortzusetzen, müsste der Antrag auf eine neue Provinzgründung zuerst an den *gubernur* gestellt werden, der ihn dann dem DPRD der Provinz Jawa Tengah vorlegen würde. Danach müssten auch noch das nationale Innenministerium, das *Tim DPOD* und schließlich der Präsident Indonesiens ihre Zustimmung erteilen.

Im *kabupaten* Banyumas ist übrigens noch ein weiterer Dezentralisierungsprozess im Gange: Es wird über die Aufteilung des *kabupaten* in die *kotamadya* Purwokerto und ein Rest-*kabupaten* Banyumas diskutiert. Auch dieser Prozess wird mit einer angestrebten Vergrößerung des Wohlstands des Volkes begründet. Analog zur angestrebten Provinzgründung geht der DPRD von Banyumas auch hier auf Konfrontationskurs zur Provinzregierung von Jawa Tengah und zur indonesischen Zentralregierung und diesmal auch zum *tim mediasi*, welches das *kabupaten* noch nicht bereit für eine Aufteilung in zwei eigenständige Distrikte hält. Diese Aufteilung werde auch nicht von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen, denn viele Bürger hätten sich enttäuscht über die Entscheidung ihrer Volksvertretung geäußert, die Aufteilung zu vollziehen.⁵⁸ Einem Artikel der indonesischen Tageszeitung *kompas* aus dem Jahre 2005 zu Folge scheint der Prozess trotzdem mit einer großen Entschlossenheit weitergeführt zu werden. Ein eigens

⁵⁷ Vgl. Suara Merdeka : *DPRD Tetap Lanjutkan Pemekaran*, unter <http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/20/ban1.htm>; Zugriff : 30.8.2006

⁵⁸ Vgl. Suara Merdeka: *Ahmad Tohari "Gugat" anggota DPRD*, unter <http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/29/nas11.htm>; Zugriff : 30.8.2006

gegründetes *Tim Pemekaran Kabupaten Banyumas Menjadi Dua Daerah Otonom*⁵⁹, bestehend aus Mitgliedern der lokalen Legislative und Exekutive, begann zu diesem Zeitpunkt gerade mit der Sammlung wirtschaftlicher Daten in den vier *kecamatan*, die künftig die *kotamadya* Purwokerto bilden sollen. Im Falle einer ungleichen Verteilung des ökonomischen Potentials zwischen der künftigen *kotamadya* und den restlichen *kecamatan* des *kabupaten* Banyumas in seinen bisherigen Grenzen wird die Möglichkeit der Erweiterung Purwokertos um bis zu zwei *kabupaten* oder umgekehrt eine Kompensationszahlung Purwokertos an die übrigen *kabupaten* angesprochen.⁶⁰

5.6. Stimmen aus der Bevölkerung zur angestrebten Provinzgründung

Die Dezentralisierungsprozesse in Banyumas scheinen etwas an der Bevölkerung vorbeizugehen. Dieser Eindruck entsteht zumindest, wenn man gezielt nach Stimmen aus der Bevölkerung zur angestrebten Provinzgründung sucht. Ein Beispiel dafür ist das *Forum Cah Purbalingga*, eine Plattform im Internet, auf der sich unter dem Topic „Propinsi Banyumas“ jedermann zu diesem Thema äußern kann. Dieses Forum wird offensichtlich nicht allzu rege besucht, es finden sich dort bislang nur acht Kommentare, die allesamt vom März und April 2005 datieren (Stand: 4. Dezember 2006). Untersucht man diese Kommentare und vergleicht sie miteinander, so entsteht dabei der Eindruck einer überwiegend pragmatisch eingestellten und politisch durchaus interessierten, allerdings manchmal unzureichend informierten Öffentlichkeit, die – einer Demokratie angemessen – ihre Meinung frei äußert und sich dabei auch nicht mit Kritik an der Politik der lokalen Volksvertreter zurückhält.

Als Gründe für eine Abspaltung von Jawa Tengah werden einmal mehr die Benachteiligung der Banyumasser gegenüber den Bewohnern der Region um Semarang und Solo genannt sowie die Möglichkeit für die Banyumasser, gemäß der Gesetze zur regionalen Autonomie ihre Politik unabhängiger gestalten zu können und ihr eigenes wirtschaftliches Potential auszubauen und mehr davon zu profitieren. Die politischen Prozesse und Konflikte, die sich im DPR Banyumas sowie zwischen dem DPR und der Provinzregierung von Jawa Tengah und der Zentralregierung in Jakarta abspielten, werden allerdings an keiner Stelle thematisiert. Dies mag ein Hinweis darauf sein, dass die Transparenz politischer Entscheidungsprozesse im heutigen Indonesien in

⁵⁹ Team zur Aufteilung des *kabupaten* Banyumas in zwei autonome Regionen

⁶⁰ Vgl. Kompas : *Rencana Pemekaran Banyumas Masuki Tahap Perhitungan Aset*, unter <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0305/01/jateng/289464.htm>; Zugriff : 19.9.2006

vielen Fällen noch immer verbesserungsfähig ist und dass die von Joko Suprianto bereits 2000 eingeforderte Informationskampagne bislang unzureichend durchgeführt wurde oder zumindest breite Teile der Öffentlichkeit noch nicht erreicht hat.

Als Gründe gegen eine Abspaltung werden vor allem der langwierige und mühevoll bürokratische Prozess genannt sowie die Ansicht, dass die Gründung einer Provinz Banyumas in den Augen vieler Betroffener keine Priorität hat und man sich lieber zuerst um eine effektivere Lokalpolitik bemühen sollte, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region voranzubringen und dadurch den Wohlstand der Bevölkerung zu mehren. Auch äußert sich ein Besucher skeptisch darüber, dass bei der Gründung einer Provinz Banyumas die Vorteile die Nachteile wirklich übertreffen würden, ohne mögliche Vor- und Nachteile jedoch konkret zu benennen.⁶¹

Die Schwierigkeit, überhaupt auf Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung zu stoßen und die geringe Anzahl von *Postings* im angesprochenen Forum könnte verschiedene Ursachen haben: Man könnte sie mit einer möglichen mangelnden Informiertheit der Bürger erklären oder auch mit deren Desinteresse, was bedeuten würde, dass die Pläne der Politiker zumindest bislang noch keinen allzu großen Rückhalt in der Bevölkerung genießen. Allerdings muss man sicher auch bedenken, dass das Internet wohl bislang das in der Bevölkerung am wenigsten verbreitete Medium ist und es zumeist nur Leute aus bestimmten Bevölkerungsgruppen sind – vor allem junge, wohlhabende und formal höhergebildete Städter – die das Internet nutzen. Die geringe Zahl von Meinungsäußerungen hinsichtlich des Themas „*Pemekaran Propinsi Banyumas*“ kann also auch schlicht und einfach auf eine bisher noch nicht allzu hohe Verbreitung des Internets unter den Bewohnern von Banyumas hindeuten.

5.7. Fazit

Am Beispiel von Banyumas wird deutlich, dass die angestrebte Neugründung einer Provinz in Indonesien durchaus linguistisch, kulturell und historisch begründet sein kann. Kulturelle Gründe für die angestrebte Loslösung von Jawa Tengah sind beispielweise die gefühlte Andersartigkeit von den übrigen Javanern durch die egalitäre, nicht-adlige Gesellschaftsstruktur in Banyumas, durch die typische Banyumas-Mentalität, die sich im *cablaka* äußert, oder durch bestimmte

⁶¹ Vgl. *Perwira Forum : Propinsi Banyumas*, unter : http://www.purbalingga.go.id/forum/printer_friendly_posts.asp?FID=4&TID=16; Zugriff: 19.9.2006

Kunstformen,⁶² die nur in Banyumas vorkommen. Als historische Gründe für den Wunsch nach einer Abspaltung von Jawa Tengah könnte man die einstige Eigenständigkeit der Banyumas-Region zur Zeit von Joko Kahiman nennen und die Tatsache, dass Banyumas nicht zum Kernland des Mataram-Reiches gehörte, sondern schon auf Grund seiner geographischen Lage seit jeher eine Affinität zur Sunda-Region aufweist. Jedoch sind im Falle von Banyumas die linguistischen Gründe am hervorstechendsten: Es ist vor allem ihr unverwechselbarer Dialekt, der den Banyumassern ein Gefühl der Zusammengehörigkeit geben könnte und der sie gleichzeitig von den restlichen Bewohnern der Provinz Jawa Tengah abgrenzt. Eine politische Motivation für die Gründung einer Provinz Banyumas kann man aus dem *Posting* eines *Users* mit dem Pseudonym „wanalaya“ im *Forum Cah Purbalingga* herauslesen, der sich über die Benachteiligung der *Suku Jawa Kulonan* gegenüber *Jawa Kratonan* beklagt (vgl. ebd.).⁶³ Diese Benachteiligung kann sicher auch im ökonomischen Sinne verstanden werden, worauf auch Joko Supriantos Hinweis auf die relativ große geographische Entfernung der Banyumas-Region von den wirtschaftlichen Zentren Jawa Tengahs hindeuten würde.⁶⁴ Doch scheinen politische wie auch wirtschaftliche Gründe im Falle von Banyumas insgesamt betrachtet doch eher eine untergeordnete Rolle gegenüber den kulturellen, historischen und vor allem den linguistischen Gründen zu spielen. Darauf deutet allein schon die beträchtliche Anzahl von Quellen hin, die sich mit den drei letztgenannten Themenbereichen befassen.

Auch im Fall von Banyumas muss man zwischen den verschiedenen Ausprägungen von Dezentralisierung differenzieren. Es werden nämlich einige Widersprüche deutlich: zwischen der Bezeichnung des politischen Abspaltungsprozesses als *amanat rakyat* (s.o.) und dem geringen Echo, welches das diesbezügliche Engagement der Politiker in der Bevölkerung allgemein hervorruft, zwischen der vorherrschenden Argumentation, die das Banyumasan immer wieder als einen der wichtigsten – wenn nicht *den* wichtigsten – Grund für die Abspaltung von Jawa Tengah nennt, und der Geringschätzung, welche die Banyumasser selbst ihrem Dialekt heutzutage entgegenbringen, zwischen der Entschlossenheit, mit der die Mehrheit der lokalen Politiker die Provinzgründung vorantreibt und der Tatsache, dass für den vielleicht prominentesten Anwalt der

⁶² Vgl. dazu z.B.

<http://www.pariwisata.banyumas.go.id/modules.php?name=sections&op=viewarticle&artid=11&page=1>; Zugriff: 19.9.2006

⁶³ Mit *kulonon* wird die Gruppe der Dialekte im westlichen Teil Jawa Tengahs, also das Banyumasan und der Tegal-Dialekt bezeichnet, während die östlichen Dialekte unter der Bezeichnung *Timuran* oder *Kratonan* zusammengefasst werden (vgl. http://id.wikipedia.org/wiki/Jawa_Tengah).

⁶⁴ Vgl. <http://www.library.ohiou.edu/indopubs/2000/05/16/0040.html>

Banyumas-Kultur Ahmad Tohari die Gründung einer eigenen Provinz gar keine Priorität zu haben scheint und er sich bislang noch nicht einmal öffentlich zu diesem Thema geäußert hat (vgl. Nothofer 2006: 7).

Tatsächlich scheint für viele Banyumasser das Feld der kulturellen Dezentralisierung die größte Wichtigkeit einzunehmen. Die Bewahrung der kulturellen Identität von Banyumas liegt vielen Intellektuellen aus der Region sicherlich sehr am Herzen, worauf die verhältnismäßig große Anzahl von zu diesem Thema publizierten Artikeln hindeutet, und offensichtlich findet dieses Thema auch bei der breiten Bevölkerung Anklang, wie das reich besuchte Symposium „Mengangkat Citra Banyumas“ und die dort beschlossenen Ziele unter Beweis stellen (s.o.). Ergibt sich daraus jedoch zwangsläufig auch der Wunsch nach einer politischen Dezentralisierung? Und haben die Bestrebungen, eine eigenständige Provinz Banyumas zu gründen, Aussichten auf Erfolg?

Hier scheint Skepsis angebracht. Schließlich klingt auch aus einigen Kommentaren im *Forum Cah Purbalingga* heraus, dass viele Banyumasser die Gründung einer eigenen Provinz gar nicht als dringende Angelegenheit betrachten, dass sie in Frage stellen, ob eine Provinzgründung ihre Lebenssituation tatsächlich verbessern würde, dass sie vor den bürokratischen Hürden zurückschrecken und daran zweifeln, ob die Provinz- und Zentralregierung überhaupt die Gründung einer neuen Provinz genehmigen würden, und dass sie sich stattdessen viel mehr eine effektivere Lokalpolitik unter den bisherigen administrativen Gegebenheiten wünschen. Die Bemühungen um die Gründung einer Provinz Banyumas finden also in der Bevölkerung keine bedingungslose Unterstützung. Hinzu kommen andere Hinderungsfaktoren wie das bisher eher geringe wirtschaftliche Potential der Region Banyumas⁶⁵ und der Gegenwind, der den lokalen Volksvertretern aus Semarang und Jakarta entgegenbläst. Die Zentralregierung in Jakarta kann sich hierbei auf die im Gesetz 32/2004 enthaltenen Passagen berufen, in denen die Bedingungen für die Neugründung von Provinzen verschärft wurden (vgl. Volbracht 2005: 25).

Untersucht man noch einmal die zu Beginn dieser Arbeit vorgestellten vier verschiedenen Ausprägungen von Dezentralisierung am Beispiel von Banyumas, so lässt sich Folgendes festhalten:

- Die administrative Dezentralisierung scheint in Banyumas einerseits recht weit fortgeschritten, da sie ja eine Vorbedingung für die politische Dezentralisierung darstellt, die

⁶⁵ Vgl. <http://www.library.ohiou.edu/indopubs/2000/05/16/0040.html>

in Banyumas bereits bis zu einem gewissen Grade durchgeführt wurde. Als Beleg kann hier sicherlich die eigenständig betriebene Ablösungspolitik von Jawa Tengah genannt werden. Im Übrigen wäre auch die in Kapitel 5.5. bereits erwähnte angestrebte Aufteilung des *kabupaten* Banyumas zunächst einmal Ausdruck einer administrativen Dezentralisierung, könnte aber auch zu einer politischen Dezentralisierung führen, wenn damit tatsächlich eine eigenständigere Politik der verschiedenen *kecamatan* möglich werden sollte. Andererseits kann man die Ablösungspolitik in Banyumas auch dahingehend interpretieren, dass eine noch weitergehende administrative Dezentralisierung, also die Wahrnehmung von noch mehr Kompetenzbereichen und die Möglichkeit auf eine noch unabhängigere Politik, angestrebt wird.

- Auf den Bereich der fiskalischen Dezentralisierung wird in den von mir herangezogenen Quellen kaum eingegangen. Ein einziger Hinweis findet sich in einem *Posting* im *Forum Cah Purbalingga*, worin im Falle der Abspaltung von Jawa Tengah die Chance auf eine bessere Ressourcennutzung gesehen wird. Da Banyumas selbst jedoch nicht über große natürliche Ressourcen verfügt, scheint die fiskalische Dezentralisierung für die Banyumasser keine so herausragende Rolle zu spielen wie für Indonesiens rohstoffreiche Regionen, wie beispielsweise Aceh, Riau, Ostkalimantan und West-Papua, in denen ebenfalls starke Dezentralisierungsbewegungen bis hin zur angestrebten Loslösung vom indonesischen Staat im Gang sind.
- Die politische Dezentralisierung schien sich bis jetzt auf einem guten Wege zu befinden, andernfalls wäre die offensive Dezentralisierungspolitik des DPRD Banyumas nicht möglich. In einer Abspaltung von Jawa Tengah sehen die verschiedenen Distrikte der Banyumas-Region die Möglichkeit auf eine noch eigenständigere Politik gegeben. Da die Abspaltung bislang jedoch nicht eingetreten ist, scheint der Prozess derzeit an seine Grenzen zu stoßen.
- Am Beispiel von Banyumas wird deutlich, dass auch eine kulturelle Dezentralisierung angestrebt wird. Ein erstes positives Signal wäre hierbei, wenn die Sprache und Kultur von Banyumas, wie von Ahmad Tohari gefordert, tatsächlich in den Lehrplan der Schulen aufgenommen werden würde. Um die kulturelle Dezentralisierung aber wirklich voranzutreiben, wird auch ein starkes Engagement von Seiten zivilgesellschaftlicher Akteure vonnöten sein.

Als Fazit kann gezogen werden, dass für Banyumas eine kulturelle Dezentralisierung die größte Priorität hat. Eine stärkere Berücksichtigung der Kultur und des Dialektes von Banyumas könnte das Selbstwertgefühl der Banyumasser steigern und dadurch möglicherweise sogar ihren politischen Einfluss in Jawa Tengah vergrößern.

Ob die Gründung einer eigenen Provinz Banyumas zustande kommt, ist hingegen fraglich. Zu gering scheint das Interesse der Bevölkerung daran zu sein, zu viele andere Faktoren einer Provinzgründung im Wege zu stehen. Joko Supriantos Einteilung der für eine Provinzgründung notwendigen Maßnahmen in vier Aufgabenfelder könnte sich möglicherweise als hilfreich erweisen. Dabei wären vor allem in puncto Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit noch große Anstrengungen notwendig. Wenn die Lokalpolitiker von Banyumas ihre Entschlossenheit beibehalten, wenn es ihnen gelingt, nicht den Eindruck zu erwecken, dass es ihnen nur um persönliche Bereicherung und eigenes Machtstreben geht, wenn sie es schaffen, die Bevölkerung mitzureißen und die Provinzregierung in Semarang sowie die indonesische Zentralregierung zum Einlenken zu bewegen, dann könnten die Bemühungen um eine Abspaltung der Banyumas-Region von Jawa Tengah einmal von Erfolg gekrönt sein. Jedoch scheint es zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich, dass die Gründung einer Provinz Banyumas unmittelbar bevorsteht oder in naher Zukunft eintreten wird.

Größere Erfolgsaussichten im Vergleich zu Banyumas scheinen dagegen die Bemühungen um die Gründung einer neuen Provinz Tapanuli im Norden der Insel Sumatra zu haben, mit denen ich mich in meiner zweiten Fallstudie auseinandersetzen möchte.

6. Fallstudie 2: Dezentralisierungsprozesse am Beispiel von Tapanuli

6.1. Geographische Angaben

Die Region Tapanuli befindet sich an der Westküste des südlichen Teils der Provinz *Sumatera Utara* (Sumut) (= Nord-Sumatra). Im Osten bilden das Bukit Barisan-Gebirge und der *Danau Toba*, der größte See Südostasiens, die natürliche Grenze zum als *Sumatera Timur* (Ostsumatra) oder *Melayu Deli* bezeichneten Ostteil Sumuts. Administrativ setzt sich Tapanuli aus den *kabupaten Tapanuli Utara* (Taput) (= Nord-Tapanuli) mit der Hauptstadt Tarutung, *Tapanuli Tengah* (Tapteng) (= Zentral-Tapanuli) mit der Hauptstadt Sibolga und *Tapanuli Selatan* (Tapsel)

(= Süd-Tapanuli) mit der Hauptstadt Padangsidimpuan (Padang Sidempuan) zusammen.⁶⁶ Die Gesamtfläche dieser drei *kabupaten* beträgt 31.690 km², die gesamte Einwohnerzahl liegt bei zwei Millionen, wovon sowohl bei der Fläche als auch bei der Bevölkerungsanzahl der größte Anteil auf Tapsel (18.897 km², eine Million Einwohner) entfällt.⁶⁷ Die Bevölkerungsdichte der drei *kabupaten* liegt bei insgesamt 63,1 Einwohner pro km².⁶⁸ Die bisherige Fläche der gesamten Provinz Sumut beträgt rund 71.680 km², die Einwohnerzahl liegt bei ungefähr 11,5 Millionen Menschen. Im Falle einer Abspaltung Tapanulis würde sich das Territorium Sumuts also um fast die Hälfte verkleinern, die Einwohnerzahl dagegen um nicht einmal ein Fünftel. Hieraus wird die relativ dünne Besiedlung Tapanulis ersichtlich. Tapanuli war in der niederländischen Kolonialzeit von 1915 bis 1940 bereits *keresidenan*⁶⁹ gewesen, was aber bei der administrativen Gliederung des unabhängigen Indonesiens nicht weiter berücksichtigt wurde.⁷⁰

Die genauen Grenzen einer möglichen neuen Provinz Tapanuli stehen noch nicht fest. Neben den drei genannten *kabupaten* werden möglicherweise noch bis zu zehn weitere *kabupaten* bzw. *kotamadya*, nämlich Nias, Nias Selatan (Nisel) (= Süd-Nias),⁷¹ Tobasa, Humbang Hasundutan, Samosir, Dairi, Pakpak Bharat (= West-Pakpak), Mandailing Natal, Padangsidimpuan und Sibolga der neuen Provinz beitreten.⁷² Auch hinsichtlich des Sitzes einer neuen Provinzregierung gibt es noch Kontroversen: Als mögliche Kandidaten werden das in Taput gelegene Siborongborong, Sibolga und vereinzelt auch das in Tapteng gelegene Pandan genannt.

⁶⁶ Obwohl beide Städte administrativ eigene *kotamadya* bilden, befindet sich in Sibolga bzw. Padangsidimpuan auch der (provisorische) Regierungssitz der direkt angrenzenden *kabupaten* Tapteng bzw. Tapsel.

⁶⁷ Vgl. <http://id.wikipedia.org>

⁶⁸ Ein Vergleich mit dem Territorium der potentiellen neuen Provinz Banyumas bietet sich hier an: Dort leben auf rund einem Drittel der Fläche Tapanulis fast fünfmal so viele Menschen. Die Bevölkerungsdichte beträgt somit beinahe das 16fache der Tapanulis (vgl. Kapitel 5.1. dieser Arbeit, Quellenangaben siehe dort).

⁶⁹ Die *keresidenan* bildeten in den letzten Jahrzehnten der niederländischen Kolonialzeit eine Verwaltungseinheit, die zwischen der Ebene der *provinsi* und der der *kabupaten* angesiedelt war (vgl. z.B. http://id.wikipedia.org/Jawa_Tengah).

⁷⁰ Vgl. Basyral Hamidy Harahap : *Tribalisme : Sisi gelap otonomi daerah*, unter <http://www.basyral-hamidy-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>; Zugriff : 30.8.2006

⁷¹ Die der Westküste Sumuts vorgelagerte Insel Nias (5318 km², 800.000 Einwohner), die durch den Tsunami 2004 und ein weiteres verheerendes Erdbeben 2005 weltweit in die Schlagzeilen geraten war, wird mehrheitlich von der indigenen Ethnie der *Ono Niha* bewohnt, deren Sprache und Kultur sich von der Tapanulis stark unterscheidet. Administrativ gliedert sich Nias in die *kabupaten* Nias und Nias Selatan (vgl. http://id.wikipedia.org/wiki/Pulau_Nias).

⁷² Vgl. Kompas : *Belum Ada Rekomendasi. Tiga Daerah Belum Sepakat*, 18 September 2006, unter <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0609/18/sumbagut/2960995.htm>; Zugriff : 9.10.2006 ; Harian Global : *Sekdaprovsu : Provinsi Tapanuli sudah di ambang pintu*, 18 September 2006, unter <http://www.harian-global.com/news.php?item.4520.21>; Zugriff : 9.10.2006 ; Harian SIB Online : *Tujuh Kepala Daerah Tandatangani Persetujuan Siborongborong Ibukota Propinsi Tapanuli*, 2 Oktober 2006, unter <http://aktualita.blogspot.com>; Zugriff : 12.10.2006

Tapanuli wird in diversen Quellen immer wieder als eine relativ arme Region ohne große natürliche Ressourcen bezeichnet.⁷³ Von der angestrebten Provinzgründung versprechen sich deren Befürworter – zumindest gemäß ihren offiziellen Statements – nicht zuletzt einen wirtschaftlichen Aufschwung für die Region und eine Steigerung des Wohlstands ihrer Bewohner.⁷⁴

6.2. Ethnische und religiöse Zusammensetzung

Will man die komplexen Kontroversen um die angestrebte Provinzgründung verstehen, sollte man sich zunächst einmal mit der ethnischen Zusammensetzung Tapanulis befassen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Territoriums der möglicherweise zukünftigen Provinz besteht aus *Batak*. Es ist jedoch nicht ganz unstrittig, ob der Terminus „Batak“ tatsächlich eine zusammengehörige Ethnie bezeichnet oder doch eher als Sammelbegriff für verschiedene in der Region selbst und teilweise auch in angrenzenden Regionen ansässige Ethnien zu verstehen ist.⁷⁵ So werden die Angkola, Mandailing, Toba, Pakpak, Simalungun und Karo als „Batak“ bezeichnet, obwohl sich einige dieser Gruppen gegen die Bezeichnung wehren. Als größte der genannten Gruppen gelten die Toba, die ungefähr die Hälfte an der Gesamtzahl der Batak ausmachen. Es wird davon ausgegangen, dass die Batak ursprünglich eine Ethnie darstellten und die Aufteilung in die verschiedenen Sub-Gruppen vor allem auf willkürliche administrative Grenzziehungen zur Kolonialzeit zurückzuführen ist. Andererseits muss aber auch betont werden, dass die unterschiedliche Konversion zum Christentum bzw. Islam zu einer zunehmenden Entfremdung gerade zwischen den Toba und Mandailing geführt hat (vgl. Lebar 1972: 20). Dies soll im Folgenden genauer erläutert werden:

Die Traditionen der verschiedenen Batak-Gruppen ähneln sich untereinander, und auch ihre Sprachen, die in drei verschiedenen Sprachgruppen zusammengefasst werden, sind miteinander verwandt. Innerhalb einer Sprachgruppe sind sich die Sprachen untereinander so ähnlich, dass eine Kommunikation zwischen den Sprechern verschiedener Sprachen möglich ist. Eine die Sprachgruppen übergreifende Kommunikation ist dagegen in der Praxis nur sehr schwer

⁷³ Vgl. z.B. <http://www.basyral-hamidy-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>

⁷⁴ Vgl. z.B. Berita Kita, Johnson BS Rajagukguk: *Provinsi Tapanuli: Dari Siapa untuk Siapa?*, unter <http://beritakita.blogspot.com/2006/06/provinsi-tapanuli-dari-siapa-untuk.html>; Zugriff: 30.8.2006

⁷⁵ Das traditionelle Stammgebiet der ebenfalls als Batak bezeichneten Karo, Pakpak und Simalungun befindet sich außerhalb Tapanulis (vgl. <http://www.basyral-hamidy-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>).

durchführbar. Auch verfügt jede der Batak-(Sub-)Ethnien über ein eigenes Schriftsystem, jedoch weisen diese Schriftsysteme ebenfalls eine Ähnlichkeit untereinander auf.

Unter religiösen Gesichtspunkten betrachtet stellen die Batak ebenfalls keine Einheit dar. Durch umfangreiche Tätigkeiten vor allem deutscher Missionare im 19. Jahrhundert⁷⁶ gehören heute 85 Prozent der insgesamt sechs Millionen Batak dem protestantischen Glauben an, und die *Huria Kristen Batak Protestan* (HKBP) stellt gegenwärtig die größte christliche Gemeinde Indonesiens dar. Jedoch bilden die Muslime mit einem Anteil von zehn Prozent an der Gesamtzahl der Batak eine bedeutende Minderheit, und der Glaube vieler Batak ist auch heute noch mit Elementen traditioneller animistischer Religionen durchsetzt. Taput ist stark christlich, Tapsel dagegen islamisch geprägt, während im *kabupaten* Tapteng, der traditionellen Heimat der Angkola, die Muslime mit einem Anteil von rund 55 Prozent an der Gesamtbevölkerung den Christen gegenüber nur leicht in der Mehrheit sind.⁷⁷ Die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung Tapanulis birgt einiges Konfliktpotential in sich, auf das ich im Rahmen einer Analyse der Kontroverse um die angestrebte Provinzgründung näher eingehen werde.

Heute leben noch ungefähr 4,9 Millionen Batak in ihrer traditionellen Heimat im Hochland um den Danau Toba und den südlich angrenzenden Regionen. In den letzten Jahrzehnten ist jedoch eine vorwiegend ökonomisch bedingte zunehmende Migration in die im Osten Sumuts gelegene Provinzhauptstadt Medan zu beobachten gewesen. Auch diese Migrationsbewegung spielt in der Diskussion um die Gründung einer Provinz Tapanuli eine Rolle.⁷⁸

6.3. Die Bemühungen um eine eigenständige Provinz Tapanuli

Die Debatte um die Gründung einer eigenständigen Provinz Tapanuli wird sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern mit großem Engagement geführt. So finden sich im Internet zahlreiche Quellen zu diesem Thema.

Die Bemühungen um eine Provinzgründung reichen mindestens bis in das Jahr 2002 zurück, als der Antrag auf eine Provinzgründung bereits einmal von der Provinzregierung Sumuts mit der Begründung abgelehnt worden war, dass Tapanuli noch nicht bereit dafür sei, als eigenständige

⁷⁶ Unter ihnen ist besonders Ludwig Ingwer Nommensen hervorzuheben.

⁷⁷ Vgl. <http://www.basyral-hamidy-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>, private E-Mail von Elyeser Silaban, 5.11.2006

⁷⁸ zu allgemeinen Informationen über die Batak vgl. Carle 1987, Lebar 1972: 20ff., <http://de.wikipedia.org/wiki/Batak>, http://en.wikipedia.org/wiki/Batak_%28Indonesia%29

Provinz zu „überleben“.⁷⁹ Trotzdem wurde die Idee einer Provinzgründung weiterhin mit einer großen Entschlossenheit verfolgt. Kontroversen entzündeten sich an den Fragen nach den Grenzen, der Hauptstadt und in geringerem Maße sogar nach dem Namen der Provinz:

- Die politischen Kräfte, welche die Gründung einer Provinz Tapanuli befürworteten, waren von Anfang an darum bemüht, das Territorium der angestrebten Provinz über das Kernland Tapanulis hinaus auszudehnen und auch benachbarte Regionen zu integrieren. Vor allem die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung Tapanulis und angrenzender Regionen sorgte dabei immer wieder für Konfliktstoff und schuf eine äußerst komplexe Stimmungslage. So wird immer wieder betont, dass schon eine Vereinigung des mehrheitlich von christlichen Toba bewohnten Taput mit dem mehrheitlich von islamischen Angkola-Mandailing⁸⁰ bewohnten Tapsel in einer eigenständigen Provinz nur schwierig zu gewährleisten sei.⁸¹ Noch komplizierter wird die Lage dadurch, dass auch die *kabupaten* Pakpak Bharat und Dairi, das traditionelle Stammland der Pakpak, sowie Nias und Nisel der neuen Provinz unter Umständen beitreten werden. Obwohl im Falle von Nias die Regierungen beider *kabupaten* einer Vereinigung mit Tapanuli grundsätzlich zustimmen und der *bupati* von Nisel auch bereits sein schriftliches Einverständnis zu einer Provinzhauptstadt Siborong-borong erteilte,⁸² wird bei einem Blick in die Internet-Foren, in denen das Thema der Gründung einer Provinz Tapanuli von der Bevölkerung diskutiert wird, doch deutlich, auf welche – zum Teil massiven – Vorbehalte die Pläne zur Provinzgründung bei großen Teilen der Pakpak und der Niasser stoßen. Darauf soll in Kapitel 6.5. noch einmal näher eingegangen werden.
- Als neue Provinzhauptstadt war lange Zeit Sibolga vorgesehen gewesen. So hatte auch der DPRD Sibolga 2002 bereits seine Zustimmung zur Bildung einer neuen Provinz Tapanuli mit Sibolga als Hauptstadt gegeben. Bei einem informellen Treffen im Büro des *gubernur* von Sumut war im September 2006 jedoch überraschenderweise die Entscheidung getroffen worden, dass Siborong-borong die Rolle der künftigen Provinzhauptstadt übernehmen solle.

⁷⁹ Vgl. Berita Kita : *Sumatera Utara*, June 8, 2006 http://beritakita.blogspot.com/2006/06/sumatera-utara_08.html ; Zugriff: 5.10.2006

⁸⁰ Die Angkola und die Mandailing werden oft als eine zusammengehörige Gruppe betrachtet.

⁸¹ Vgl. Castles 1972, nach: <http://www.basyral-hamid-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>; Kompas Cyber Media, Andy Riza Hidayat: *Pemekaran. Pembentukan Provinsi Tapanuli Dipertanyakan*, unter <http://www.kompas.com/ver1/Nasional/0608/19/174549.htm>; Zugriff: 30.8.2006; Kompas: *Pemekaran Tapanuli. SDM dan SDA Masih Sangat Minim*, 22 Agustus 2006, unter <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0608/22/sumbagut/2893829.htm>; Zugriff: 30.8.2006

⁸² Vgl. <http://aktualita.blogspot.com>

Daraufhin zog der DPRD Sibolga seine Unterstützung der Bemühungen um eine Provinzgründung bis auf Weiteres zurück, falls nicht wieder Sibolga als Hauptstadt festgelegt werden würde. Sibolga beruft sich hierbei auf historische Gründe, da es in der Kolonialzeit bereits Hauptstadt des *keresidenan* Tapanuli gewesen war.⁸³ Laut dem DPRD-Sibolga-Abgeordneten Maruli Simamora erfülle Siborong-borong gar nicht die Voraussetzungen für eine Provinzhauptstadt, was die Vermutung nahe lege, dass nur eine bestimmte Gruppe aus eigennützigen Gründen versuche, den Regierungssitz nach Siborong-borong zu verlegen.⁸⁴ Dieser Behauptung steht wiederum die Studie eines Expertenteams entgegen, nach der Siborong-borong von seiner Lage und Fläche her von allen Kandidaten am geeignetsten sei, die Rolle der künftigen Provinzhauptstadt einzunehmen.⁸⁵ Auf jeden Fall wird an dieser Stelle deutlich, mit welcher Emotionalität die gesamte Debatte geführt wird, denn auf der Sitzung des DPRD Sibolga am 18. September stellte Maruli die Bereitschaft Tapanulis in Frage, eine eigenständige Provinz zu bilden und rief das nationale Innenministerium dazu auf, diese Bereitschaft noch einmal zu überprüfen. Maruli drängte sogar auf eine Unterschriftenkampagne des DPRD Sibolga, um die Bildung einer Provinz Tapanuli noch aufzuhalten.⁸⁶ Mag es sich dabei auch um populistische Wortmeldungen einer einzelnen Person handeln, so wird an diesen Äußerungen sowie der mit einer überwältigenden Mehrheit getroffenen Entscheidung des DPRD doch trotzdem deutlich, wie viel verletzter Stolz, wohl auch Angst vor einer zu starken ethnischen Dominanz der Toba als ohnehin schon größter Batak-Untergruppe in einer Provinz Tapanuli mit Hauptstadt Siborong-borong, hier mitschwingen. Auch die schriftliche Zustimmung der *kabupaten* Nias, Dairi und Pakpak Bharat zu einer Provinz Tapanuli mit einer Hauptstadt Siborong-borong steht noch aus, während diese *kabupaten* ihr Einverständnis zur Gründung einer Provinz mit der Hauptstadt Sibolga bereits erklärt hatten.⁸⁷ Die ablehnende Haltung des DPRD Sibolga gegenüber einer Provinzhauptstadt Siborong-borong findet offensichtlich auch bei der Bevölkerung Taptengs ein gehöriges Echo. So wurden jüngst Stimmen laut, die den DPRD Tapteng aufforderten,

⁸³ Vgl. Waspada Online: *Tokoh Dan Ormas Tapteng Tolak Provinsi Tapanuli*, 09 Okt 06, unter http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=80301; Zugriff : 12.10.2006

⁸⁴ Vgl. Waspada Online: *DPRD Sibolga Tarik Dukungan Pembentukan Provinsi Tapanuli*, 19 Sep 06, unter http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=79884; Zugriff : 9.10.2006

⁸⁵ Vgl. <http://aktualita.blogspot.com>

⁸⁶ Vgl. http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=79884

⁸⁷ Vgl. <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0609/18/sumbagut/2960995.htm>

seine Unterstützung für die Bildung einer Provinz Tapanuli mit Hauptstadt Siborong-borong zurückzuziehen.⁸⁸

- Hinsichtlich des Namens der Provinz riet der stellvertretende Vorsitzende der PDP (*Partai Demokrasi Perjuangan* = Partei der kämpferischen Demokratie) Postdam Hutasoit in einem offiziellen Statement am 11. August 2006, der Provinz den neutralen Namen „Bonapasogit“ (= Heimat) zu geben, da nach seinen Angaben bestimmte „soziale Entwicklungen“ einen Namen „Tapanuli“ nicht mehr zulassen würden und man auf diese Weise noch weitere Regionen dazu bewegen könnte, sich der Provinz anzuschließen.⁸⁹ Offensichtlich ist dieser Vorschlag jedoch bisher auf wenig Resonanz gestoßen, da er in den übrigen der von mir untersuchten Quellen nicht weiter aufgegriffen wird. Wohl eher provokanter Natur ist die Äußerung des Priesters Asen Pardede aus Tapteng, der eine Umbenennung der angestrebten Provinz in „Tapanuli Utara“ vorschlägt, um damit die ablehnende Haltung der Bevölkerung Taptengs gegenüber den Plänen zur Provinzgründung zum Ausdruck zu bringen.⁹⁰

Es ist sicher noch erwähnenswert, dass einige Alternativvorschläge für die Gründung einer neuen Provinz an der Westküste Nord-Sumatras existieren. So wurde beispielsweise der Vorschlag gemacht, die *kabupaten* Tapsel, Mandailing-Natal (Madina) und Labuhan Batu zu einer Provinz Tasmanlaba⁹¹ zusammenzuschließen. Diese Provinzgründung hätte eindeutig ethnische und religiöse Hintergründe, da sie sich in erster Linie auf die gemeinsame Ethnie (Angkola-Mandailing) und Religion (Islam), der die große Mehrheit der Bevölkerung der drei genannten *kabupaten* angehört, berufen würde. Ähnlich einzuordnen sind auch Stimmen aus dem DPRD Madina, die lieber eine eigene Provinz gründen oder sich der südlich angrenzenden Provinz Sumatera Barat (Sumbar) (= West-Sumatra) anschließen wollen, als einer Provinz Tapanuli beizutreten. Die Bewohner Madinas fühlen eine größere religiöse und kulturelle Affinität zu den ebenfalls muslimischen Bewohnern Sumbars, den Minangkabau, als zu den christlichen Toba. Für ein zusätzliches Zusammengehörigkeitsgefühl sorgt der Umstand, dass viele Bewohner des

⁸⁸ Vgl. http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=80301

⁸⁹ Berita Sore : *PDP Targetkan Raih 30 Persen Suara Pada Pemilu 2009*, 12 Agustus 2006, unter http://www.beritasore.com/index.php?option=com_content&task=view&id=7303Ite; Zugriff : 9.10.2006

⁹⁰ Vgl. http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=80301

⁹¹ Die Namen „Madina“ und „Tasmanlaba“ sind Beispiele für die in Indonesien so häufig gebrauchten Akronyme. Sie setzen sich aus den Anfangsbuchstaben der *kabupaten* bzw. einiger der *kecamatan* zusammen, aus denen sie bestehen. Im Falle des islamisch geprägten *kabupaten* Madina wird mit dem aus der Abkürzung neu zusammengesetzten Wort wohl bewusst auf Medina (Indonesisch: Madinah), die nach Mekka zweitwichtigste heilige Stadt des Islam, angespielt.

an Madina grenzenden bereits in Sumbar gelegenen *kabupaten* Pasaman aus Madina stammen und fließend Mandailing sprechen.⁹²

In eine ähnliche Richtung geht die Idee der Gründung einer aus den *kabupaten* Tapteng, Nias, Nisel und Singkil sowie der *kotamadya* Sibolga bestehenden Provinz *Pantai Barat Sumatera* (= Westküste Sumatras), wie sie u.a. vom DPRD-Sibolga-Abgeordneten H. Mursan Pohan vorgebracht wurde. Auch hier möchte man sich offensichtlich einer zu starken Dominanz Taputs und der Toba entziehen, die in einer Provinzhauptstadt Siborong-borong zum Ausdruck käme.⁹³

In einem Online-Forum wurde allerdings von einem aus Nias stammenden *User* der Gegenvorschlag gemacht, dass Nias lieber eine eigene Provinz bilden sollte, der höchstens noch die benachbarten Mentawai-Inseln beitreten könnten, da ihre Bewohner den Niassern kulturell viel näher stünden als etwa die Batak.⁹⁴

Eine andere Idee wurde von Marzuki Usman in seinem bereits 2003 erstmals veröffentlichten Artikel „Dampak Positif dari Pemekaran Wilayah“⁹⁵ vorgestellt: Er brachte die Idee einer Aufteilung Sumuts in drei Provinzen vor: Sumatera Timur (= Ost-Sumatra) mit der Hauptstadt Medan, Tapanuli mit der Hauptstadt Sibolga und Mandahiling Natal-Alako mit der Hauptstadt Padang Sidempuan. Für die Stadt Natal indes stellte Marzuki in Aussicht, dass sie zur Hauptstadt eines neuen *kabupaten* mit dem gleichen Namen werden könne. Begründet wurde dieser Vorschlag mit der Erwartung stark ansteigender Investitionen in den neuen Provinzhauptstädten Sibolga und Padang Sidempuan, die diese zu neuen ökonomischen Zentren machen könnten.⁹⁶

Ein Vorteil wäre auch, dass die Toba und die Angkola-Mandailing jeweils ihre eigene Provinz bekommen würden, was den viel gefürchteten Konfliktstoff zwischen diesen beiden Ethnien entschärfen könnte. Jedoch wurde dieser Vorschlag in den anderen von mir untersuchten Quellen nicht weiter aufgegriffen.

Ein ähnlicher Vorschlag stammt wiederum von Postdam Hutasoit. Er ist der Meinung, dass eine Aufteilung Sumuts in sogar vier oder fünf Provinzen den demographischen und ethnischen Gegebenheiten Sumuts am ehesten gerecht werden würde, da die Einwohnerzahl der Provinz inzwischen nahezu zehn Millionen Menschen betrage und die Bevölkerung aus verschiedensten

⁹² Vgl. <http://www.basyral-hamidy-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>

⁹³ Vgl. http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=79884 ,
http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=80301

⁹⁴ Vgl. NiasIsland.com: *Bersatu Menolak Nias Gabung dalam Prov Tapanuli*, unter http://niasisland.com/home/discuss_desc_inq.php?caller=&file_option=discuss; Zugriff: 30.8.2006

⁹⁵ „Die positiven Folgen der Herausbildung neuer [administrativer] Regionen“

⁹⁶ Vgl. Sinar Harapan, Marzuki Usman: *Dampak Positif dari Pemekaran Wilayah*, unter <http://www.sinarharapan.co.id/ekonomi/Keuangan/2005/0411/keu3.html>; Zugriff : 30.8.2006

Ethnien zusammengesetzt sei. Genauer definiert werden diese vier oder fünf Provinzen von ihm allerdings nicht.⁹⁷

Derzeit beraten der DPRD Sumut und der *gubernur* über die Pläne zur Gründung der Provinz Tapanuli. Da Taput, Tobasa, Samosir und Humbang Hasundutan der neuen Provinz so gut wie sicher beitreten würden und auch Dairi, Pakpak Bharat, Nias und Nisel wahrscheinlich ihr Einverständnis erklären werden, wird die Mindestanzahl von für eine neue Provinzgründung notwendigen Distrikten (sechs *kabupaten* oder *kotamadya*) wohl erreicht, und es werden den Plänen für die angestrebte Provinzgründung gute Erfolgsaussichten eingeräumt.⁹⁸

6.4. Argumente der Befürworter einer Provinzgründung

Die Diskussion um die Gründung einer Provinz Tapanuli erschöpft sich nicht in bloßen Pro- und Contra-Argumenten, sondern es sind zahlreiche Abstufungen und Alternativvorschläge vorhanden. Dennoch soll im Folgenden versucht werden, die Argumentationsgänge der Befürworter und der Gegner einer Provinzgründung kurz darzustellen.

Die Argumente der Befürworter – zumindest die offiziell vorgebrachten – sind weit überwiegend ökonomischer Natur. So werden als Argumente für eine Abspaltung von Sumut immer wieder angeführt, dass auf diese Weise der wirtschaftliche Aufbau der bisher noch eher armen und wenig entwickelten Region Tapanuli beschleunigt sowie der Wohlstand ihrer Bevölkerung vermehrt werden könne.⁹⁹ Durch eine stärkere Förderung des regionalen wirtschaftlichen Potentials solle die Abhängigkeit von Finanztransferleistungen und Sonderzuwendungen der Zentralregierung, die eine zu starke Dominanz der Zentralregierung und ein Gefühl der Unterdrückung in den Regionen zufolge hätte, überwunden werden.¹⁰⁰ Oft sei diese starke Einmischung der Zentralregierung in regionale Angelegenheiten übrigens mit dem Hinweis auf deren Notwendigkeit zur Sicherung der nationalen Einheit und der ökonomischen Entwicklung gerechtfertigt worden.¹⁰¹

Von der Provinzregierung sei Tapanuli bislang vernachlässigt worden, was sich schon allein aus der großen Entfernung zur Provinzhauptstadt Medan erkläre. In einer Provinz mit einer derart

⁹⁷ Vgl. http://www.beritasore.com/index.php?option=com_content&task=view&id=7303Ite

⁹⁸ Vgl. private E-Mail von Elyeser Silaban, 5.11.2006

⁹⁹ Vgl. z.B. <http://beritakita.blogspot.com/2006/06/provinsi-tapanuli-dari-siapa-untuk.html>

¹⁰⁰ Vgl. ebd.

¹⁰¹ Vgl. Hariansib, Sanco Manullang: *Menghapus "Peta Kemiskinan" Melalui Provinsi Tapanuli*, 22 Agustus 2006, unter http://www.hariansib.com/index.php?option=com_content&task=view&id=11484&It; Zugriff: 9.10.2006

großen Fläche und einer verstreut lebenden Bevölkerung wie in Sumut sei es auch überhaupt nicht möglich, das ökonomische Potential voll auszuschöpfen und alle Teile der Bevölkerung daran teilhaben zu lassen.¹⁰² Ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung der Region liege auch in der schlechten Infrastruktur und in einer massenhaften Abwanderung junger Arbeitskräfte.¹⁰³ Tapanuli sei keine „*daerah tertinggal*“ (= eine zurückgebliebene Region), sondern eine „*daerah yang ditinggalkan*“ (= eine zurückgelassene Region).¹⁰⁴ Aus dem feinen sprachlichen Unterschied zwischen dem Zustandspassiv (*tertinggal*) und dem Handlungspassiv (*ditinggalkan*) wird hier deutlich, dass man die mangelnde Entwicklung Tapanulis nicht als „natürlich“ betrachtet, sondern die Schuld dafür bei der Provinzregierung in Medan sucht, gegen die sich längst ein gehöriger Frust aufgestaut zu haben scheint. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder das Ost-West-Gefälle innerhalb Sumuts angesprochen.¹⁰⁵ Dabei sei das ökonomische Potential Tapanulis prinzipiell durchaus vielversprechend, so dass Entwicklungsprogramme in einer eigenständigen Provinz Tapanuli auch wesentlich effektiver umgesetzt werden könnten, als dies bisher der Fall sei. Auch sei nach einer Provinzgründung mit einem Anstieg von Investitionen in der Region zu rechnen.¹⁰⁶

Neben dieser allgemein vorherrschenden Argumentation wird in einigen Quellen noch auf historische Gründe verwiesen, die oft mit der ökonomischen Argumentation verbunden werden. So wird darauf hingewiesen, dass Tapanuli als *keresidenan* zur Kolonialzeit bereits einen einer Provinz vergleichbaren Status besessen habe.¹⁰⁷ Damals habe die niederländische Kolonialregierung das Ziel verfolgt, die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu fördern. Auch kulturelle Argumente für eine Provinzgründung werden herangezogen und mit den ökonomischen verwoben. So heißt es beispielsweise, dass eine ausgeprägte Liebe zur Heimat einer der zentralen Bestandteile der Batak-Kultur sei und dass aus diesem Grund nach der

¹⁰² Vgl. Berita Kita, Bukit Sitompul : *Propinsi Tapanuli kini waktunya*, July 5, 2006, unter <http://beritakita.blogspot.com/2006/07/propinsi-tapanuli-kini-waktunya.html>; Zugriff: 30.8.2006

¹⁰³ Vgl. Sinar Indonesia Baru Online, John Anta Siagian: *Wacana Provinsi Tapanuli Dan Anomali PP Pemekaran*, 18 Juli 2006, unter http://www.hariansib.com/index.php?option=com_content&task=view&id=9094&Ite; Zugriff: 30.8.2006

¹⁰⁴ http://berita.blogspot.com/2006/06/sumatera-utara_08.html

¹⁰⁵ Vgl. z.B. Liputan Bona Pasogit: *Kader Partai Golkar Tapanuli Utara Desak Pembentukan Provinsi Tapanuli*, unter <http://www.bonapasogit.tv/index.php?mod=berita&edisi=I-Jul-2006&id=1264&PHPSESSID=2c065aefef4cfaf84e94b0acad216416>; Zugriff : 4.10.2006

¹⁰⁶ Vgl. http://beritakita.blogspot.com/2006/06/sumatera-utara_08.html, <http://beritakita.blogspot.com/2006/07/propinsi-tapanuli-kini-waktunya.html>, http://www.hariansib.com/index.php?option=com_content&task=view&id=9094&Ite

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

Gründung einer Provinz Tapanuli eine breite Rückkehr von emigrierten Batak nach Tapanuli zu erwarten sei, was einen starken wirtschaftlichen Aufschwung in Tapanuli zur Folge hätte.¹⁰⁸

Eher am Rande wird noch erwähnt, dass mit einer Provinzgründung die Hoffnungen auf einen nicht allein ökonomischen, sondern auch soziokulturellen und soziopolitischen Fortschritt verbunden seien, wenn diese Formulierung auch etwas vage bleibt.¹⁰⁹ Nicht zuletzt solle die Gründung einer eigenen Provinz auch die Kette der Bürokratie verkürzen, indem zentrale Angelegenheiten von der neuen Provinzregierung geregelt werden könnten, statt wie bisher im fernen Medan oder gar in Jakarta.¹¹⁰

Auffällig ist, dass von den Befürwortern einer Provinzgründung an keiner Stelle ethnische Argumente angeführt werden, obwohl es sicher naheliegend wäre, anzunehmen, dass die Batak nach einer Loslösung von der Provinz Sumut, in der auch die Malaien eine große Bevölkerungsgruppe darstellen, und nach der Gründung einer eigenen Batak-Provinz streben. Es heißt im Gegenteil, dass die Gründung einer Provinz von den verschiedenen ethnischen Gruppen unterstützt werden würde und keinesfalls die Zunahme von Konflikten zur Folge hätte.¹¹¹ Ethnische, religiöse und sonstige Konflikte, die sich aus der Provinzgründung ergeben könnten, werden von den Befürwortern einer Provinzgründung verständlicherweise nur am Rande angesprochen. So heißt es beispielsweise:

„Memekarkan daerah kita harus lihat faktor politis, sosial, agama dan etnis. Realitas ini harus dilihat dan tidak boleh tutup mata.“^{112 113}

Diese Formulierung bleibt recht vage und kann ebenso als Argument *für* die Provinzgründung verstanden werden, falls hier auf eine für die Batak angeblich untragbare Situation in der Provinz Sumut als vernachlässigte Gruppe ohne genügend politischen Einfluss und ohne die Möglichkeit, ihre Kultur und Religion frei zu entfalten, abgezielt werden soll. Diesem Argument kann allerdings entgegengesetzt werden, dass – wie auch aus vielen der von mir bearbeiteten Quellen herausklingt – gerade die Toba landesweit für ihre Sprache, Kultur und ihre christliche Religion

¹⁰⁸ Vgl. <http://beritakita.blogspot.com/2006/06/provinsi-tapanuli-dari-siapa-untuk.html>

¹⁰⁹ Vgl. ebd.

¹¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹¹ Vgl. http://www.hariansib.com/index.php?option=com_content&task=view&id=9094&Ite

¹¹² „Die Gründung neuer [administrativer] Regionen erfordert die Berücksichtigung politischer, sozialer, religiöser und ethnischer Faktoren. Diese Realitäten müssen beachtet werden, und niemand darf die Augen vor ihnen verschließen.“

¹¹³ http://www.beritasore.com/index.php?option=com_content&task=view&id=7303Ite

bekannt sind,¹¹⁴ was den Schluss nahe legt, dass sie diese Elemente ihrer ethnischen Identität auch frei ausleben können und sie – etwa im Vergleich zu den Banyumassern – wohl seltener zu Opfern von offensichtlicher oder latenter Diskriminierung werden.

Nur der Soziologe Robert Sibarani von der Universitas Sumatera Utara in Medan geht etwas ausführlicher auf kulturelle, historische und ethnische Gründe ein, die bei den Plänen zur Gründung einer Provinz Tapanuli eine Rolle spielen könnten. Er stellt den Vergleich mit anderen früheren *keresidenan* an, von denen die meisten inzwischen zu eigenständigen Provinzen geworden seien. Außerdem betont er die hohe Kultur der sowohl im Inland, als auch im Ausland längst berühmt gewordenen Batak, die beispielsweise in ihrer Sprache, Schrift und zahlreichen literarischen Werken zum Ausdruck komme. Die eigenständige Kultur der Region Tapanuli, ihre natürlichen Ressourcen und ihr touristisches Potential stellen nach Ansicht Sibaranis unterstützende Faktoren für die Gründung einer eigenen Provinz dar.¹¹⁵

Spezifische politische Gründe für die Gründung einer Provinz Tapanuli scheinen indes kaum vorhanden zu sein. Auf sie wird lediglich im Rahmen eines Artikels der Tageszeitung *Sinar Indonesia Baru* zum Thema näher eingegangen. Allerdings bleiben die Formulierungen sehr allgemein. So heißt es, dass eine mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattete Regionalregierung die Bedürfnisse der Bevölkerung normalerweise viel besser wahrnehmen und auf sie eingehen könne als die Zentralregierung. Nicht zuletzt würden Dezentralisierungsprozesse sogar das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl stärken, da sie das Ansehen der Zentralregierung bei der Bevölkerung erhöhen würden. Damit wird der oben erwähnten Argumentation widersprochen, dass der nationale Zusammenhalt nur durch eine Zentralregierung gewährleistet werden könne, die stärker in regionale Belange eingreife.¹¹⁶

Offiziell wird die angestrebte Provinzgründung also weit überwiegend ökonomisch begründet. Das Argument einer Beschleunigung der – vor allem wirtschaftlichen – Entwicklung und einer Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung, die beide in einer eigenständigen Provinz besser erreicht werden könnten, taucht in fast allen der von mir analysierten Quellen auf. Während historische Gründe mit dem Hinweis auf das frühere *keresidenan* Tapanuli noch in einigen Artikeln erwähnt werden, finden sich kaum Belege dafür, dass die Batak eine Provinzgründung anstreben, weil sie sich *als Ethnie* in Sumut übergangen fühlen. Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass eine ethnische Motivation für die Gründung einer Provinz Tapanuli nicht vorhanden ist,

¹¹⁴ Vgl. z.B. . <http://kompas.com/ver1/Nasional/0608/19/174549.htm>

¹¹⁵ Vgl. Ebd.

¹¹⁶ Vgl. http://www.hariansib.com/index.php?option=com_content&task=view&id=11484&It

sondern es kann auch lediglich ein Hinweis darauf sein, dass das noch aus der Soeharto-Zeit stammende SARA-Prinzip¹¹⁷ möglicherweise bis heute als wichtig für ein harmonisches Zusammenleben erachtet wird und daher nicht verletzt werden soll. Dass jedoch zumindest für die Gegner einer Provinzgründung ethnische Argumente eine entscheidende Rolle spielen und dass viele von ihnen eine Dominanz der Batak in einer Provinz Tapanuli befürchten, soll im folgenden Kapitel erläutert werden.

6.5. Argumente der Gegner

Derartige Befürchtungen werden von den Gegnern einer Provinz Tapanuli durchaus beim Namen genannt. Dies wird schon am Titel des Artikels „*Tribalisme: sisi gelap otonomi daerah*“,¹¹⁸ der dem *Blog* des aus der Mandailing-Region stammenden Basyral Hamidy Harahap entnommen wurde, deutlich, da im Titel das Wort „*tribalisme*“¹¹⁹ gebraucht wird. Weiter wird erklärt, dass Tribalismus zwar den Zusammenhalt innerhalb einer (ethnischen) Gruppe fördere, gleichzeitig aber zu massiven Ressentiments gegenüber Außenstehenden führen könne. Schließlich sei das indonesische Staatsmotto „*Bhinneka Tunggal Ika*“ als eine Reaktion auf die Gefahren, die sich aus der äußerst heterogenen Zusammensetzung der aus Hunderten von Ethnien bestehenden indonesischen Bevölkerung ergeben, gewählt worden. Die *otonomi daerah* habe diese Gefahren des Tribalismus wieder freigesetzt, was letztendlich auch die nationale Einheit Indonesiens gefährden könne.

Basyrals Meinung zufolge würden die Bemühungen um die Gründung einer Provinz Tapanuli einem Tribalismus-Gefühl von Seiten der Batak entspringen. Aus diesem Grund sei es jedoch kaum möglich, dass Toba und Mandailing als größte Ethnien in einer auf der Basis des Tribalismus gegründeten Provinz Tapanuli friedlich zusammenleben könnten. Als Beleg führt Basyral die in Kapitel 6.3. dieser Arbeit erwähnten Alternativvorschläge zur Gründung einer Provinz Tasmanlaba, einer Provinz Madina bzw. eines Beitritts Madinas zur Provinz Sumbar an. All diesen Vorschlägen sei gemeinsam, dass die Mandailing sich einer Provinz, die ethnisch von den Toba dominiert werden könnte, entziehen und ihrerseits eine Provinz gründen würden, die

¹¹⁷ Das Akronym SARA setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der Termini *Sukuisme* (Angelegenheiten zwischen verschiedenen Ethnien), *Agama* (Religion), *Ras* (Rasse) und *Antar bangsa* (Angelegenheiten zwischen verschiedenen Völkern/Nationen) zusammen, die nach Möglichkeit in der Öffentlichkeit nicht angesprochen werden sollen, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden (vgl. <http://id.wikipedia.org/wiki/SARA>).

¹¹⁸ „Tribalismus: Die dunkle Seite der regionalen Autonomie“

¹¹⁹ Mit dem Terminus „*tribalisme*“ wird hier eine übersteigerte Identifikation mit der eigenen Ethnie bezeichnet.

ihre Wurzeln in einer gemeinsamen Ethnizität (Mandailing) bzw. Religion (Islam) hätte. Gleiches gelte allerdings auch für die bei einer Abspaltung Tapanulis aus dem Rest-Territorium Sumuts entstehende Provinz Sumatera Timur (Sumtim) (= Ost-Sumatra), die dann mehrheitlich von muslimischen Malaien bewohnt werden würde. Resümierend stellt Basyral fest, dass „*dengan pembentukan Provinsi Sumatera Timur dan Provinsi Tapanuli, akan merusak keseimbangan semangat etnisitas masyarakat Sumatera Utara.*“^{120 121}. Des Weiteren zweifelt Basyral auch die von den Befürwortern einer Provinzgründung immer wieder betonte ökonomische Überlebensfähigkeit Tapanulis an, da die Ölsubventionen von Seiten der Provinzregierung Sumuts wegfallen würden und nicht durch ausreichende Einkünfte aus eigenen natürlichen Ressourcen ersetzt werden könnten. Aus den genannten Gründen zieht Basyral die Konsequenz, dass die Bestrebungen zur Gründung einer Provinz Tapanuli gestoppt und statt dessen Anstrengungen unternommen werden sollten, eine Wohlstandssteigerung für die gesamte Bevölkerung Sumuts – gerade auch für die bisher benachteiligten Regionen wie Tapanuli – herbeizuführen.¹²² Basyrals Argumentation ergibt sich also aus vorwiegend ethnischen, zum Teil auch religiösen Überlegungen, die mit ökonomischen verknüpft werden. Seine Annahme ist folglich, dass Tribalismus-Gefühle aus ökonomischen Problemen heraus entstehen oder zumindest durch diese verstärkt werden. Bekäme man die ökonomische Lage in den Griff, kämen ethnische Konflikte gar nicht erst zum Ausbruch. Allerdings kann man aus Basyrals Thesen auch den weniger optimistischen Schluss ziehen, dass latente ethnische Konflikte allzeit vorhanden seien und durch ökonomische Probleme jederzeit zum Ausbruch gebracht werden könnten. Die Wahrheit ist wahrscheinlich in einer Art Wechselwirkung zwischen ethnischen und ökonomischen Faktoren zu suchen: Ethnischer Stolz ist unabhängig von der ökonomischen Situation vorhanden. Eine missliche ökonomische Lage kann jedoch dazu führen, dass der ethnische Stolz außer Gleichgewicht gerät oder sogar instrumentalisiert wird, um einen Sündenbock außerhalb der eigenen Ethnie zu finden. Es wäre aber wohl eine zu eindimensionale Betrachtungsweise, den Toba vorzuwerfen, sie würden die ökonomische Rückständigkeit Tapanulis nur als Vorwand dazu nutzen, um die Regierung der multiethnischen Provinz Sumut zu diskreditieren.

¹²⁰ „mit der Gründung der Provinzen Sumtim und Tapanuli die „ethnische Leidenschaft“ der Bevölkerung Sumuts aus dem Gleichgewicht geraten würde.“

¹²¹ <http://www.basyral-hamidy-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>

¹²² Vgl. <http://www.basyral-hamidy-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>

Auf dem am 19. August 2006 in Medan abgehaltenen Seminar „*Pembentukan Provinsi Tapanuli: Dari dan untuk siapa?*“¹²³ äußerten sich auch Hotman Siahaan, Dekan der politologischen Fakultät an der Universitas Airlangga in Surabaya, und Usman Pelly, Professor für Anthropologie an der Universitas Negeri Medan, ähnlich wie Basyral. Hotman stellte die Frage in den Raum, ob eine gemeinsame Kultur ausreichend für die Gründung einer neuen Provinz sei, rief dazu auf, das Konfliktpotential zwischen den verschiedenen Batak-Ethnien zu berücksichtigen und ließ auch den Hinweis auf das frühere *keresidenan* Tapanuli nicht als hinreichendes Argument für eine Provinzgründung gelten. Usman forderte Taput und Tapsel dazu auf, ihre aus der unterschiedlichen Kultur und Religion resultierenden Konflikte zuerst zu lösen, bevor über die Gründung einer neuen Provinz nachgedacht werden könne. Außerdem zweifelte auch er einen ökonomischen Aufstieg Tapanulis durch die Provinzgründung an und widersprach dem von den Provinz-Tapanuli-Befürwortern häufig vorgebrachten Argument, dass die Gründung einer Provinz Tapanuli eine massenhafte Rückkehr aus Tapanuli abgewanderter hochqualifizierter Arbeitskräfte in ihre Heimat auslösen würde. Gerade die erfolgreichen Emigranten würden es bevorzugen, im Wohlstand in der Fremde zu leben, als in ihre Heimat zurückzukehren, in der sie sich eine neue Existenz wieder neu aufbauen müssten.¹²⁴

Argumentieren Basyral, Hotman und Usman auf einer akademisch-rationalen Ebene, so werden in den Foren, in denen sich Bürger aus Pakpak und Nias zum Thema „Provinzgründung Tapanuli“ äußern, ganz andere, leidenschaftliche Töne laut, die verdeutlichen, mit welcher Aufmerksamkeit und mit welcher Leidenschaft politisch interessierte Bürger in Sumut die Vorgänge um die angestrebte Provinzgründung verfolgen und wie unbefangen sie ihre Meinung öffentlich äußern – ein Phänomen, das zu Zeiten Soehartos praktisch undenkbar gewesen wäre.

So werden in einem Forum, in dem der Beitritt der mehrheitlich von Pakpak bewohnten *kabupaten* Pakpak Bharat und Dairi zur Provinz Tapanuli diskutiert wird, Äußerungen des gebürtigen Pakpak Drs H Abdul Azis Angkat, *Golkar*-Abgeordneter im DPRD Sumut, wiedergegeben. Dieser spricht sich gegen einen solchen Beitritt aus, da er eine Vernachlässigung der Pakpak in einer Provinz Tapanuli durch eine „bestimmte“, nicht näher definierte Gruppe befürchtet.¹²⁵ Zwar bestreitet Azis Angkat selbst eine ethnische Argumentationsgrundlage seiner

¹²³ „Die Gründung der Provinz Tapanuli: Von und für wen?“

¹²⁴ Vgl. <http://www.kompas.com/ver1/Nasional/0608/19/174549.htm>, Waspada Online : Usman Pelly: *Pertimbangan Aspek Sosial Budaya Dalam Pemekaran*, 21 Aug 06, unter http://www.waspada.co.id/berita/medan/artikel.php?article_id=79216; Zugriff: 30.8.2006

¹²⁵ Vgl. Pakpak Online: *Mari ikut berpikir. Tokoh Ulayat Pakpak Bharat Tolak Gabung dengan Propinsi Tapanuli*, unter <http://www.pakpakonline.com/detail.php?ses=&id=71>; Zugriff: 4.10.2006

ablehnenden Haltung, dies trifft aber sicher nicht auf die Reaktionen einer Anzahl von Besuchern in diesem Forum auf seine Äußerungen zu. So spricht ein Besucher von einer „*era penjajahan*“ (= Ära der Besatzung) Pakpaks, die bis heute andauere. Derselbe Besucher wehrt sich auch vehement gegen das angeblich verbreitete Vorurteil gegen die Pakpak als „*suku tertinggal*“ (= zurückgebliebene Ethnie) Sumuts. Noch unverblümt erscheint der Aufruf eines anderen Besuchers, sich von den „*belunggu orang orang tapanuli khususnya batak toba*“¹²⁶ zu befreien. Eine große Verbitterung scheint gegenüber den Toba zu herrschen, es wird von einer „Tobaisierung“ Dairis gesprochen („*dairi sudah ditobakan*“) und von „bitteren Erfahrungen mit den Toba“ („*dengan toba kita punya pengalaman pahit*“). Nicht zuletzt wird sogar vor Versuchen der Provinz Tapanuli-Befürworter gewarnt, die Identifikation mit der jeweiligen Heimatregion, Ethnie und Religionsgemeinschaft der von den Provinzgründungsplänen betroffenen Bevölkerung bis zu einem gefährlichen Maß zu steigern („*mengungkit rasa kedaerahan, kesukuan sampai keagamaan*“). Auch persönliche Erfahrungen spielen offensichtlich eine wichtige Rolle, wie der Kommentar eines Besuchers belegt, der sich auf Grund seines typischen Pakpak-Familiennamens diskriminiert fühlt. Hierin ähneln die Pakpak sicherlich den Banyumassern, da sie sich ebenfalls als eine häufig vernachlässigte, oftmals diskriminierte Bevölkerungsgruppe betrachten. Jedoch scheint die Identifikation mit der eigenen Ethnie und Sprache bei den Pakpak stärker ausgeprägt zu sein als bei den Banyumassern, da aus den vielen Kommentaren im Forum immer wieder ein gewisser Stolz auf die eigene ethnische Identität herausgelesen werden kann und viele der Kommentare einzelne Sätze in der Pakpak-Sprache enthalten. Sehr deutlich wird auch, dass sich die Pakpak keinesfalls als eine Untergruppe der Batak, sondern als eigenständige Ethnie, betrachten („*Saya pribadi tidak mengakui saya orang Batak. Saya adalah etnis Pakpak. Sekali Pakpak tetap Pakpak.*“¹²⁷)

Bei so viel Stolz auf die eigene Ethnie und einer solch ablehnenden Haltung vieler Pakpak, sich mit Tapanuli zu vereinigen, geht der Kommentar eines anderen Besuchers beinahe unter, der ethnische Gründe in diesem Fall *für* eine Vereinigung mit Tapanuli sprechen lässt, da seiner Meinung nach die Gemeinsamkeiten der Pakpak mit den Toba immer noch größer seien als etwa mit den Malaien und den eingewanderten oder in jüngerer Zeit transmigrierten Javanern als den anderen großen Ethnien Sumuts. Dem pflichtet ein anderer *User* bei, der die gemeinsamen historischen Wurzeln Dairis und Pakpak Bharats mit Tapanuli betont, da Dairi einst ein

¹²⁶ „Fesseln der Bewohner Tapanulis, besonders der Batak Toba“

¹²⁷ „Ich persönlich bezeichne mich nicht als „Batak“. Ich gehöre zur Ethnie der Pakpak. Einmal Pakpak, immer Pakpak.“

kecamatan Taputs gewesen sei, bevor es sich von Taput abgespalten und später noch in Dairi und Pakpak Bharat aufgeteilt habe.

Aus fast allen anderen Kommentaren aber klingt ein anderer Ton heraus: Voller Leidenschaft und Überzeugung sprechen sich die meisten Forumsbesucher gegen eine Vereinigung mit Tapanuli aus. Hinter der angestrebten Provinzgründung würden eindeutig ethnische Gründe stecken („*Primordialisme/kesukuan*“), die man offen anspricht und denen man den Stolz auf die eigene Ethnie selbstbewusst entgegensetzt.¹²⁸

Um die entscheidende Rolle ethnisch motivierter Gedankengänge und Meinungsäußerungen im Rahmen der angestrebten Provinzgründung noch mehr zu verdeutlichen, soll ein weiteres vergleichbares Forum untersucht werden, in dem Bürger aus Nias zur von den lokalen Politikern der *kabupaten* Nias und Nisel beschlossenen Vereinigung mit Tapanuli Stellung beziehen.

Auch hier behauptet ein *User* wieder, dass die angestrebte Provinzgründung eindeutig ethnisch motiviert sei („*Propinsi Tapanuli berdasarkan etnisitas Batak*“),¹²⁹ wobei er sich auf die in Kapitel 6.4. dargestellten Äußerungen Robert Sibaranis bezieht und ihnen die rhetorische Frage Hotman Siahaans entgegenstellt, ob man allein auf Basis einer gemeinsamen Kultur eine neue Provinz gründen könne, sowie auch gleichzeitig Hotmans Aufforderung an die verschiedenen Batak-Ethnien, als erstes ihre Feindschaften untereinander zu beenden. Setze man Tribalismus als gedankliche Basis der angestrebten Provinzgründung voraus, so könne Nias sich dieser Bewegung unter keinen Umständen anschließen, da die niassische Bevölkerung sich nicht von anderen Ethnien dominieren lassen würde und eine ethnisch motivierte Provinzgründung im Übrigen auch dem Gedanken der nationalen Einheit Indonesiens widerspreche. In einigen Kommentaren werden die großen kulturellen und ethnischen Unterschiede zwischen den Niassern und den Batak thematisiert („*Secara etnis NIAS bukan BATAK atau BATAK bukan NIAS.*“)¹³⁰ und einmal sogar die Frage aufgeworfen, warum ausgerechnet Nias Teil einer Provinz Tapanuli werden sollte, während Teile Tapanulis sowie einige direkt angrenzende Gebiete einer Vereinigung in einer Provinz Tapanuli ablehnend gegenüberstünden („*Kenapa justru Nias yang gak ada sangkut pautnya dengan kultural Batak yang merengek renek bergabung dengan bakal propinsi Tapanuli tersebut?*“)¹³¹. Wie in Kapitel 6.3. bereits erwähnt, schlägt ein Besucher sogar

¹²⁸ alle Zitate entnommen aus: <http://www.pakpakonline.com/detail.php?ses=&id=71>

¹²⁹ „Die Provinz Tapanuli basiert auf der Ethnizität der Batak.“

¹³⁰ „Unter ethnischen Gesichtspunkten ist Nias nicht gleich Batak oder Batak nicht gleich Nias.“

¹³¹ „Warum „winselt“ ausgerechnet Nias, das gar keine Verbindung zur Kultur der Batak hat, [so sehr] darum, sich der erwähnten zukünftigen Provinz Tapanuli anzuschließen?“

die Gründung einer eigenen Provinz Nias vor, der sich unter Umständen auch die benachbarten Mentawai-Inseln anschließen könnten, deren Bewohner den Niassern kulturell viel näher stünden als die Bewohner Tapanulis. Begründet wird dieser Vorschlag damit, dass Nias auch derzeit in der Provinz Sumut mit ihrer überwiegend aus Batak bestehenden Regierung benachteiligt werde und sich von einer Vereinigung mit Tapanuli keine Verbesserungen versprechen könne. Politisch sei eine solche Vereinigung auch aus dem Grund sinnlos – so der Kommentar eines anderen Besuchers – da sie aktuellen Dezentralisierungsprozessen zuwiderlaufe, in Folge derer sich Nias kürzlich erst in zwei verschiedene *kabupaten* aufgespaltet habe. Auch wirtschaftlich würde Nias keinesfalls von einer Vereinigung mit Tapanuli profitieren, da Nias reicher an Bodenschätzen sei als Tapanuli und über ein größeres ökonomisches Potential verfüge.

In einem weiteren Kommentar wird dem DPRD-Vorsitzenden von Nisel vorgeworfen, gegen die Interessen der Bevölkerung gehandelt zu haben, indem er so vehement für eine Vereinigung mit Tapanuli eingetreten sei. Auch hier wird also wieder ein gegenüber der Soeharto-Ära radikal verändertes Politikverständnis deutlich: Es wird von den Politikern erwartet, die Interessen des Volkes zu vertreten, und man scheut nicht mehr davor zurück, Politiker zu kritisieren, die dies offensichtlich nicht tun. Für ein neues Politikverständnis sprechen auch zwei weitere Kommentare, in denen vorgeschlagen wird, die Bevölkerung von Nias zu befragen, ob sie einer Vereinigung mit Tapanuli zustimme oder nicht. In einem der beiden Kommentare wird auch die mangelnde Verbreitung des Internets in der Bevölkerung thematisiert und es wird dazu aufgerufen, gerade auch die Bevölkerungsgruppen ohne Internetzugang in die Diskussion mit einzubeziehen.^{132 133}

Was Intellektuelle wie Hotman Siahaan und Usman Pelly ansprechen, tritt in den – keinesfalls unqualifizierten, aber doch deutlich emotionaleren und unverblümteren – Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung noch deutlicher zu Tage: Für die Gegner einer Provinz Tapanuli spielen ethnisch begründete Gedankengänge die weitaus wichtigste Rolle in ihrer Argumentation, und es wird gleichzeitig den Provinzgründungs-Befürwortern unterstellt, dass sie eine Provinz schaffen wollen, die allein eine gemeinsame Ethnizität zur Basis hat. All dies wird mit einer Offenheit

¹³² zu Stellungnahmen der niassischen Bevölkerung zum Thema „Vereinigung Nias mit Tapanuli“ vgl.

http://www.niasisland.com/home/discuss_desc_inq.php?caller=&file_option=discuss

¹³³ An dieser Stelle soll allerdings auch erwähnt werden, dass fast alle Kommentare in dem Forum zwar offensichtlich von Niassern abgegeben wurden, die allerdings nicht mehr auf Nias wohnhaft zu sein scheinen. Dies kann als Beleg für die mangelnde Verbreitung des Internets auf Nias selbst gelten und wirft gleichzeitig die Frage auf, ob dieses Forum wirklich ein für die Bevölkerung von Nias repräsentatives Stimmungsbild zeichnet.

thematisiert, die das SARA-Prinzip wiederholt verletzt und es damit – wahrscheinlich eher unbewusst – in Frage stellt.

6.6. Fazit

Am Beispiel Tapanulis wird die Komplexität vieler Dezentralisierungsprozesse im heutigen Indonesien deutlich. Das Nebeneinander verschiedener Ethnien und religiöser Gruppen, das wirtschaftliche Gefälle innerhalb einer Provinz, die sich momentan vollziehende Demokratisierung auch auf lokaler Ebene, zu der das SARA-Prinzip oftmals in einem widersprüchlichen Verhältnis steht, sowie sicherlich auch vorhandene Motive der persönlichen Bereicherung einiger Lokalpolitiker, schaffen eine oftmals verwirrende Stimmungslage, in der es schwerfällt, die Ziele der verschiedenen Bevölkerungsgruppen genau zu definieren und voneinander abzugrenzen, die wahren Hintergründe der Dezentralisierungsprozesse herauszufinden oder gar Zukunftsprognosen abzugeben.

Im Gegensatz zu Banyumas, wo sich die größten Bemühungen darauf konzentrieren, durch die verstärkte Förderung des regionalen Dialekts eine neue Identität unter der Bevölkerung herzustellen, manifestieren sich die Dezentralisierungsprozesse in Tapanuli am auffälligsten in den Bemühungen um die Gründung einer eigenen Provinz. Tapanuli scheint „einen Schritt weiter“ zu sein als Banyumas, da die Batak ja bereits über ein starkes Bewusstsein für die eigene Ethnie und Kultur verfügen. Um kurz auf das Modell der verschiedenen Dezentralisierungsausprägungen zurückzukommen, ist also im Falle Tapanuli eine kulturelle Dezentralisierung nicht so entscheidend wie etwa im Fall Banyumas, während eine administrative, politische und vor allem fiskalische Dezentralisierung umso stärker verfolgt werden. So stellt sich die Lage zumindest dar, wenn man der offiziellen Argumentation der Provinz-Tapanuli-Befürworter Glauben schenkt. Berücksichtigt man jedoch die Bedenken, die von den Gegnern der Provinzgründung geäußert werden, spielen auch Dynamiken eine Rolle, die man durchaus in das Feld der kulturellen Dezentralisierung einordnen kann. Doch gerade daraus ergeben sich die Probleme im Fall Tapanuli, denn es wird den Befürwortern einer Provinzgründung unterstellt, die offiziell vorgebrachte ökonomische Motivation hinter den Plänen zur Provinzgründung sei nur vorgeschoben und in Wirklichkeit wolle man eine eigene Batak-Provinz auf ethnischer Basis gründen, was äußerst schädlich für die nationale Einheit Indonesiens sei. Auffällig ist, dass sowohl die Befürworter als auch die Gegner einer

Provinzgründung überwiegend mit einer Stimme sprechen: Die Befürworter geben in fast allen Quellen an, dass eine Provinzgründung nur zum (ökonomischen) Wohl der Bevölkerung sei, während die Gegner – abgesehen von einigen eher latenten Hinweisen auf Motive des persönlichen Machtstrebens und der persönlichen Bereicherung der Lokalpolitiker¹³⁴ – fast immer ethnische Hintergedanken unterstellen. Dabei bilden gerade die Gegner eine heterogene Gruppe, die sich aus Vertretern verschiedener in irgendeiner Weise betroffener Ethnien und einigen außenstehenden Beobachtern zusammensetzt.

Da der Vorwurf der „Ethno-Provinz“ von verschiedenen Seiten immer wieder auftaucht, muss angenommen werden, dass er nicht ganz haltlos ist und ethnische Überlegungen bei den Befürwortern einer Provinzgründung eine wichtige Rolle spielen. Andererseits wäre es aber sicher zu einfach, den Provinz-Tapanuli-Befürwortern pauschal zu unterstellen, sie würden ökonomische Gründe nur vorschieben, um das Ziel einer ethnisch homogenen Batak-Provinz zu verwirklichen. Offensichtlich sind viele der Befürworter tatsächlich der Meinung, dass durch die Gründung einer eigenen Provinz die Region Tapanuli besser gefördert und dadurch ihre bisherige Rückständigkeit aufgehoben werden könne. Und schließlich waren es ja die Befürworter, die im Fall Nias die Initiative ergriffen, um die Niasser – wenn auch als Minderheit – in die neue Provinz aufzunehmen. Wahrscheinlich ist aber auch, dass ökonomische Überlegungen oftmals einem ethnischen Stolz entspringen und sich gerade die Toba in der multi-ethnischen Provinz Sumut bisher übergangen fühlen. Schließlich ist Dezentralisierung wohl selten als monokausaler Prozess zu bewerten, wenn auch in bestimmten Fällen ein Faktor stark dominieren kann, wie im Fall Banyumas die Sprache. Mehr noch: Die verschiedenen Faktoren hinter den Dezentralisierungsprozessen können miteinander im Zusammenhang stehen und sich gegenseitig bedingen. So muss wohl im Falle Tapanulis der Schluss gezogen werden, dass hinter der angestrebten Provinzgründung sowohl ökonomische als auch ethnische Faktoren stehen, die sich teilweise gegenseitig bedingen, wie in Kapitel 6.5. bereits erläutert wurde.

Das historische Argument mit dem Hinweis auf das *keresidenan* Tapanuli wirkt dagegen weniger überzeugend, da hier die Administration einer längst überholten und diskreditierten Kolonialherrschaft zum Vorbild genommen wird. Sogar wenn man dieser Argumentation weiter folgt, scheint sie nicht ganz schlüssig, da die *keresidenan* ja in der kolonialen Administration *unterhalb* der Provinzen standen und vielmehr eine Zwischenebene zwischen den Provinzen und *kabupaten* bildeten. Ganz haltlos ist das Argument allerdings nicht, da administrative Grenzen

¹³⁴ Vgl. z.B. http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=79884

der Kolonialzeit durchaus auch in anderen Regionen Indonesiens in der derzeitigen Dezentralisierungsdebatte eine Rolle spielen, wie ich im Rahmen meiner dritten Fallstudie noch zeigen möchte.

Was ist für die Zukunft Tapanulis zu erwarten? Die Wahrscheinlichkeit, dass die Provinz Tapanuli zustande kommt, ist recht hoch. Da es derzeit nicht danach aussieht, dass Madina, Tapsel und Padangsidimpuan der Provinz beitreten werden, wäre damit auch gefährliches Konfliktpotential zwischen den Toba und den Mandailing entschärft. Multiethnisch bliebe die neue Provinz allerdings trotzdem, so dass zu hoffen bliebe, dass sich die Pakpak und Niasser nicht von den sich in der eindeutigen Mehrheit befindenden Toba diskriminiert fühlen würden. Unter religiösen Gesichtspunkten betrachtet wäre die neue Provinz dagegen stärker christlich geprägt. Ob es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der Region kommen würde, ist fragwürdig, aber es wäre sicher als Fortschritt im Sinne der *otonomi daerah* zu bewerten, wenn den Bewohnern Tapanulis die Möglichkeit gegeben würde, über das wirtschaftliche Potential ihrer Region selbst zu verfügen, es eigenständig zu fördern und davon zu profitieren.

Nicht zuletzt soll noch positiv hervorgehoben werden, dass es trotz der oftmals sehr hitzig geführten Diskussionen bislang zu keinen Gewaltakten in der Region im Rahmen der *pemekaran*-Pläne gekommen ist, so dass – unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg des Vorhabens – wohl auch in Zukunft nicht mit einem Ausbruch von Gewalt gerechnet werden muss. Dass Dezentralisierungsprozesse in Indonesien nicht immer so friedlich vonstattengehen, soll in der folgenden Fallstudie verdeutlicht werden, die sich mit Dezentralisierungsprozessen im Süden der Insel Sulawesi beschäftigen wird.

7. Fallstudie 3: Dezentralisierungsprozesse am Beispiel von Sulawesi Selatan

7.1 Geographische Angaben

Die folgende Fallstudie soll sich mit Dezentralisierungsprozessen, ihren Ursachen und Folgen in den Regionen Mamasa und Luwu befassen.

Das *kabupaten* Mamasa befindet sich im Südosten der Provinz Sulawesi Barat (Sulbar) (= West-Sulawesi), die sich 2004 von Sulawesi Selatan (Sulsel) (= Süd-Sulawesi) abspaltete. Im Westen und im Norden grenzt Mamasa an das *kabupaten* Mamuju, im Osten und Südosten an Tana Toraja, im Südwesten an Polewali-Mamasa und an Majene. Mamasas Fläche beträgt rund 2759

km². Es setzt sich aus den *kecamatan* Mamasa, Tanduk Kalua, Sesena Padang, Sumarorong, Tabang, Pana, Messawa, Aralle, Tabulahan und Mambi zusammen. Mamasa ist überwiegend agrarisch geprägt, Hauptwirtschaftszweige sind neben der traditionellen Landwirtschaft (u.a. Reis, Mais, Süßkartoffeln, Erdnuss, Soja, verschiedene Obst- und Gemüsesorten) Viehzucht (Rinder, Büffel, Pferde, Ziegen, Schweine, Hühner, Enten) und Plantagenanbau (Kaffee, Kakao).¹³⁵

Die Region Luwu befindet sich im Norden der Provinz Sulsel. Im Westen grenzt sie an die neue Provinz Sulbar und an das zu Sulsel zählende *kabupaten* Tana Toraja, im Norden und Osten an die Provinz Sulawesi Tengah (Sulteng) (= Zentral-Sulawesi) und im Südosten an die Provinz Sulawesi Tenggara (Sultra) (= Südost-Sulawesi). Bis 1999 hatte die Region Luwu ein einheitliches *kabupaten* gebildet, danach aber spaltete sie sich innerhalb von nur knapp vier Jahren in die *kabupaten* Luwu Utara (Nord-Luwu), Luwu Timur (Ost-Luwu), die *kotamadya* Palopo und das Rest-*kabupaten* Luwu auf. Die Fläche Luwus betrug ursprünglich 17.791 km², die Einwohnerzahl 799.715 Personen.¹³⁶ In Folge der Dezentralisierungsprozesse schrumpfte die Fläche des Rest-*kabupaten* Luwu (vor der Abspaltung Palopos) allerdings bis auf 3.098,97 km², die Einwohnerzahl bis auf 407.277 Personen zusammen. Hauptstadt des Rest-*kabupatens* Luwu ist seit dem 13. Februar 2006 Belopa.¹³⁷ Wichtigstes Produkt Luwus ist der Kakao (25.000 t pro Jahr), daneben spielen die Aufzucht von Rindern und Büffeln noch eine bedeutende Rolle. Im benachbarten Tana Toraja, das unter Umständen Teil einer möglicherweise zukünftigen Provinz Luwu Raya werden soll, wird auch Kaffee in größerem Umfang (20.000 t pro Jahr) angebaut.¹³⁸

¹³⁵ Vgl. ICG 2005: 11 (Appendix C), <http://id.wikipedia.org/wiki/Mamasa>

¹³⁶ Die Gesamtfläche der an den Plänen zur Gründung einer Provinz Luwu Raya (Groß-Luwu) beteiligten heutigen Distrikte Luwu, Luwu Utara, Luwu Timur, Palopo und Tana Toraja beträgt 20.901 km² (33,5 Prozent der Fläche Sulsels), die Einwohnerzahl 1.189.757 Personen (15,5 Prozent der Bevölkerung Sulsels) (vgl. Media Indonesia, *Provinsi Luwu Raya Dideklarasikan*, unter: <http://www.pu.go.id/humas/media%20massa/april/mi0204012.htm>, 2 April 2001; Zugriff: 29.12.2006).

¹³⁷ Vgl. Morrell 2002: 37 (Table 1), Official Website Pemerintah Provinsi Sulawesi Selatan: *Penduduk & Ketenagakerjaan*, unter <http://www.sulsel.go.id/wilayah/luwu>; Zugriff: 17.11.2006

¹³⁸ Vgl. <http://www.pu.go.id/humas/media%20massa/april/mi0204012.htm>

7.2 Dezentralisierung in Sulawesi Selatan: Eine Chronologie der bisherigen Ereignisse

Bis 1999 war Mamasa Teil der Provinz Sulawesi Selatan (Sulsel) (= Süd-Sulawesi). Mit dem Ende der Soeharto-Ära wurde auf dem Territorium dieser multi-ethnischen Provinz¹³⁹ der Ruf nach fünf neuen Provinzgründungen laut. Von diesen *pemekaran*-Bestrebungen haben sich die beiden, die in den von der Provinzhauptstadt Makassar am weitesten entfernten Regionen auflebten, als seriös und dauerhaft erwiesen: Im September 2004 kam es zur Abspaltung der als Mandar-Region bekannten *kabupaten* Mamuju, Majene und Polewali-Mamasa, welche seitdem die Provinz Sulawesi Barat (Sulbar) (= West-Sulawesi) mit der Hauptstadt Mamuju bilden. Die Bestrebungen zur Gründung einer Provinz Luwu Raya konnten dagegen bisher nicht in die Tat umgesetzt werden.

Gleiches gilt für zwei weitere *pemekaran*-Bewegungen, die Anfang 2001 aufkamen. So wurden Forderungen nach einer Provinz Sulawesi Timur (Sultim = Ost-Sulawesi) laut, die aus den *kabupaten* Bone, Soppeng, Wajo, Bulukumba, Sinjai und Selayar bestehen sollte sowie nach einer Provinz Ajatappareng mit den *kabupaten* Pinrang, Sidrap, Barru und Enrekang und der Hauptstadt Parepare. Diese Bewegungen waren jedoch in erster Linie als Reaktion auf die Prozesse in Mandar und Luwu zu verstehen und verstummten bald wieder.

Die Dezentralisierungsprozesse, die sich in den letzten Jahren in Sulsel ereigneten, blieben nicht auf die Gründung neuer Provinzen beschränkt, sondern spielten sich auch auf Distriktebene ab. Beispielsweise spaltete sich das *kabupaten* Luwu 1999 in die *kabupaten* Luwu und Luwu Utara auf, in denen seitdem noch weitere Dezentralisierungsprozesse im Gang sind, die teils ökonomische, teils aber auch ethnische Faktoren zur Ursache haben. Auch im Fall von Mamasa, das sich 2002 von Polewali abspaltete und seitdem ein eigenes *kabupaten* bildet, spielten ethnische und auch religiöse Gründe sicherlich keine ganz unwichtige Rolle, da Mamasa überwiegend von der Ethnie der christlichen Toraja besiedelt wird, während in Polewali die muslimischen Mandar die Mehrheit der Bevölkerung bilden (Vgl. Morrell 2002: 43f., Morrell 2005: 18f., ICG 2005: 1). Der Eskalation des Mamasa-Konflikts *nach* der Gründung des *kabupaten* Mamasa liegen aber offensichtlich andere Dynamiken zu Grunde, und nur bei einer oberflächlichen Betrachtung kann der Eindruck entstehen, dass es sich primär um einen ethnischen oder religiösen Konflikt handele. Der Fall Mamasa soll im Folgenden als besonders

¹³⁹ Die wichtigsten Ethnien, die auf dem Territorium Sulsels leben, sind die Makassar, die Bugis, die Toraja, die Mandar und die Konjo (vgl. Lebar 1972: 129ff., 143ff., Alimuddin 2005, http://id.wikipedia.org/wiki/Sulawesi_Selatan)

brisantes Beispiel eines misslungenen Dezentralisierungsprozesses auf dem ehemaligen Territorium der Provinz Sulsel genauer analysiert werden.

7.3.1 Mamasas langer Weg zum eigenen *kabupaten*

Die Bestrebungen in Mamasa, ein eigenes *kabupaten* zu bilden, reichen bereits weit zurück. Die historischen Wurzeln liegen in der niederländischen Kolonialzeit, in der Mamasa, wie auch Polewali, Majene und Mamuju, eine *onderafdeling* der *afdeling* Mandar bildete. Nach der Unabhängigkeit Indonesiens wurde für die *afdeling* Mandar mit der Regierungsverordnung 34/1952 der neue administrative Terminus einer autonomen *daerah swatantra* eingeführt, die auf einer Ebene mit den *kabupaten* stand. Die früheren *onderafdelingen* wurden zu *kewedanaan* umbenannt. Mit dem Gesetz 29/1959 wurden die *kewedanaan* schließlich zu *kabupaten* erhoben. Polewali und Mamasa wurden damals allerdings zu einem *kabupaten* Polewali Mamasa (Polmas) zusammengefasst. Damit begannen die langjährigen Bemühungen der Bevölkerung Mamasas, sich von Polewali abzuspalten und ein eigenes *kabupaten* zu bilden.

1961 wurde in Mamasa zu diesem Zweck ein Ausschuss mit dem Namen *Kondosapata* gegründet, dem es bis 1965 gelang, die Zustimmung der Lokalregierung Polmas und der Provinzregierung Sulawesi Selatan zur Gründung eines eigenen *kabupaten* zu erhalten. Die Ereignisse vom 30. September 1965 und ihre Folgen verhinderten allerdings, dass sich auch die indonesische Zentralregierung mit dem Problem befasste.¹⁴⁰ In Folge der Rezentralisierungsprozesse der Soeharto-Ära wurden die Bemühungen lange Zeit auf Eis gelegt, ehe sie 1987 mit der Wiederbelebung des Ausschusses von 1961 eine Renaissance erfuhren. Einen neuen Impuls erhielt die Bewegung im Zuge der *otonomi daerah*, in deren Folge 1999 ein öffentliches Treffen von Lokalpolitikern aus Mamasa einberufen werden konnte, auf dem das PPKM¹⁴¹ gegründet wurde. Im März 2002 schließlich wurde mit dem Gesetz 11/2002 die langersehnte Gründung des *kabupaten* Mamasa verwirklicht.¹⁴²

¹⁴⁰ Am 30. September 1965 wurden sechs führende Generäle des indonesischen Militärs entführt und ermordet. Obwohl die tatsächlichen Hintergründe dieses versuchten Staatsstreiches bis heute im Dunkeln liegen, wurde die PKI, die kommunistische Partei Indonesiens, für die Aktion verantwortlich gemacht. In den folgenden Monaten führte die indonesische Armee ein Massaker unter tatsächlichen und vermeintlichen Kommunisten durch, bei dem mehr als eine halbe Million Menschen getötet wurden (vgl. Green 1990: 51-63, Landengerg 1990, <http://de.wikipedia.org/wiki/G30S/PKI>; Zugriff: 12.1.2006).

¹⁴¹ *Panitia Pembentukan Kabupaten Mamasa* = Komitee zur Gründung des Distrikts Mamasa

¹⁴² Vgl. ICG 2005: 2, Suara Pembaruan Daily: *Kasus Aralle*, „Buah“ *Pemekaran Setengah Hati*, 22/10/2004, unter <http://www.suarapembaruan.com/News/2004/10/22/Editor/edi02.htm>

7.3.2. Der Fall ATM

In den *kecamatan* Aralle, Tabulahan und Mambi, nach ihren Anfangsbuchstaben oftmals mit *ATM* (gleichzeitig auch die umgangssprachliche Abkürzung für „Geldautomat“) bezeichnet, regte sich bereits seit Anfang 2000 Widerstand gegen die Eingliederung in ein mögliches neues *kabupaten* Mamasa. In 26 der insgesamt 38 in *ATM* gelegenen Dörfern erklärte die Bevölkerung, dass sie lieber weiterhin Teil des Rest-*kabupatens* Polmas bleiben wolle. Analog zur umgangssprachlichen Terminologie sollen die Gruppen, die sich für bzw. gegen einen Beitritt zu Mamasa ausgesprochen haben, im Folgenden als *Pro* bzw. *Kontra* bezeichnet werden. Obwohl im Mamasa-Konflikt in Gestalt der überwiegend christlichen Toraja und der überwiegend muslimischen Mandar verschiedene Ethnien und Religionen aufeinanderprallen, wird der Konflikt in den von mir gelesenen wissenschaftlichen Quellen als ein in erster Linie administrativer interpretiert, dessen Ausbruch in Motiven des persönlichen Gewinn- und Machtstrebens begründet liege. Lediglich der Umstand, dass Mamasa hauptsächlich von christlichen Toraja bewohnt wird, die 26 Dörfer, die dem neuen *kabupaten* nicht beitreten wollen, jedoch hauptsächlich von muslimischen Mandar bevölkert werden, hätten in der Öffentlichkeit zu der falschen Wahrnehmung geführt, dass es sich um einen religiösen bzw. ethnischen Konflikt handele (Vgl. ICG 2005: 1, Volbracht 2005: 29f.).

Dabei schien es zunächst, als könne der Konflikt relativ problemlos geregelt werden, denn bereits im Mai 2000 wurde mit dem „Matakali-Abkommen“ eine erste Einigung zwischen den Pro und den Kontra erzielt. Dieses Abkommen legte gemäß dem Willen der Bevölkerung für jedes einzelne Dorf in *ATM* fest, ob es in das neue *kabupaten* Mamasa eingegliedert werden oder weiterhin zu Polmas gehören sollte. Die Gründung Mamasas wurde schließlich mit der Regierungsverordnung (*perda*¹⁴³) 10/2000 vom DPRD Polmas offiziell beschlossen. Eine weitere Regierungsverordnung (*perda* 6/2002) legte im Februar 2002 noch einmal die exakten Grenzen des *kabupaten* Mamasa fest und gliederte ihm nur die zwölf Dörfer *ATMs* ein, deren Bevölkerung einer Vereinigung mit Mamasa zugestimmt hatte. Beide Verordnungen bauten auf dem Matakali-Abkommen auf. Damit die Verordnungen rechtskräftig werden konnten, mussten sie zuerst noch von einem nationalen Gesetz bestätigt werden. Dies geschah mit dem oben bereits erwähnten Gesetz 11/2002. Völlig überraschend jedoch ignorierte das Gesetz die auf regionaler Ebene erzielten Kompromisse und gliederte das gesamte Territorium *ATMs* dem neugegründeten

¹⁴³ Akronym aus *peraturan daerah* = Regionale Verordnung

kabupaten Mamasa ein. Der Grund dafür ist unklar, da eine offizielle Begründung von Seiten der Zentralregierung ausblieb. Vermutet wird, dass man bei der *pemekaran* neuer administrativer Einheiten keine Enklaven entstehen lassen wollte, was im Fall ATM eingetreten wäre, da die 26 Kontra-Dörfer kein zusammenhängendes Gebiet bilden (vgl. ICG 2005: 3f., Volbracht 2005: 30). Da jedoch nun die Administration von Polmas Gesetz 11/2002 missachtete und ihrerseits eigene Beamte zusätzlich zu den von Mamasa eingesetzten in die ATM-*kecamatan* berief, kam es zu der grotesken Situation, dass die drei *kecamatan* parallel von zwei konkurrierenden Administrationen regiert wurden. Dies mag die These bestätigen, dass es sich beim Mamasa-Konflikt zuallererst um einen administrativen Konflikt handelte. Das persönliche Gewinn- und Machtstreben vieler lokaler Politiker sowie ihre mangelnde Kompromissbereitschaft brachten im Zusammenhang mit der fahrlässigen Haltung der indonesischen Zentralregierung bei der Verabschiedung von Gesetz 11/2002 die ohnehin schon angespannte Lage endgültig zur Eskalation (vgl. ICG 2005: 1;4, Volbracht 2005: 30).

Im April und Mai 2003 kam es zu ersten gewaltsamen Ausschreitungen in der Region, bei denen die Häuser von fünf Familien aus Aralle zerstört wurden. Die Spaltung der Bevölkerung in Pro und Kontra nahm immer weiter zu. Dennoch verlief die Spaltung zu keinem Zeitpunkt analog zu den ethnischen und religiösen Gruppen. Zwar waren die Pro eher unter den christlichen Toraja und die Kontra eher unter den muslimischen Mandar zu finden, doch gab es auch zahlreiche prominente Gegenbeispiele wie den ehemaligen Abgeordneten aus dem DPRD Polmas S. Nongkang, einen christlichen Kontra. Auch verliefen die Spaltungen in vielen Fällen sogar innerhalb einer Familie. Zu den ersten Todesopfern kam es im September 2003, als drei Menschen in einem Konflikt zwischen zwei konkurrierenden Nachbardörfern getötet wurden. Daraufhin setzte eine Massenflucht aus der Region von 8500 Menschen, Angehöriger *beider* Konfliktparteien, ein. Zu einer erneuten Eskalation kam es nach den regionalen Parlamentswahlen vom April 2004, bei denen die Wahlkommission (KPU¹⁴⁴) die Durchführung der Wahlen nur in den zwölf Dörfern gestattete, die sich von Anfang an für eine Eingliederung in das neugeschaffene *kabupaten* Mamasa ausgesprochen hatten. Als Reaktion darauf riefen die damit von der Wahl ausgeschlossenen Kontra zum allgemeinen Wahlboykott auf, dem aber laut KPU nur ein Dorf gefolgt sei. Die Kontra sprachen dagegen von einem Wahlbetrug der KPU. Ab Juli 2004 brach die Gewalt wieder neu aus und gipfelte im Oktober des gleichen Jahres in der Tötung dreier Personen, der Zerstörung von 47 Häusern und einer Massenflucht von 2000

¹⁴⁴ *Komisi Pemilihan Umum*

Menschen. Zwar wurden in der Folgezeit oftmals paramilitärische Einheiten der Polizei eingesetzt, um die Gewalt einzudämmen, jedoch blieben Initiativen des indonesischen Vizepräsidenten Jusuf Kalla sowie des *gubernur* von Sulbar Oentarto Sindung Marwardi, Lösungen für den Konflikt zu finden, nicht von dauerhaftem Erfolg gekrönt, und im April 2005 kam es zu erneuten Ausbrüchen von Gewalt, bei denen wiederum Häuser und sogar eines der beiden *camat*-Büros von Mambi niedergebrannt und fünf Personen getötet wurden. Nach diesen Vorfällen wurde im Zusammenhang mit der Verhaftung eines bewaffneten Mannes aus Poso, einer Region im benachbarten Zentral-Sulawesi, in der es bereits oft zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Moslems gekommen war, der Verdacht laut, dass der Mamasa-Konflikt von fundamentalistischen Kräften aus Poso angeheizt worden sei. Hier wird also deutlich, von welcher Bedeutung der Mamasa-Konflikt für ganz Indonesien ist, denn wenn es radikalen Kräften gelänge, ihn zu instrumentalisieren, indem sie Christen und Moslems gezielt gegeneinander aufhetzen, könnte der Konflikt auf andere Regionen übergreifen und somit die Stabilität im gesamten Land gefährden (vgl. ICG 2005: 1; 7f., Volbracht 2005: 31).

Die einzigen Möglichkeiten, den Konflikt zu lösen, liegen wohl entweder darin, die Grenzen Mamasas in ATM neu festzulegen und dabei den Willen der jeweiligen Dorfbevölkerung sowie traditionelle Landrechte zu berücksichtigen, oder auf den bisherigen Grenzen zu beharren, wozu reichlich Überzeugungsarbeit in den Kontra-Dörfern sowie ein erhöhtes Sicherheitsaufkommen zur Verhinderung erneuter Gewaltausbrüche vonnöten sein wird (vgl. ICG 2005: 7f.).

7.4.1 Luwu: Bisherige Dezentralisierungsprozesse und geschichtlicher Überblick

Das *kabupaten* Luwu erfuhr ab 1999 eine Reihe von Dezentralisierungsprozessen. So teilte es sich im April 1999 zunächst in Luwu und Luwu Utara (Nord-Luwu) auf. Im Jahre 2002 wurde die ehemalige Hauptstadt Palopo zu einer eigenen *kotamadya*, im Januar 2003 teilte sich Luwu Utara noch in Luwu Timur (Ost-Luwu) und das Rest-*kabupaten* Luwu Utara auf. Alle vier aus dem ehemaligen *kabupaten* Luwu entstandenen Distrikte planen jedoch, sich gemeinsam von der Provinz Sulawesi Selatan abzuspalten und eine eigene Provinz Luwu zu bilden. Die Grenzen dieser möglichen neuen Provinz sollen ungefähr mit denen des ehemaligen Königreiches Luwu übereinstimmen (vgl. ICG 2003: 1).

Dieses Königreich wurde von der Ethnie der *Bugis* dominiert. Im Zenit seiner Macht zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert war es den Herrschern von Luwu jedoch gelungen, ihren

Einflussbereich auch auf von anderen Ethnien bewohnte Territorien auszudehnen. So sind es heute im Wesentlichen noch drei weitere Ethnien, aus denen sich die Bevölkerung der Region Luwu zusammensetzt: die *To'ala*, die *Rongkong* und die *Toraja*. Die *To'ala* stellen dabei inzwischen mit einem Anteil von 50-60 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung.¹⁴⁵ Sie und die *Rongkong* identifizieren sich auch tatsächlich mit der Region Luwu, was bei den *Toraja* und den *Bugis* in benachbarten Regionen dagegen nicht der Fall ist. Die größte Religionsgemeinschaft in Luwu sind die Muslime mit einem Anteil von 80 Prozent an der Gesamtbevölkerung, jedoch gehört die Mehrheit der *Toraja* dem christlichen Glauben an, während bei den *Rongkong* Christen und Moslems ungefähr gleichgroße Gruppen darstellen. So bilden die Christen in einigen *kecamatan* auch die Mehrheit oder zumindest eine zahlenmäßig starke Minderheit (vgl. ICG 2003: 5f.).

Bis 1959 hatte Luwu als *swaprajah* den Status eines autonomen Königreiches inne. Dies war vor allem als Anerkennung der entschlossenen Unterstützung zu verstehen, die Luwu der indonesischen Regierung während des Unabhängigkeitskampfes zuteil werden ließ. Auch dem seit 1953 aufkeimenden Wunsch nach der Gründung einer Provinz Luwu wollte der damalige Präsident Soekarno ursprünglich nachkommen. Unterdessen hatte die Transmigrationspolitik der niederländischen Kolonialherren, die auch unter Soekarno fortgesetzt wurde, allerdings bereits das ethnische Gleichgewicht der Region gestört, da es vor allem umgesiedelte Javaner sowie Minahasa aus Nord-Sulawesi waren, welche die hohen Posten in der Verwaltung besetzten. Daraus resultierte eine wachsende Unzufriedenheit mit der Regierung in Jakarta, die schließlich die Rebellion Kahar Muzakkar und ihre Vereinigung mit der *Darul Islam*-Bewegung zur Folge hatte. Die Bekämpfung dieser Rebellion verhinderte die Umsetzung der Pläne zu einer Provinzgründung in Luwu.¹⁴⁶ Aber auch nach der endgültigen Niederschlagung der Bewegung im Jahre 1965 war die Zentralregierung nicht dazu bereit, Pläne zur Bildung einer Provinz „Groß-Luwu“ zu unterstützen (vgl. ICG 2003: 6f.; zur *Darul Islam*-Bewegung vgl. auch S. 10 dieser Arbeit (Fußnote 3), Bünte 2003b: 76). Mit einer Art „Divide et impera“-Taktik wurden die Mitglieder der lokalen Elite von den neuen Machthabern gegeneinander ausgespielt und schließlich in andere Regionen Indonesiens zwangsversetzt, so dass das Vorhaben der Provinzgründung bis in die Post-Soeharto-Ära hinein völlig zum Erliegen kam.¹⁴⁷

¹⁴⁵ zu allgemeinen Informationen über die *To'ala* vgl. Lebar 1972: 146f.

¹⁴⁶ Vgl. Aramula: *Gema Luwu Raya*, unter: <http://nostalgia78.blogspot.com/2006/10/gema-luwu-raya.html>; Zugriff: 29.12.2006; <http://www.pu.go.id/humas/media%20massa/april/mi0204012.htm>

¹⁴⁷ Vgl. <http://nostalgia78.blogspot.com/2006/10/gema-luwu-raya.html>

Ab Mitte der 1960er Jahre setzten massive Migrationsbewegungen innerhalb Sulsels ein, in deren Folge vor allem Toraja und Bugis aus benachbarten Regionen massenhaft nach Luwu einwanderten. Dieser Trend verstärkte sich noch durch den Beginn des Nickelabbaus in Soroako im heutigen Luwu Timur im Jahre 1968 sowie des Kakaoanbaus in der Gegend um Palopo ab 1978. Der wachsende wirtschaftliche Erfolg dieser Migranten sowie die Entmachtung der lokalen Elite durch die Gesetze zur Regionalautonomie von 1974 und 1979 (vgl. Kapitel 3.4.3. dieser Arbeit) werden von vielen Experten als tieferliegende Ursachen für die blutigen Konflikte betrachtet, die in Luwu ab 1998 ausbrachen (vgl. ICG 2003: 8f.).

7.4.2. Gewaltsame Konflikte und aktuelle Dezentralisierungsprozesse

Die gewaltsamen Konflikte, die zwischen 1998 und 2002 in Luwu tobten, wurden besonders in den nationalen indonesischen Medien oft vereinfacht als Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen oder auch zwischen indigener Bevölkerung und Einwanderern dargestellt. Doch sind die wahren Hintergründe der Konflikte weit komplexer und setzen sich aus Landstreitigkeiten, sozialer und wirtschaftlicher Frustration, einer schwachen Präsenz lokaler Sicherheitskräfte sowie dem generellen Chaos der Post-Soeharto-Ära zusammen. Die Konflikte wurden vor allem in den *kecamatan* Baebunta, Sabbang und Malangke in Luwu Utara sowie Lamasa in Luwu ausgetragen. Oft verliefen die Konfliktlinien innerhalb der indigenen Bevölkerung, und die beteiligten Banden setzten sich in vielen Fällen aus verschiedenen Ethnien zusammen.¹⁴⁸ Die *International Crisis Group* (ICG) nennt vier Hauptursachen für den Ausbruch der Konflikte:

- Das Problem nicht vorhandener Landbesitz-Urkunden bei zahlreichen eingewanderten Bauern, die im Laufe der 1990er Jahre allmählich die Früchte ihrer Arbeit zu genießen begonnen hätten, habe zu **Landkonflikten** geführt, da viele der indigenen Bauern Land, das nach traditionellen Besitzrechten ihr Eigentum gewesen wäre, von den Migranten zurückgefordert hätten. Einen vergleichbaren Effekt hätten auch die Veränderung lokaler Grenzen in Folge von Dezentralisierungs-, aber auch Vereinigungsprozessen gehabt, in deren Folge oftmals Unklarheiten hinsichtlich der administrativen Zugehörigkeit einzelner Dörfer entstanden seien.

¹⁴⁸ Eine Chronologie der Konflikte findet sich bei ICG 2003: 9ff.

- Der wachsende Erfolg eingewanderter bzw. in die Region umgesiedelter Bauern habe zu einem starken Neidgefühl bei der indigenen Bevölkerung geführt, besonders als in Folge der asiatischen Wirtschaftskrise von 1997/98 die Preise für Kakao auf dem Weltmarkt drastisch angestiegen und die erfolgreichen Kakaobauern Luwus – überdurchschnittlich häufig Rongkong, Bugis und Toraja – dadurch plötzlich zu unverhofftem Wohlstand gelangt seien. Daraus seien **soziale Probleme** erwachsen, die in Kombination mit der traditionellen „Bandenkultur“ und der starken Identifikation mit dem eigenen Dorf zu offenen Konflikten geführt hätten.
- Das **allgemeine Chaos der Post-Soeharto-Ära** habe zu einer generell angespannten, von Misstrauen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen geprägten Lage geführt. Zusätzlich hätten Konflikte in Poso und auf den Molukken einen „Nachahmungs-Effekt“ ausgelöst, und Provokateure aus Jakarta hätten im Auftrag des alten Regimes interethnische Konflikte gezielt angeheizt, um das Militär als Garant für Sicherheit auftreten lassen zu können und der alten Elite dadurch wieder zu mehr Macht und Einfluss zu verhelfen.
- Eine **unzureichend ausgerüstete Polizei** sei mit der Eindämmung der Konflikte überfordert gewesen und habe besonders bei ihren Ermittlungstätigkeiten große Schwächen gezeigt. Auch die oft **zu milde Rechtsprechung** hätte nicht nur ihr Abschreckungspotential eingebüßt, sondern sogar die Konflikte weiter geschürt, da die jeweilige Opferpartei in vielen Fällen auf eigene Faust Rache an der gegnerischen Partei genommen hätte. Ein generelles Problem liege auch darin, dass sowohl die innere Sicherheit als auch die Rechtsprechung weiterhin Angelegenheiten der Zentralregierung geblieben seien, so dass den lokalen Regierungsoberhäuptern bei Ausbruch gewaltsamer Konflikte oft die Hände gebunden zu sein scheinen (vgl. ICG 2003: 15ff.).

Für die *pemekaran*-Prozesse, die ab 1999 in Luwu stattfanden, wurden vor allem administrative Gründe angegeben. Die ursprüngliche Größe des *kabupaten* und die mangelnde Infrastruktur mache eine Verwaltung für das gesamte Territorium schwierig und erfordere die Aufspaltung in kleinere administrative Einheiten. Das gleiche Argument wurde später auch für die Abspaltung Luwu Timurs von Luwu Utara vorgebracht. Jedoch glauben viele Beobachter eher an eine ökonomische Motivation für die Dezentralisierungsprozesse, da Luwu Utara durch die Abspaltung von Luwu von den Einnahmen aus der Nickelmine in Soroako habe profitieren

wollen, diese jedoch nach der Teilung Luwu Utaras an Luwu Timur verloren habe. Hier setzten die Bedenken der meisten *pemekaran*-Gegner an: Viele von ihnen waren nicht generell gegen die Abspaltung Luwu Timurs, fürchteten aber, dass Luwu Utara nicht genug Zeit hätte, sein wirtschaftliches Potential auszubauen, wenn die Einnahmen aus der Nickelförderung zu schnell wegfallen würden (vgl. ICG 2003: 20ff.).

Dennoch setzten sich die *pemekaran*-Befürworter durch, ohne dass die Kontroverse zu gewaltsamen Konflikten führte. Als Gründe für diese friedliche Konfliktlösung nennt die ICG neben der vorsichtigen Vorgehensweise der stets um ihren Machterhalt bemühten Lokalpolitiker und der in Luwu nicht übermäßig stark ausgeprägten Identifikation mit der eigenen Ethnie vor allem die Pläne zur Gründung einer Provinz Luwu, die für ein starkes Integrationsgefühl zwischen den einzelnen Distrikten Luwus sorgten und sie alle untereinander bestehenden Rivalitäten vergessen ließen.

7.4.3. Die Pläne zur Gründung einer eigenständigen Provinz Luwu Raya

Diese in den 1960er Jahren vorerst gescheiterten Pläne erfuhren im Zuge der *otonomi daerah* eine Wiederbelebung. So erklärten am 1. April 2001 einflussreiche Persönlichkeiten aus den *kabupaten* Luwu, Tana Toraja und Luwu Utara das Ziel der *pemekaran* einer Provinz Luwu Raya. Die oben bereits erwähnte *pemekaran* des *kabupaten* Luwu Timur und der *kotamadya* Palopo stand einer entschlossenen Verfolgung dieses Ziels jedoch im Wege und wirkte sich somit kontraproduktiv auf diese Pläne aus, so dass sie bis zum heutigen Tage noch nicht verwirklicht werden konnten.¹⁴⁹

Für die Pläne werden vor allem politische und ökonomische Gründe angegeben. Luwu sei in der politischen Administration Sulsels deutlich unterrepräsentiert und werde von der Provinzregierung wirtschaftlich benachteiligt, da Susel von den Einnahmen aus dem Nickelabbau sowie landwirtschaftlichen Produkten aus Luwu stark profitiere, jedoch nur einen geringen Teil wieder an Luwu zurückzahle. Basierend auf den historischen Grenzen des Königreichs Luwu sollte auch der vor allem von Toraja bewohnte *kabupaten* Tana Toraja Teil einer Provinz „Luwu Raya“ (Groß-Luwu) werden. Religiöse und ethnische Vorbehalte führten jedoch dazu, dass Tana Toraja wieder ausgeschlossen wurde, nachdem sich in einer Umfrage 95 Prozent aller *Badan Perwakilan Desa* (BPD = Dorfversammlungen) in Luwu gegen eine

¹⁴⁹ Vgl. <http://nostalgia78.blogspot.com/2006/10/gema-luwu-raya.html>

Aufnahme Tana Torajas in die geplante neue Provinz ausgesprochen hatten (vgl. ICG 2003: 22f.). Der Name der angestrebten Provinz wurde damit wieder in „Luwu“ umgeändert. Die Verschärfungen der *pemekaran*-Bestimmungen durch Gesetz 32/2004 machten jedoch ein erneutes Werben um Tana Toraja nötig. Im November 2004 erklärte der DPRD Tana Toraja dann auch seine grundsätzliche Bereitschaft, einer neuen Provinz Luwu beizutreten (vgl. Morrell 2005: 19). Aktuell steht allerdings die offizielle Zustimmung Tana Torajas noch aus, genauso wie auch die Luwu Utaras und Luwu Timurs. Lediglich die DPRD der Distrikte Palopo und Luwu haben bereits ihre definitive Zusage gegeben, sich an der Formierung einer neuen Provinz, die nun doch wieder den Namen „Luwu Raya“ tragen soll, zu beteiligen. Doch scheint der Optimismus der *pemekaran*-Befürworter ungebrochen. Auch eine Stellungnahme des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, in der er sich gegen weitere Neugründungen administrativer Einheiten in der Region Luwu – ungeachtet auf welcher administrativen Ebene – aussprach, änderte daran nichts. Schließlich sind die *pemekaran*-Befürworter überzeugt davon, dass die Region Luwu alle demographischen, geographischen und ökonomischen Voraussetzungen erfülle, um zukünftig eine Provinz Luwu Raya zu bilden.¹⁵⁰ Das letzte Wort scheint hier noch nicht gesprochen, und besonders im Hinblick auf die Gouverneurswahlen, die im November 2007 in Sulsel anstehen, könnte die Diskussion an Brisanz zunehmen.¹⁵¹ Einige Beobachter sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer Instrumentalisierung der *pemekaran*-Pläne als politisches Druckmittel, um die Wahlchancen der aus Luwu stammenden Kandidaten zu erhöhen.¹⁵²

Noch weitere Dezentralisierungsprozesse sind in der Region Luwu im Gange: So wurde im Januar 2006 die Aufteilung der im Norden des *kabupaten* Luwu gelegenen *kecamatan* Walenrang und Lamasi (Walmas) in insgesamt fünf *kecamatan* beschlossen. Aus diesem Beispiel wird auch ersichtlich, wie sehr in vielen Fällen im Zusammenhang mit *pemekaran*-Bestrebungen taktiert wird, denn die Aufspaltung von Walmas erhöht gleichzeitig die Chancen auf die baldige Bildung eines eigenen *kabupaten* Luwu Tengah, das aus Walmas und dem in Luwu Utara gelegenen *kecamatan* Malangke bestehen soll, da mit den nun insgesamt fünf *kecamatan* von Walmas und Malangke die gesetzlich vorgeschriebene Mindestanzahl von *kecamatan* ja bereits vorhanden ist.

¹⁵⁰ Vgl. Tribun Timur : *Rahmat Optimis Luwu Raya Terbentuk*, 01-09-2006, unter <http://www.tribun-timur.com/view.php?id=32222&jenis=Palopo>

¹⁵¹ Vgl. Balai Pengkajian&Pengembangan Informasi Wil. VII Makassar: *Jelang Pilgub, Provinsi Luwu Raya Menguat*, 26-07-2006, unter <http://www.bppimks.web.id/view.php?id=1887&jenis=Polhukam>

¹⁵² Vgl. z.B. Kompas: *Menakar Pertarungan Politik Pilkada Sulsel*, 11 Agustus 2006, unter: <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0608/11/Politikhukum/2873549.htm>; Zugriff: 29.12.2006

Eben diese taktischen Manöver werden in dem Kommentar eines Lesers zum online erschienenen Artikel der regionalen Tageszeitung *Fajar* „Luwu Dimekarkan Jadi 18 Kecamatan“¹⁵³ auch als „*intrik politik*“ („politische Intrige“) und „*kepentingan sekelompok*“ („Eigeninteresse einer bestimmten Gruppe“) heftig kritisiert.¹⁵⁴ Über die vor allem mit dem Argument einer effizienteren und volksnäheren Verwaltung begründete *pemekaran*-Bewegung wird seit dem 13. Januar 2007 im DPRD Luwu beraten. Eine positive Entscheidung würde wiederum die Aussichten auf eine Provinz Luwu Raya erhöhen, da mit den voraussichtlich beteiligten Distrikten Luwu, Luwu Utara, Luwu Timur, Palopo, Tana Toraja und dem neuen *kabupaten* Luwu Tengah die gesetzlich vorgeschriebene Mindestanzahl von *kabupaten* bzw. *kotamadya* ebenfalls erreicht wäre.¹⁵⁵

7.4.4. Stimmen aus der Bevölkerung zur angestrebten Provinzgründung

Wie steht es aber um den Rückhalt in der Bevölkerung hinsichtlich der Pläne zur Bildung einer Provinz Luwu Raya? Auf die Stimmung in der Bevölkerung wird in den meisten Quellen nicht eingegangen, so dass der Eindruck entsteht, dass sie von vielen Lokalpolitikern nicht wirklich ernstgenommen wird. Angesichts der anstehenden Gouverneurswahlen könnte sich dies aber noch drastisch ändern. Falls die Bildung einer Provinz Luwu Raya zu einem entscheidenden Wahlkampfthema werden sollte, ist einerseits zu hoffen, dass die Politiker die reale Stimmung in der Bevölkerung stärker berücksichtigen werden, andererseits jedoch auch zu befürchten, dass sie das Thema im Wahlkampf instrumentalisieren werden, um damit Wählerstimmen zu gewinnen und die eigenen Wahlchancen zu erhöhen.

Im oben bereits als Quelle angegebenen Artikel „*Jelang Pilgub, Provinsi Luwu Raya Menguat*“¹⁵⁶ treffen der Vorsitzende der *Komisi IX DPR RI*¹⁵⁷ Charles J Mesang und der stellvertretende Vorsitzende der *Komisi IV DPR RI*¹⁵⁸ Fachri Andi Leluasa sich einander widersprechende Aussagen zu der Frage nach dem tatsächlichen Willen der Bevölkerung. Während Charles der Meinung ist, dass der Wunsch nach einer Provinz Luwu Raya weitgehend verstummt sei, behauptet Fachri das Gegenteil, nämlich dass der „*desakan pembentukan provinsi*

¹⁵³ „Ein zukünftiges Luwu würde aus 18 *kecamatan* bestehen“

¹⁵⁴ *Fajar Online: Luwu Dimekarkan Jadi 18 Kecamatan*, 12 Jan 2006, unter

<http://fajar.co.id/new.php?newsid=15329#bacakomen>

¹⁵⁵ Vgl. Ebd.

¹⁵⁶ „Im Vorfeld der Gouverneurswahlen werden die Bestrebungen nach einer Provinz Luwu Raya stärker“

¹⁵⁷ Kommission IX des Parlaments der Republik Indonesien

¹⁵⁸ Kommission IV des Parlaments der Republik Indonesien

Luwu Raya memang semakin menguat. Terutama, di kalangan tokoh pemuda di daerah itu.¹⁵⁹
160

Nimmt man Leserkommentare zu den zum Thema erschienenen *Fajar Online*-Artikeln als Indiz für die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung, so bleibt das Bild kontrovers, und die Bevölkerung scheint in nahezu gleichgroße Gruppen von Befürwortern und Gegnern einer Provinz Luwu Raya gespalten. Als Pro-Argumente werden genannt, dass eine *pemekaran* dem Wohl der Bevölkerung diene, ausreichendes wirtschaftliches Potential vorhanden sei, dass auch andere *pemekaran*-Bewegungen in Polmas und Mamuju erfolgreich gewesen seien, dass der Wunsch nach einer Provinz Luwu Raya bereits seit Jahrzehnten bestehe und dass Luwu es auf Grund seiner Verdienste im indonesischen Unabhängigkeitskampf schon seit langem verdient habe, Provinzstatus zugestanden zu bekommen. Die letztgenannte Argumentationsgrundlage macht sich auch ein Bürger aus Luwu zunutze, der in seinem *Weblog* die Geschichte der *pemekaran provinsi* Luwu Raya-Bewegung ausführlich rekapituliert, um dann mit leidenschaftlichen Worten zur Verwirklichung der *pemekaran*-Pläne aufzurufen.¹⁶¹

„Wija to Luwu, marilah melakukan sesuatu untuk tanah Luwu. Kalau kita tidak berbuat untuk hal tanah Luwu, siapa diharap akan melakukan untuk kita. Kalau kita belum wujudkan sekarang, kapan lagi akan terjadi“¹⁶²

Die Gegner einer Provinzgründung begründen ihre Ablehnung damit, dass sie einen Anstieg der Korruption befürchten, dass mit einer Provinzgründung lediglich der Wunsch einer kleinen Interessensgruppe verfolgt werde, dass Dezentralisierungsprozesse für unnötige Spannungen in der Bevölkerung sorgen würden und dass sich an der Armut weiter Teile der Bevölkerung durch eine *pemekaran* nichts ändern würde und man die dafür erforderlichen finanziellen Mittel doch besser zur Förderung besonders armer *kecamatan* und Dörfer nutzen sollte.¹⁶³

Vergleicht man die einzelnen Pro- und Contra-Argumente miteinander, so dominieren auf der Pro-Seite die wirtschaftlichen und historischen Argumente. Eine *pemekaran* solle die Situation

¹⁵⁹ „[...] [öffentliche] Druck nach der Gründung einer Provinz Luwu Raya in Wirklichkeit immer stärker wird. Besonders unter den jungen Leuten in dieser Region.“

¹⁶⁰ <http://www.bppimks.web.id/view.php?id=1887&jenis=Polhukam>

¹⁶¹ . <http://nostalgia78.blogspot.com/2006/10/gema-luwu-raya.html>

¹⁶² „Bewohner Luwus, lasst uns etwas für das Land Luwu tun. Wenn wir uns nicht für die Sache des Landes Luwu einsetzen, von wem erwarten wir dann, dass er es für uns tut? Wenn wir es jetzt nicht Wirklichkeit werden lassen, wann soll es dann geschehen?“

¹⁶³ vgl <http://fajar.co.id/new.php?newsid=15329#bacakomen>; Fajar Online : *IPMIL Desak DPRD Keluarkan Rekomendasi*, 02 Jun 2006, unter <http://www.fajar.co.id/news.php?newsid=24239>

der Bevölkerung verbessern, entsprechendes wirtschaftliches Potential sei vorhanden. Bei den historischen Argumenten beziehen sich zumindest die *Fajar Online*-Leser weniger auf das einstige Königreich Luwu, sondern mehr auf die Verdienste Luwus um die indonesische Unabhängigkeit. Weniger idealistisch scheinen dagegen die Contra-Argumente, die vor allem mögliche negative Folgen sowie ausbleibende positive Effekte des *pemekaran*-Prozesses benennen. Hier entsteht der Eindruck, dass weite Teile der Bevölkerung von den zahlreichen Dezentralisierungsprozessen in Luwu ermüdet und desillusioniert sind und dass in ihren Augen die drängenden Probleme der Region, wie die weitverbreitete Armut, auf andere Art und Weise als durch fortschreitende Dezentralisierungsprozesse zu lösen sind.

7.5. Fazit

Die Dezentralisierungsprozesse, die in Sulsel bzw. Sulbar in Gang sind, sind von einer mindestens ebenso großen Komplexität wie die in Tapanuli. Während aber in Tapanuli ökonomische und ethnisch-religiöse Beweggründe für bzw. gegen eine Provinzgründung als wichtigste Dynamiken nebeneinanderher zu existieren scheinen, scheinen ethnisch-religiöse Motive in Mamasa und Luwu nicht die primär entscheidenden zu sein. Es scheint vielmehr so, dass auf Grund der stark heterogenen ethnischen und religiösen Zusammensetzung der Bevölkerung beider Regionen Konflikte, die sich in Wahrheit auf der administrativen und ökonomischen Ebene abspielen, bei oberflächlicher Interpretation leicht als ethnisch-religiöse Auseinandersetzungen missdeutet werden, jedoch gleichzeitig die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung von Provokateuren gezielt genutzt wird, um die Konflikte eskalieren zu lassen, indem sie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufhetzen. Hier wird auch die gesamte Problematik in der offiziellen Begründung eines Dezentralisierungsprozesses mit ethnisch-religiösen Argumenten deutlich. Dies kann sehr schnell zu blutigen Konflikten führen, die sich oft nicht mehr eindämmen lassen und auch auf andere Regionen des Landes übergreifen können. Dem einhelligen Urteil in den wissenschaftlichen Konfliktanalysen und den Leserkommentaren auf *Fajar Online* zufolge spielten ethnische und religiöse Disparitäten in einem fortgeschrittenen Stadium der in Mamasa und Luwu ausgebrochenen Konflikte zwar eine Rolle, sind aber nicht als ihre Auslöser oder gar als eigentliche Beweggründe hinter den Dezentralisierungsprozessen in den Regionen zu werten.

Der Vergleich der Fälle Mamasa und Luwu zeigt auch den Einfluss von Dezentralisierungsprozessen auf Konflikte: Während in Mamasa ein halbherzig durchgeführter

Dezentralisierungsprozess erst zum Ausbruch gewaltsamer Konflikte führte, so liefen in Luwu Konflikte und Dezentralisierungsprozesse teilweise zeitgleich miteinander ab, ohne einen direkten Einfluss aufeinander zu nehmen. Die Bestrebungen nach der Gründung einer Provinz Luwu Raya hatte im Gegenteil sogar einen positiven Effekt, da sie verschiedene ethnische und religiöse Gruppen dazu bewegte, ihre Konflikte beizulegen und einem größeren Ziel unterzuordnen. Hinweise auf eine gemeinsame Geschichte mit dem Königreich Luwu und dessen Vorreiterrolle im indonesischen Unabhängigkeitskampf mögen hier ebenfalls eine Rolle gespielt haben, jedoch wohl nicht die entscheidende, die ihnen in den offiziellen Statements der *pemekaran*-Befürworter immer wieder zugestanden wird.

Durch die fortschreitenden Dezentralisierungsprozesse scheint die Bevölkerung teilweise frustriert worden zu sein, zumindest aber „pragmatisiert“, da sie die Effekte dieser Prozesse zu spüren bekam und daher auch in ihrem Gefühl bestärkt worden ist, dass Dezentralisierungsprozesse oft nur von bestimmten Lokalpolitikern zur Erfüllung eigener Interessen vorangetrieben werden und nicht unbedingt einen positiven Effekt für die Bevölkerung mit sich bringen.

Der in Kapitel 1. vorgestellten Grundthese dieser Arbeit werden am Beispiel der Dezentralisierungsprozesse auf dem (ehemaligen) Gebiet der Provinz Sulsel ihre Grenzen aufgezeigt. Es kann der Schluss gezogen werden, dass ethnische, religiöse und historische Erklärungsansätze allein für Dezentralisierungsprozesse und ihre gewaltsame Eskalation nicht immer ausreichen. Zwar spielen Faktoren wie Ethnie, Sprache, Kultur, Geschichte und Religion in den weitaus meisten Fällen der Dezentralisierungsprozesse eine Rolle, oftmals jedoch erst in einem fortgeschrittenen Stadium, so dass es eine gefährliche Verkennung der wahren Ursachen wäre, diese Faktoren als alleinigen Motor hinter sämtlichen Dezentralisierungsprozessen im Post-Soeharto-Indonesien zu vermuten – gefährlich aus dem Grund, dass eine unvorsichtige öffentliche Äußerung solcher Vermutungen ethnisch und religiös begründete Konflikte zum Ausbruch bringen kann. Diese könnten sich wie ein Lauffeuer verbreiten, sehr leicht auf andere Regionen übergreifen und damit den sozialen Frieden und den nationalen Zusammenhalt in ganz Indonesien gefährden – dies umso mehr, da das SARA-Prinzip, wie oben bereits erwähnt, seine Rolle als Garant für einen sozialen Frieden zwischen den verschiedenen Gruppen des Landes offensichtlich mehr und mehr zu verlieren scheint.

8. Schlussbetrachtung und Ausblick

Bei den Entwicklungen, die im Post-Soeharto-Indonesien im Zuge der *otonomi daerah* stattfanden und -finden, handelt es sich um äußerst komplexe Prozesse. Dies wird auch aus den drei Fallstudien in dieser Arbeit ersichtlich, deren wichtigste Ergebnisse im Folgenden noch einmal kurz zusammengefasst werden sollen:

Am Beispiel von Banyumas wurde deutlich, dass Faktoren wie Geschichte, Kultur, vor allem aber Sprache, bei den aktuellen Dezentralisierungstendenzen in Indonesien eine entscheidende Rolle spielen können. Es ist in erster Linie eine Dezentralisierung auf kulturellem Gebiet, also eine stärkere Förderung des regionalen Dialekts und lokaler Traditionen, die sowohl bei Intellektuellen als auch bei der Bevölkerung im Allgemeinen Anklang findet. Eine politisch-administrative Dezentralisierung in Form einer eigenen Provinzgründung wird zwar von einer großen Gruppe unter den lokalen Politikern ebenfalls angestrebt, aber nicht von der gesamten Bevölkerung unterstützt. Daher ist es eher unwahrscheinlich, dass es in näherer Zukunft zur Gründung einer Provinz Banyumas kommen wird.

In Tapanuli hingegen entzündet sich die gesamte Dezentralisierungsdebatte fast ausschließlich an der Frage, ob die Gründung einer eigenen Provinz sinnvoll sei oder nicht. Von den Befürwortern werden generell ökonomische Argumente im Sinne einer fiskalischen Dezentralisierung hervorgebracht, während die Gegner stärker auf ethnische und religiöse Faktoren – also die negativen Folgen einer mit der Provinzgründung zwangsläufig einhergehenden kulturellen Dezentralisierung – abzielen. Da die Pläne zur Provinzgründung vonseiten der Befürworter unter den lokalen Politikern bisher mit einer großen Entschlossenheit verfolgt wurden und auch die gesetzlichen Bestimmungen bereits erfüllt sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Gründung einer Provinz Tapanuli tatsächlich eintritt, recht hoch.

In Mamasa und Luwu kam es zeitgleich mit den Dezentralisierungsprozessen zu Gewaltakten, die in Mamasa als Folge einer fahrlässig durchgeführten Dezentralisierung ausbrachen, während sie in Luwu höchstens indirekt mit gleichzeitig ablaufenden Dezentralisierungsprozessen im Zusammenhang stehen. Durch die heterogene ethnische und religiöse Zusammensetzung beider Regionen entstand der Eindruck, dass es sich bei den Konflikten, die sich zuerst an administrativen Fragen entzündet hatten, um primär ethnisch und religiös motivierte Konflikte handele. In Luwu hatten die – vor allem politisch und ökonomisch, in geringerem Maße auch historisch begründeten – Pläne zur Gründung einer eigenen Provinz schließlich einen integrierenden und konflikteindämmenden Einfluss. Dennoch scheint die Bevölkerung in Befürworter und Gegner dieser Pläne gespalten. Obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen

derzeit noch nicht sicher erfüllt werden können (Stand: 5.12.2006) und der indonesische Präsident seine Abneigung gegen die *pemekaran*-Pläne signalisierte, werden diese mit einer großen Entschlossenheit weiter verfolgt. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus. Derzeit scheinen die Erfolgsaussichten eher gering, was sich aber besonders im Hinblick auf die 2007 in Sulse anstehenden Gouverneurswahlen auch schnell ändern könnte.

Was bedeuten diese Ergebnisse hinsichtlich der übergeordneten These dieser Arbeit? Im Fall von Banyumas wird die These eindrucksvoll bestätigt, während der Fall Sulawesi Selatan ihre Grenzen aufzeigt: Können Dezentralisierungstendenzen in Banyumas durch ein Gefühl der Andersartigkeit in Folge regionaler Spezifika wie den charakteristischen Dialekt erklärt werden, so reichen sprachliche, kulturelle, ethnische, religiöse oder historische Argumente als alleinige Erklärungsfaktoren weder für die fortschreitenden Dezentralisierungstendenzen im Süden Sulawesi noch für die parallel abgelaufenen Gewaltakte aus. Tapanuli steht zwischen den beiden Fällen, da die *pemekaran*-Pläne sowohl ökonomisch als auch ethnisch-religiös einleuchtend erklärt werden können.

Aus diesen Gründen möchte ich das abschließende Fazit ziehen, dass es neben der offiziell meistens vorgebrachten politischen, administrativen und ökonomischen Begründung eine Reihe weiterer Faktoren gibt, die als Motive hinter Dezentralisierungstendenzen im Allgemeinen und *pemekaran*-Prozessen im Besonderen eine herausragende Rolle spielen können. Diese Faktoren sind von Fall zu Fall unterschiedlich und können sprachlicher, kultureller, ethnischer, religiöser oder historischer Natur sein. Jedoch wäre es unzureichend und in manchen Fällen sogar eine gefährliche Verkennung der Tatsachen, derartige Faktoren als alleinigen Antrieb hinter jeglichen in Indonesien stattfindenden Dezentralisierungsprozessen zu vermuten. Vielmehr koexistieren sie mit den offiziell vorgebrachten Faktoren, und es muss von Fall zu Fall entschieden werden, welche Faktoren als Triebfeder für den jeweils untersuchten Prozess die entscheidenden sind. Dass die inoffiziellen Faktoren bisher oft unzulänglich berücksichtigt worden sind, mag sein, doch sollte man auch nicht ins gegenteilige Extrem verfallen und ihnen die Rolle als einzig gültige Faktoren hinter jedem Dezentralisierungsprozess in Indonesien zubilligen.

Zu guter Letzt: Welchen Schluss auf die zukünftige Entwicklung des indonesischen Staates hinsichtlich seines administrativen Aufbaus und seiner nationalen Einheit lassen die Ergebnisse meiner Arbeit zu? Auch wenn dies nicht auf alle Dezentralisierungsprozesse in Indonesien

zutrifft, so wird doch in keinem der untersuchten Fälle eine Loslösung vom indonesischen Staat angestrebt. Im Gegenteil scheint sogar die Möglichkeit zu bestehen, dass sich durch eine erfolgreiche Provinzneugründung das oftmals angespannte Verhältnis der Bevölkerung und der lokalen Administration zur ehemaligen Provinzregierung und gleichzeitig auch zur Zentralregierung bessert, wenn sie die jeweiligen Dezentralisierungsbestrebungen ernstgenommen und sich ihnen nicht in den Weg gestellt hat. Es entspricht sicherlich der natürlichen Heterogenität Indonesiens, dass die Zentralregierung in den letzten Jahren so viele Provinz- und Distriktsneugründungen genehmigt hat. Und doch liegen hierin auch die Gefahren, dass diese Prozesse in völlige Willkür und nationale Desintegration ausarten oder dass mit der Neugründung ethnisch oder religiös *homogener* Provinzen die Kluft zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen eher zu- als abnimmt – ein Vorwurf, der ja gerade im Fall Tapanuli vonseiten der Provinzgründungsgegner immer wieder erhoben wird.

Die sich seit 1998 im Gange befindlichen Dezentralisierungsprozesse haben einen experimentellen Charakter, da eine derart weitreichende Dezentralisierung in der bisherigen Geschichte Indonesiens einmalig ist. Die Erfahrungen insbesondere der Kolonialzeit und der Soeharto-Ära haben zwar bewiesen, dass sich Niederländisch-Indien bzw. Indonesien autoritär und zentralistisch verwalten lässt – zum Preis der Einschränkung politischer Freiheiten und der Unterdrückung jeglicher Opposition. Dagegen fehlen die historischen Erfahrungen eines dezentral regierten indonesischen Staates, so dass nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann, wohin der eingeschlagene Pfad führen wird.

Dass eine zu rasch vollzogene und zu weitreichende Dezentralisierung in Chaos und Gewalt münden kann, hat die Zentralregierung bereits zur Kenntnis genommen und darauf mit der Rücknahme einiger Dezentralisierungsreformen reagiert. Die angemessene Kompetenzenverteilung zwischen Zentrum und Regionen wird sich vermutlich erst mit der Zeit in einem langwierigen und sicherlich oftmals auch konfliktreichen Prozess herausstellen, so dass Bünte mit seiner Zukunftsprognose einer „chaotischen Dezentralisierung“ (vgl. Bünte 2004:69; Kapitel 4.4. dieser Arbeit) unter Bewahrung der nationalen Einheit durchaus Recht behalten könnte.

Das Argument, dass es sich bei dem Vielvölkerstaat Indonesien in seinen heutigen Grenzen nur um ein zufälliges Konstrukt der niederländischen Kolonialzeit handelt, ist sicher wahr, doch spricht es aus meiner Sicht nicht zwingend gegen die nationale Einheit Indonesiens, da sich in den über sechs Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit mit Sicherheit eine nationale Identität

herausgebildet hat, und sei es nur durch die gemeinsame Nationalsprache *Bahasa Indonesia*, die für einen großen Teil der Indonesier inzwischen die Erstsprache darstellt. Auch Tendenzen der Wiederbelebung regionaler Sprachen müssen dem nicht unbedingt entgegenwirken, da ein stärkeres Bewusstsein für regionale Sprachen und Traditionen nicht zwangsläufig in eine politische Loslösung münden muss und im Gegenteil sogar die Zufriedenheit mit der Zentralregierung, die solche Entwicklungen zulässt, erhöhen könnte.

Derzeit scheint es nicht so, dass eine umfassende Rezentralisierung oder ein Auseinanderbrechen des indonesischen Nationalstaates als ihr extremes Gegenteil unmittelbar bevorstehen würde. Zukunftsprognosen abzugeben fällt allerdings schwer, da in der heutigen Situation Indonesiens auch scheinbar regional beschränkte Ereignisse einen dramatischen Einfluss auf die Entwicklung im gesamten Land nehmen können. Einsetzende Rezentralisierungstendenzen bis hin zur Wiedererrichtung eines autoritären Regimes, die weitere Radikalisierung religiöser Gruppen bis hin zur Ausrufung eines religiösen Staats, eine fortschreitende nationale Desintegration bis hin zur Auflösung des indonesischen Nationalstaats – all diese Zukunftsszenarien sind nicht auszuschließen. Und doch ist es ebenso denkbar und zum jetzigen Zeitpunkt auch gar nicht unwahrscheinlich, dass sich Indonesien langfristig zu einem dezentral verwalteten Staat mit einer stabilen, demokratisch gewählten Regierung entwickeln wird. Eines zumindest kann abschließend festgestellt werden: Es bleibt hochinteressant, die weitere Entwicklung Indonesiens aufmerksam mitzuverfolgen.

Literaturverzeichnis

1. Literaturquellen:

1.1 Allgemeine Einführungen zum Themenbereich „Dezentralisierung in Indonesien“:

- Beier, Christoph 1995: *Dezentralisierung und Entwicklungsmanagement in Indonesien*, Saarbrücken
- Beier, Christoph 1998: *Auswirkungen der Dezentralisierung auf die ländliche Entwicklung – Beispiel Indonesien*, In: *Entwicklung und ländlicher Raum* Jg. 32, Nr. 3, S. 24-28, Frankfurt a. M.
- Bünthe, Marco 2003a: *Dezentralisierung in Indonesien. Teil 1: Initiation und Inhalt*, In: *Südostasien aktuell* Jg. 22, Nr. 6, S. 565-579, Hamburg
- Bünthe, Marco 2003b: *Regionale Autonomie in Indonesien. Wege zur erfolgreichen Dezentralisierung*, Hamburg
- Bünthe Marco 2004: *Dezentralisierung in Indonesien. Teil 2: Bilanz und Perspektiven*, In: *Südostasien aktuell* Jg. 23, Nr. 1, S. 60-71, Hamburg
- Diederich, Matthias 2000: *Politische Parteien und Dezentralisierung in Indonesien*, In: Ziegenhain, Patrick (Hg.): *Politischer Wandel in Indonesien 1995-2000*, für die Südostasien-Informationsstelle, Essen
- Eissel, Dieter / Grasse, Alexander 2006: *The Vertical Dimension of Democracy and Development: Federalism, Regionalism, and Local Autonomy – Experiences from Europe*, In: *International Conference: Democracy in Indonesia: Challenges of Consolidation*, Jakarta and Bandung, February 23-25, 2006, funded by Fritz-Thyssen-Foundation, Programme
- Friedrich-Ebert-Stiftung Hengstenberg, Peter/ (Red.) 1999: *Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung. Zur kommunalpolitischen Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afrika, Asien, Lateinamerika. (Materialien zur Praxis der Entwicklungszusammenarbeit; 3)*, S. 51-60, Bonn / Selbstverlag
- Hoffmann, Esther 2000: *Strategie-Spiele. Bemühungen zur Dezentralisierung nach dem Machtwechsel in Indonesien*, In: *Südostasien* Jg. 16, Nr. 1, S. 59-60, Essen
- Marquardt, Klaus 2000: *Nationalismus vs. Autonomie? Anmerkungen zu keinem Gegensatz*, In: *Südostasien* Jg. 16, Nr. 3, S. 13
- Nitibaskara, Prof. Dr. Tubagus Ronny Rahman 2002: *Paradoksal Konflik dan Otonomi Daerah. Sketsa bayang-bayang konflik dan prospek masa depan otonomi daerah*, Jakarta
- Nugroho, Grace P. 2000: *Spielraum schaffen für den Rat der autonomen Regionen*, In: *Südostasien* Jg. 16, Nr. 3, S. 49-50, Essen
- Oetama, Jacob (Hg.) 1999: *Federalisme untuk Indonesia*, Jakarta
- Richards, Gareth Api 2000: *Alles nur eine Management-Frage? Die Politik von Sezession und Dezentralisierung in Südostasien: Eine Skizzierung des Problems*, In: *Südostasien* Jg. 16, Nr. 3, S. 4-7, Essen

Schreiner, Klaus 2000: *Regionale Autonomie und Dezentralisierung in Indonesien. Königsweg oder Sackgasse?*, In: Ziegenhain, Patrick (Hg.): *Politischer Wandel in Indonesien 1995-2000*, für die Südostasien-Informationsstelle, Essen

Thürer, Daniel 1995: *Autonomie statt Sezession? Sieben Prinzipien zur adäquaten Lösung von Minderheitenkonflikten*. In: *E+Z. Entwicklung und Zusammenarbeit* Jg. 36, Nr. 3, S. 79-80, Berlin

Volbracht, Renate 2005: *Bringt Dezentralisierung Autonomie in den Regionen?*, In: *Indonesien Information* Jg. 14, Nr. 1, S.24-31, Berlin

Widjaja, Prof. Drs. HAW 2002: *Otonomi daerah dan daerah otonom*, Jakarta

Zakaria, R. Yando 1999a: *Ringkasan Hasil Sarasehen Otonomi Daerah*, In: Kartika, Sandra / Gautama, Candra (Hg.) 1999: *Menggugat Posisi Masyarakat Adat terhadap Negara*, S. 137-175, Yogyakarta

Zakaria, R. Yando 1999b: *Kembalikan Kedaulatan Hak Ulayat Masyarakat Adat Utama Sandjaja*, In: Kartika, Sandra / Gautama, Candra (Hg.) 1999: *Menggugat Posisi Masyarakat Adat terhadap Negara*, S. 137-175, Yogyakarta

Zakaria, R. Yando 1999c: *Negara, Masyarakat Adat, dan Demokrasi: Beberapa Telaah Eksploratif tentang Hubungan Negara dengan Masyarakat Adat*, In: Kartika, Sandra / Gautama, Candra (Hg.) 1999: *Menggugat Posisi Masyarakat Adat terhadap Negara*, S. 137-175, Yogyakarta

Zellmer, Martha 1995: *Workshop "Kooperation, Regionalismus und Integration im asiatisch-pazifischen Raum"*. In: *Asien* Nr. 56, S. 74-79, Hamburg

1.2 Regionalanalysen zum Themenbereich "Dezentralisierung in Indonesien":

Donohoe, Jennifer 2004: *Opponents of Islamic Law*, In: Indonesia Resources and Information Program (IRIP): *Inside Indonesia* No. 79, July-September 2004, Collingwood Vic

Heidbüchel, Esther 2006: *Political Violence and Separatist Movements in Indonesia. The Case of West Papua*, In: *International Conference: Democracy in Indonesia: Challenges of Consolidation*, Jakarta and Bandung, February 23-25, 2006, funded by Fritz-Thyssen-Foundation, Programme

Hütz-Adams, Friedel 2005: *Indonesien: West-Papua fordert Autonomie. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte eines gefährdeten Volkes*, Siegburg

ICG (International Crisis Group) 2003: *Indonesia. Managing Decentralisation and Conflict in South Sulawesi*, In: *ICG Asia Report No 60*, 18 July 2003, Jakarta/Brussels, S. i-44

ICG (International Crisis Group) 2005: *Decentralisation and Conflict in Indonesia: The Mamasa Case*, In: *Update Briefing. Asia Briefing No 37*, 3 May 2005, Singapore/Brussels, S. 1-12

Ipenburg, At / Zöllner, Siegfried (Übers.) 2002: *Autonomie für Papua – Bedrohung oder Chance*, In: *West Papua Rundbrief Nr. 21*, S. 26-27, Wuppertal

Morrell, Elizabeth 2002: *How Many Degrees of Separation? Observations from South Sulawesi*, In: *ANTROPOLOGI INDONESIA Special Volume, 2002*, S. 33-43

Morrell, Elizabeth 2005: *Re-drawing Sulawesi's map. New provincial borders don't solve old problems*, In: *Inside Indonesia/ April-June 2005*, S. 18-19

Nothofer, Bernd 2006: *The role of cultural and linguistic features in the creation of new provinces in Indonesia – the case of West and Central Java*, In: *International Conference: Democracy in Indonesia: Challenges of Consolidation*, Jakarta and Bandung, February 23-25, 2006, funded by Fritz-Thyssen-Foundation, Programme

Pradadimara, Dias/Burhaman, Junedding 2002: *Who is calling for Islamic Law?*, In: *Indonesia Resources and information Program (IRIP): Inside Indonesia No 72 October-December 2002*, Collingwood Vic

Prasetyo, Pius S. 2006: *Decentralization and its Impact on Local Democracy in Indonesia: A Case Study from West Java*, In: *International Conference: Democracy in Indonesia: Challenges of Consolidation*, Jakarta and Bandung, February 23-25, 2006, funded by Fritz-Thyssen-Foundation, Programme

Volbracht, Renate 2005: *Konfliktreiche Dezentralisierungspolitik in West-Sulawesi oder: Sind Flächenbrände vermeidbar?*, In: *Indonesien Information Jg. 14, Nr. 1*, S. 24-31, Berlin

Zöllner, Siegfried 2000: *Föderation, regionale Autonomie oder Unabhängigkeit? Eine Grundfrage staatlicher Gestaltung am Beispiel Indonesiens und West Papuas*, In: *Südostasien Jg. 16, Nr. 3*, S. 47-49, Essen

1.3 Sonstige Literatur:

Alimuddin, Muhammad Ridwan 2005: *Orang MandarOrang Laut. Kebudayaan Bahari Mandar Mengarungi Gelombang Perubahan Zaman*, Jakarta

Carle, Rainer (Hg.) 1987: *Cultures and Societies of North Sumatra*, Dietrich Reimer Verlag, Berlin/Hamburg

Castles, Lance 1972: *The Political Life of a Sumatran Residency: Tapanuli 1915-1940*, Yale

Drechsler, Hanno/ Hilligen, Wolfgang/ Neumann, Franz 2003: *Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik*, 10. Auflage, München

Green, Marshall: *Indonesia Crisis and Transformation 1965-1968*, 1990

Hardjosoediro, Drs. Soejitno 1980: *Berita Buana*

Landengerg, Michael V.: *Gestapu and State Power in Indonesia*", in: Cribb: "*The Indonesian Killings 1965-1966*", 1990

Lebar, Frank M. (Hg.) 1972: *Ethnic groups of insular Southeast Asia (Volume 1: Indonesia, Andaman, Islands and Madagascar)*, New Haven

Pigeaud, Theodore G. Th/ De Graaf, H.J. 1976: *Islamic States in Java 1500-1700. A Summary, Bibliography and Index*, The Hague – Martinus Nijhoff

Rickleffs, M.C. 1974: *Jogjakarta under Sultan Mangkubumi 1749-1792*, London Oxford University Press

Sibata, T. 1958: *Nihon no Hogen* [Dialect in Japan]. Tokyo: Iwanami.

2. Internetquellen:

Aramula: *Gema Luwu Raya*, unter: [http://nostalgia78.blogspot.com/2006/10/gema-luwu-raya.html](http://nostalgia78.blogspot.com/2006/10/gema-luwu-<u>raya.html</u>); Zugriff: 29.12.2006

Balai Pengkajian&Pengembangan Informasi Wil. VII Makassar: *Jelang Pilgub, Provinsi Luwu Raya Menguat*, 26-07-2006, unter <http://www.bppimks.web.id/view.php?id=1887&jenis=Polhukam>; Zugriff : 29.12.2006

Basyral Hamidy Harahap : *Tribalisme : Sisi gelap otonomi daerah*, unter <http://www.basyral-hamidy-harahap.com/blog/index.php?itemid=18>; Zugriff : 30.8.2006

Berita Kita, Bukit Sitompul : *Propinsi Tapanuli kini waktunya*, July 5, 2006, unter <http://beritakita.blogspot.com/2006/07/propinsi-tapanuli-kini-waktunya.html>; Zugriff: 30.8.2006

Berita Kita, Johnson BS Rajagukguk: *Provinsi Tapanuli: Dari Siapa untuk Siapa?*, unter <http://beritakita.blogspot.com/2006/06/provinsi-tapanuli-dari-siapa-untuk.html>; Zugriff: 30.8.2006

Berita Kita : *Sumatera Utara*, June 8, 2006 [http://beritakita.blogspot.com/2006/06/sumatera-utara_08.html](http://beritakita.blogspot.com/2006/06/sumatera-<u>utara_08.html</u>) ; Zugriff: 5.10.2006

Berita Sore : *PDP Targetkan Raih 30 Persen Suara Pada Pemilu 2009*, 12 Agustus 2006, unter http://www.beritasore.com/index.php?option=com_content&task=view&id=7303Ite; Zugriff : 9.10.2006

Fajar Online : *IPMIL Desak DPRD Keluarkan Rekomendasi*, 02 Jun 2006, unter <http://www.fajar.co.id/news.php?newsid=24239>; Zugriff : 29.12.2006

Gramedia Pustaka Utama, *Detail Pengarang: Ahmad Tohari*, unter http://www.gramedia.com/author_detail.asp?id=EBDP2528 ; Zugriff: 15.9.2006

Harian Global : *Sekdaprovsu : Provinsi Tapanuli sudah di ambang pintu*, 18 September 2006, unter <http://www.harian-global.com/news.php?item.4520.21>; Zugriff : 9.10.2006

Hariansib, Sanco Manullang: *Menghapus “Peta Kemiskinan” Melalui Provinsi Tapanuli*, 22 Agustus 2006, unter http://www.hariansib.com/index.php?option=com_content&task=view&id=11484&It; Zugriff: 9.10.2006

Harian SIB Online : *Tujuh Kepala Daerah Tandatangi Persetujuan Siborongborong Ibukota Propinsi Tapanuli*, 2 Oktober 2006, unter <http://aktualita.blogspot.com>; Zugriff : 12.10.2006

IndonesiaViews, Joko Suprianto: *Propinsi Banyumas*, unter <http://www.library.ohiou.edu/indopubs/2000/05/16/0040.html>; Zugriff: 30.8.2006

Indonesia Views, Joko Suprianto: *Propinsi Banyumas : Apa yg Harus Dilakukan ?*, unter <http://www.hamline.edu/apakabar/basisdata/2000/05/19/0003.html> ; Zugriff: 30.8.2006

Kompas : *Belum Ada Rekomendasi. Tiga Daerah Belum Sepakat*, 18 September 2006, unter <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0609/18/sumbagut/2960995.htm>; Zugriff : 9.10.2006 ;

Kompas: *Menakar Pertarungan Politik Pilkada Sulsel*, 11 Agustus 2006, unter: <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0608/11/Politikhukum/2873549.htm>; Zugriff: 29.12.2006

Kompas: *Pemekaran Tapanuli. SDM dan SDA Masih Sangat Minim*, 22 Agustus 2006, unter <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0608/22/sumbagut/2893829.htm>; Zugriff: 30.8.2006

Kompas : *Rencana Pemekaran Banyumas Masuki Tahap Perhitungan Aset*, unter <http://www.kompas.com/kompas-cetak/0305/01/jateng/289464.htm>; Zugriff : 19.9.2006

Kompas Cyber Media, Andy Riza Hidayat: *Pemekaran. Pembentukan Provinsi Tapanuli Dipertanyakan*, unter <http://www.kompas.com/ver1/Nasional/0608/19/174549.htm>; Zugriff: 30.8.2006

Liputan Bona Pasogit: *Kader Partai Golkar Tapanuli Utara Desak Pembentukan Provinsi Tapanuli*, unter <http://www.bonapasogit.tv/index.php?mod=berita&edisi=I-Jul-2006&id=1264&PHPSESSID=2c065aefef4cfaf84e94b0acad216416>; Zugriff : 4.10.2006

Media Indonesia, *Provinsi Luwu Raya Dideklarasikan*, unter: <http://www.pu.go.id/humas/media%20massa/april/mi0204012.htm>, 2 April 2001; Zugriff: 29.12.2006

NiasIsland.com : *Bersatu Menolak Nias Gabung dalam Prov Tapanuli*, unter http://niasisland.com/home/discuss_desc_inq.php?caller=&file_option=discuss; Zugriff: 30.8.2006

Official Website Pemerintah Provinsi Sulawesi Selatan: *Penduduk & Ketenagakerjaan*, unter <http://www.sulsel.go.id/wilayah/luwu;> Zugriff: 17.11.2006

Pakpak Online: *Mari ikut berpikir. Tokoh Ulayat Pakpak Bharat Tolak Gabung dengan Propinsi Tapanuli*, unter <http://www.pakpakonline.com/detail.php?ses=&id=71;> Zugriff: 4.10.2006

Perwira Forum : Propinsi Banyumas, unter : http://www.purbalingga.go.id/forum/printer_friendly_posts.asp?FID=4&TID=16; Zugriff: 19.9.2006

Pikiran Rakyat, Ahmad Tohari: *Dialek Banyumas Diambang Kepunuhan*, 17. October 2002, unter: [http://www.pikiran-rakyat.com/cetak/1002/17/0504.htm;](http://www.pikiran-rakyat.com/cetak/1002/17/0504.htm) Zugriff: 30.8.2006;

Portal Banyumas: *Bahasa dan Sastra*, unter <http://www.portalbanyumas.com/portal/moduled.php?name=News&file=article&sid=16;> Zugriff: 4.9.2006

Portal Banyumas: *Panggung Lebih Luas buat Banyumas*, unter <http://www.portalbanyumas.com/portal/modules.php?name=News&file=article&sid=43;> Zugriff: 30.8.2006

Sejarah Berdirinya Kabupaten Banyumas, unter [http://www.banyumas.go.id/bmskita/sejarah2.php;](http://www.banyumas.go.id/bmskita/sejarah2.php) Zugriff: 4.9.2006

Sinar Harapan: *Dialek Banyumasan Dipinggirkan Masyarakatnya Sendiri*, 16 Oktober 2002, unter [http://www.sinarharapan.co.id/berita/0210/16/nus06.html;](http://www.sinarharapan.co.id/berita/0210/16/nus06.html) Zugriff: 30.8.2006

Sinar Harapan, Marzuki Usman : *Dampak Positif dari Pemekaran Wilayah*, unter [http://www.sinarharapan.co.id/ekonomi/Keuangan/2005/0411/keu3.html;](http://www.sinarharapan.co.id/ekonomi/Keuangan/2005/0411/keu3.html) Zugriff : 30.8.2006

Sinar Indonesia Baru Online, John Anta Siagian: *Wacana Provinsi Tapanuli Dan Anomali PP Pemekaran*, 18 Juli 2006, unter [http://www.hariansib.com/index.php?option=com_content&task=view&id=9094&Ite;](http://www.hariansib.com/index.php?option=com_content&task=view&id=9094&Ite) Zugriff: 30.8.2006

Suara Merdeka: *Ahmad Tohari "Gugat" anggota DPRD*, unter [http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/29/nas11.htm;](http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/29/nas11.htm) Zugriff : 30.8.2006

Suara Merdeka : *DPRD Tetap Lanjutkan Pemekaran*, unter [http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/20/ban1.htm;](http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/20/ban1.htm) Zugriff : 30.8.2006

Suara Merdeka, Ahmad Tohari: *Andai Tidak Disubkulturkan*, unter [http://www.mail-archive.com/kmnu2000@yahoogroups.com/msg03241.html;](http://www.mail-archive.com/kmnu2000@yahoogroups.com/msg03241.html) Zugriff: 30.8.2006

Suara Merdeka: *Gubernur Minta Pemekaran Dihentikan*, 19. April 2004, unter <http://www.suaramerdeka.com/harian/0404/19ban9.htm>; Zugriff: 30.8.2006

Suara Pembaruan Daily: *Kasus Aralle, „Buah“ Pemekaran Setengah Hati*, 22/10/2004, unter <http://www.suarapembaruan.com/News/2004/10/22/Editor/edi02.htm>; Zugriff: 29.12.2006

The Official Site Of Aksara Jawa: *Logat Banyumasan*, unter http://hanacaraka.fateback.com/logat_bms.htm; Zugriff: 19.9.2006

Tribun Timur : *Rahmat Optimis Luwu Raya Terbentuk*, 01-09-2006, unter <http://www.tribun-timur.com/view.php?id=32222&jenis=Palopo>; Zugriff : 29.12.2006

Waspada Online: *DPRD Sibolga Tarik Dukungan Pembentukan Provinsi Tapanuli*, 19 Sep 06, unter http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=79884; Zugriff : 9.10.2006

Waspada Online : *Tokoh Dan Ormas Tapteng Tolak Provinsi Tapanuli*, 09 Okt 06, unter http://www.waspada.co.id/cetak/index.php?article_id=80301http://id.wikipedia.org/wiki/Dialek_Banyumas; Zugriff: 19.9.2006

Waspada Online: *Usman Pelly: Pertimbangkan Aspek Sosial Budaya Dalam Pemekaran*, 21 Aug 06, unter http://www.waspada.co.id/berita/medan/artikel.php?article_id=79216; Zugriff: 30.8.2006

<http://de.wikipedia.org/wiki/Batak>; Zugriff: 30.8.2006

<http://de.wikipedia.org/wiki/G30S/PKI>; Zugriff: 12.1.2006

<http://de.wikipedia.org/wiki/subsidiarität>.; Zugriff: 30.8.2006

http://en.wikipedia.org/wiki/Batak_%28Indonesia%29; Zugriff: 30.8.2006

<http://id.wikipedia.org/wiki/Berkas:Banyumasan.JPG>; Zugriff: 14.1.2007

<http://id.wikipedia.org/wiki/Berkas:Banyu2.jpg>; Zugriff: 14.1.2007

http://en.wikipedia.org/wiki/User_talk:Slamet_Serayu; Zugriff: 30.8.2006

http://id.wikipedia.org/wiki/Jawa_Tengah; Zugriff: 19.9.2006

<http://id.wikipedia.org/wiki/MPR>; Zugriff: 30.8.2006

http://id.wikipedia.org/wiki/Provinsi_Flores; Zugriff: 30.8.2006

http://id.wikipedia.org/wiki/Sulawesi_Selatan; Zugriff: 29.12.2006

<http://www.indonesia-tourism.com/north-sumatra/index.html>; Zugriff: 14.1.2007

<http://www.menlh.go.id/usaha-kecil/prop/sulsel.htm>; Zugriff: 14.1.2007

3. Persönliche E-Mails:

Silaban, Elyeser

5.11.2006; 12.11.2006

Anhang

Karte 1: Die Lage der angestrebten Provinz Banyumas auf Java



Quelle: <http://id.wikipedia.org/wiki/Berkas:Banyu2.jpg>; Zugriff: 14.1.2007

Karte 2: Die angestrebte Provinz Banyumas



Quelle: <http://id.wikipedia.org/wiki/Berkas:Banyumasan.JPG>; Zugriff: 14.1.2007

Karte 3: Die Provinz Sumatera Utara



Quelle: <http://www.indonesia-tourism.com/north-sumatra/index.html>; Zugriff: 14.1.2007
Karte 4: Die Provinz Sulawesi Selatan vor der Abspaltung Sulawesi Barats



Quelle: <http://www.menlh.go.id/usaha-kecil/prop/sulsel.htm>; Zugriff: 14.1.2007

E-mail von Elyeser Silaban (5.11.2006)

Halo bere,

Kami semua baik baik saja termasuk ompung dan seluruh keluarga kita di Indonesia. Kami sangat gembira mendengar kemajuanmu dalam perkuliahan yang telah dalam proses penyusunan skripsi. Apalagi skripsimu mengenai sesuatu yang lagi ramai dibicarakan di kampung kita ini, yakni tentang otonomi daerah dan rencana pembentukan propinsi tapanuli.

1. Argumentasi dari yang pro-pembentukan yang menyebut pembentukan provinsi akan mempercepat pembangunan Tapanuli adalah lebih benar secara teoritis, dengan uraian sbb:

- Selama ini tapanuli merupakan daerah yang lebih banyak mengekspor sumber daya pembangunan (manusia produktif dan uang) keluar tapanuli dibanding menerima, sehingga kalau keadaan tapanuli tetap seperti itu pembangunan di daerah ini tidak akan berjalan karena kekurangan sumberdaya. Tenaga kerja banyak meninggalkan tapanuli karena sulitnya lapangan pekerjaan disini (hanya pertanian). Investasi swasta sangat sedikit karena kurangnya rangsangan/stimulasi yang diberikan. Otoritas untuk memberi izin disertai rangsangan/stimulasi (investment credit) masih dipegang pemerintah pusat dengan rekomendasi pemerintah provinsi. Demikian juga uang dan calon intelektual muda yang ada di masyarakat terus berkurang. Hal itu terjadi tammatan SMA yang akan kuliah dan uang kuliahnya yang merupakan alokasi pengeluaran terbesar dari sebagian besar rumah tangga di tapanuli (sesuai motto masyarakat: “Anakkonhi do hamoraon di ahu” = anakkulah kekayaanku. Biar miskin tapi anak harus disekolahkan sampai setinggi-tingginya), harus dikirim keluar daerah karena belum ada universitas negeri di daerah ini. Pengeluaran pemerintah (government expenditure) untuk membangun gedung pemerintah yang bisa mendorong perputaran ekonomi di tapanuli juga masih kurang. Hal ini terjadi karena keputusan untuk alokasi pengeluaran pemerintah banyak ditentukan pemerintah provinsi sebagai wakil pemerintah pusat. Kalau nanti tapanuli menjadi provinsi banyak kesulitan otoritas dan kesulitan sarana prasana pembangunan tersebut akan teratasi.
- Kurangnya potensi ekonomi di tapanuli untuk menjadi satu provinsi juga kurang tepat, karena potensi sumber daya alamnya banyak hanya saja belum terkelola. Pertanian (tanah luas dan subur), pertambangan (emas di Dolok Pinapan-Kab. Dairi) batubara dan semen di sekitar Batuharang (liang gordangan) dan Nagasaribu Kab. Tapanuli utara, belerang di namora di langit-Tapanuli tengah) pariwisata (tourism) di danau toba, dll. Pengelolaan sumberdaya ini justru bisa dilakukan bila tapanuli menjadi provinsi. Kemiskinan provinsi tapanuli akan terangkat tingkat nasional dan program pembangunan yang diperlukan

untuk mengatasinya akan dikelola sendiri dengan dana bantuan yang disediakan pemerintah pusat sesuai undang undang otonomi daerah. Sekarang ini sumber pembiayaan Kabupaten dan Kota rata-rata 90% masih merupakan subsidi APBN (Budget Pemerintah pusat) hanya sekitar 10% yang dihasilkan sendiri pemerintah daerah (Pendapatan asli daerah=PAD). Sumber dana tersebut adalah:

- i. APBD kabupaten/kota yg terdiri dari:
 1. PAD (pajak dan restribusi yang dipungut berdasarkan otoritas yang dimiliki Kabupaten dan kota, laba perusahaan daerah, dll) 10%
 2. Dana Perimbangan: Dana Alokasi Umum (DAU), Dana Alokasi Khusus (DAK), Bagi hasil 90%
(DAU diberikan dari APBN agar Kabupaten/kota dapat membayar gaji pegawai negeri daerah dan membangun gedung pemerintah berdasarkan jumlah penduduk, luas daerah, tingkat kemiskinan, dll. DAK diberikan dari APBN untuk membiayai program spesifik yang tidak berhubungan dengan jumlah penduduk, luas daerah, tingkat kemiskinan, misalnya jembatan yang banyak rusak di satu kabupaten karena banjir, gempa bumi, dll. Bagi hasil diberikan berdasarkan %tase tertentu dari penerimaan pemerintah pusat karena eksploitasi sumber daya alam di kabupaten/kota yang bersangkutan, baik lewat perusahaan negara (Badan Usaha Milik Negara=BUMN: misalnya Pertamina, PT. Pupuk Sriwijaya, PT. Perkebunan) maupun yang dikontrakkan kepada persahaan swasta, misalnya Mobil Oil, PT. Freeport, dll.
- ii. Dana Dekonsentrasi: tugas pemerintah pusat yang dilimpahkan ke propinsi melaksanakan pembangunan di kabupaten/kota dengan pemberian anggaran dari APBN.
- iii. Tugas Pembantuan: tugas pemerintah pusat di kabupaten/kota yg dilaksanakan sendiri oleh pemerintah pusat.

Jadi alasan kurangnya potensi ekonomi tapanuli untuk menjadi provinsi tidak benar karena:

- Potensi yang belum tergali sangat banyak hanya otoritas dengan kucuran dana untuk mengelolanya yang belum dimiliki.
- Banyak daerah miskin sumber daya alam di Indonesia sudah menjadi provinsi seperti provinsi Kepulauan Bangka Belitung, provinsi Banten, provinsi Bengkulu,dll karena sumber dana pembangunan masih banyak ditanggung pemerintah pusat.

2. Pembentukan provinsi baru bisa dilaksanakan bila ada minimal 6 kabupaten/kota yang bergabung. Sejauh ini yang konsisten mendukung pembentukan provinsi tapanuli adalah: Kab Tapanuli utara, kab Tobasa, kab samosir, kab humbang hasundutan (penduduknya adalah batak toba yg beragama kristen). Yang tidak menolak dan cenderung menyetujui adalah kab dairi, kab pakpak barat, kab Nias, kab Nias Selatan (penduduknya lebih banyak kristen). Kab Mandailing natal, kab Tapanuli Selatan, dan kota Padang sidempuan dengan jelas tidak mau bergabung takut menjadi minoritas. Penduduknya mayoritas beragama Islam sebenarnya masih suku batak tapi menyebut diri mandailing karena menganggap orang batak identik dgn agama kristen. Batak mandailing sering mengalahkan batak toba dalam kompetisi merebut jabatan pemerintahan yang diintervensi pemerintah pusat. Kabupaten Tapanuli tengah dan Kota Sibolga masih tanda tanya. Mereka mau bergabung kalau sibolga menjadi ibu kota provinsi. Penduduknya menyebut diri batak angkola dan perbandingannya sekitar 45% kristen, 55% Islam. Elit politiknya lebih dikuasai Islam. Sibolga kurang cocok dijadikan ibukota provinsi karena sempitnya tanah datar disana. Kota itu berada di pinggir pantai yang sangat curam dengan jalan masuk yang sangat sulit dari arah tarutung dan daerah tapanuli lainnya. Harap diingat penyebutan batak mandailing, batak angkola, batak dairi tidak otomatis bermakna suku dengan nenek moyang berbeda. Penyebutan itu lebih tepat kepada pembagian geografis sebagai warisan politik *divide et impera* belanda (pecah belah dulu baru kuasai). Jadi seandainya tulang arnold menetap di tapanuli selatan dia akan menyebut dirinya batak mandailing. Sayang sekali bahwa primordialisme unsur agama lebih menonjol dari pada genealogis sama orang di Indonesia. Jadi batak mandailing merasa lebih dekat dengan suku melayu deli atau bahkan dengan bangsa arab dari pada dengan suku batak toba yang beragama kristen. Tetapi mengingat kecenderungan kab dairi, kab pakpak barat, kab Nias, kab Nias Selatan untuk bergabung, serta posisi Rudolf Pardede putra Kab Tobasa yang saat ini menjadi gubernur sumatera utara maka prospek pembentukan provinsi tapanuli semaikin besar, dan saat ini dalam proses pengusulan DPRD Provinsi Sumatera utara kepada Gubernur Sumatera utara untuk selanjutnya disampaikan kepada pemerintah Pusat.

Frank inilah dulu yang bisa tulang sampaikan sekarang, kalau ada pertanyaanmu tulang sangat senang menjawabnya. Harapan disertai doa kami penulisan skripsimu cepat selesai dengan hasil terbaik, ya Bere !

Horas ma Bere. Salam dari Tulang Elyeser dan Nantulang dan Lia.

E-mail von Elyeser Silaban (12.11.2006)

Hallo Bere, disini saya jawab pertanyaanmu. Selamat membaca.

1. Saya luruskan sedikit: “menurut Tulang sebaiknya provinsi Tapanuli dibentuk supaya orang Tapanuli lebih bisa mengembangkan potensi sumber daya daerah Tapanuli yang sebenarnya banyak tapi selama ini telantar oleh pemerintah provinsi Sumut. Sedangkan pikiran kelompok yang kontra-pembentukan (kebanyakan Batak Mandailing) berdasarkan rasa etnis dan agama karena mereka merasa lebih nyaman bila tetap bergabung dalam provinsi Sumatera utara yang selama ini didominasi elit politik beragama Islam dari pada bergabung dengan provinsi tapanuli yang berpenduduk didominasi agama kristen. Walaupun Batak Mandailing itu sebenarnya masih satu nenek moyang dengan Batak toba (banyak marga yang sama di Batak Mandailing dengan di Batak Toba) namun karena perbedaan agama Batak Mandailing menganggap diri mereka lebih dekat dengan orang muslim lain dari luar suku Batak.
2. Perpanjangan APBD = Anggaran Pendapatan dan Belanja Daerah. (Regional Revenue and Expenditure Budget Plan). Tiap Provinsi, Kabupaten atau Kota menyusun APBD masing masing.
3. Dana Dekonsentrasi dan Tugas Pembantuan tidak termasuk Dana Perimbangan. Dana Perimbangan dibagikan berdasarkan rumus tertentu sesuai kondisi Kabupaten atau Kota penerima dari APBN(egara) dan dimasukkan menjadi sumber penerimaan pada APBD daerah penerima (Penerimalah membelanjakan dan mempertanggungjawabkannya kepada DPRD (Dewan Perwakilan Rakyat Kabupaten atau Kota). Dana Dekonsentrasi dan Tugas Pembantuan tetap dikelola (dibelanjakan untuk program Pemerintah Pusat dan dipertanggungjawabkan) oleh kementerian Pemerintah pusat. Walaupun penerima manfaat juga masyarakat di Kabupaten atau Kota juga.
4. Proses pembentukan: Gubernur memeriksa syarat administratif sesuai peraturan perundangundangan. Bila sudah lengkap lalu Gubernur menyampaikan kepada DPRD Provinsi Sumut untuk dibahas dan disetujui. Setelah mendapat persetujuan Gubernur dan DPRD Provinsi lalu disampaikan ke Departemen dalam negeri untuk disetujui dan di sampaikan ke DPR Pusat untuk dibahas. Apabila DPR menyetujuinya maka persetujuan itu dituangkan dalam bentuk Undang undang pembentukan Provinsi Tapanuli. Undang undang ini baru berlaku bila sudah disahkan Presiden.

5. Apakah mungkin pemerintah pusat menolak pembentukan walaupun pemerintah Sumut sudah setuju? Selama ini belum pernah pemerintah pusat menolak usulan pemekaran provinsi.
6. Kota (Sibolga) maupun Kota (Padangsidempuan) dipimpin oleh walikota (major) satu level dengan Bupati. Ibukota Kabupaten Tapteng/Tapsel belum dipindahkan ke wilayah diluar kota. Mungkin ibukota Tapteng adalah Pandan dan ibukota Tapsel adalah kota lain di wilayah itu (Maafkan Tulang belum sempat bertanya tentang Ibukotanya). Kekurangan dana untuk membangun gedung baru menjadi penyebab ibukota daerah tertentu belum dipindahkan.
7. Kota Pandan terletak di pinggir pantai barat Tapanuli tengah yang lebih landai, hanya berjarak 15-20 km di sebelah tenggara kota Sibolga.

Oke Frank, nanti tulang lengkapi nama ibukota kedua daerah itu yah ! Tulis lah terus skripsimu nanti kalau ada pertanyaanmu biar tulang jawab lagi. Selamat Bekerja.

Dari Tulang Elyeser.

Lebenslauf

Frank Ridwan Lutz
Ginnheimer Landstr. 42
60487 Frankfurt
Tel: 069-71671813
Mobil: 0175-7590990

E-Mail: frank_lutz2002@yahoo.de

Persönliche Daten

Geburtstag **26. Januar 1980**

Geburtsort **Frankfurt/Main**

Nationalität **deutsch**

Studium

10.2000-06.2007 **Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt**
Südostasienwissenschaften/Politikwissenschaft

09.2003-08.2004 **Universitas Udayana, Denpasar (Bali, Indonesien)**
Indonesische Sprache und Kultur

Praktika und Berufserfahrung

05.2006-06.2006 **Südostasien Informationsstelle** im Asienhaus, Essen
Praktikum

02.2005-04.2005 **Horlemann-Verlag, Bad Honnef**
Praktikum

10.2000-06.2007 **Studentenjobs** als Nachhilfelehrer (Deutsch, Englisch, Französisch,
Mathematik) und Klavierlehrer, Frankfurt

10.1999-08.2000 **BG Unfallklinik, Frankfurt**
Zivildienst

Schul- und Berufsausbildung

08.1990-06.1999 **Ziehungymnasium, Frankfurt**

08.1986-08.1990 **Michael-Grzimek-Grundschule, Frankfurt**

Weiterbildung

04.2006 **National Model United Nations, New York**

01.2006 **Main Model United Nations, Frankfurt**

- 11.2005 **Hamburg Model United Nations**, Hamburg
- 07.2003-08.2003 **Sommerkurs „Nederlandse taal en cultuur“** (Niederländische Sprache und Kultur), Zeist (Niederlande)
- 07.2001 **Hochschulteam der Bundesagentur für Arbeit**
Workshop “Schreiben für die Presse“, Frankfurt

Sprachkenntnisse

Englisch, Indonesisch (fließend), Französisch, Niederländisch (fortgeschrittene Kenntnisse), Spanisch, Thai (Grundkenntnisse)

EDV-Kenntnisse

Microsoft Office (Word), Internet

Sonstige Interessen

Musik, Kultur, Geschichte, Literatur, Sport (Schwimmen), Fotografie

Hiermit erkläre ich, dass vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt sowie die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, durch Angabe der Quellen kenntlich gemacht wurden.

Frankfurt a.M., den 18.1.2007 _____

